

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.00 M. monatlich 1.10 M. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vorkosten: 1.10 M. pro Monat. Eintragungen in die Vorbestellungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 M. für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Kolonialnummern nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

**Die Inserations-Gebühren:**  
 Beträgt für die sechsgelassene Anzeigenspalte oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das erste (stille) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Bei den Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 5. November 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Die Präsidentenwahl in Amerika.

Der Kandidat der republikanischen Partei, William Taft, ist als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Er hat mit großer Mehrheit seinen demokratischen Gegner Bryan aus dem Felde geschlagen und wenn seine Majorität auch nicht ganz so groß ist, wie die Roosevelts im Jahre 1904, so bleibt sie doch nur um ein Geringes hinter dieser zurück. Es ist das vierte Mal, daß die demokratische Partei nach dem Ablauf der Amtsperiode Cleveland's im Jahre 1896 geschlagen worden ist und zum dritten Male hat jetzt Bryan selbst das Wahlschicksal vergeblich gesucht. Die Niederlage muß die Partei besonders schwer treffen, weil gerade diesmal die Chancen für sie sehr günstig standen.

Der Gegensatz zwischen den Republikanern und den Demokraten gehört zum großen Teile der Geschichte an. Die Demokraten waren ursprünglich die Partei der landwirtschaftlichen Interessen. Als die rasche industrielle Entwicklung der Nordstaaten den Kapitalisten, Arbeitern und freien Farmern des Nordens die Sklavenwirtschaft des Südens immer unerträglicher machte, da traten die Demokraten als die Verfechter der „Freiheit des Südens“ auf, die jeden Eingriff der Zentralgewalt für die Abschaffung der Sklaverei bekämpften. Die Niederlage der Südstaaten wurde so zugleich zu einer Niederlage der demokratischen Partei, deren Demokratie so durch ihr Eintreten für die Sklaverei hinlänglich gekennzeichnet ist. Die Südstaaten freilich sind den Demokraten seitdem stets treu geblieben und auch bei dieser Wahl scheinen sie größtenteils für Bryan gestimmt zu haben. Auch jetzt ist es zu einem großen Teil die Frage, in der die Demokraten alle schlechten Instinkte des Klassenhasses der Weißen ausnützen, die ihr die Gefolgschaft sichern. Im übrigen kann von den Demokraten, die in den letzten 48 Jahren das Geißel der Regierung vollständig nur von 1893 bis 1895 in Händen hatten und nur zweimal während dieser Zeit den Präsidenten stellten, nicht gesagt werden, daß sie eine bestimmte gesellschaftliche Klasse oder ein bestimmtes soziales Programm vertreten. Neben den Südstaaten beherrschen sie so manche großen Städte des Nordens, vor allem mit Hilfe von Tammany-Hall New York, eine Herrschaft, die auf Bestechung, Wahlbündel, Erpressung und Einschüchterung beruht. Als Oppositionspartei sammelt sie alle Elemente, welche mit der herrschenden Partei unzufrieden sind und von einem Wechsel sich Besserung versprechen. Demgegenüber ist die republikanische Partei die konsequente Vertreterin des Kapitalismus, die Partei des Hochschutzes, der hohen Finanzen, der Eisenbahnmagnaten und in neuerer Zeit die Partei des Imperialismus, die den Krieg gegen Spanien geführt, Kuba und die Philippinen den Vereinigten Staaten angegliedert hat und für den Bau einer großen Schlachtflotte eintritt. Aber die kapitalistische Entwicklung hat den Gegensatz zwischen den beiden großen Parteien außerordentlich verwischt. Noch im Jahre 1900 suchte Bryan durch ein radikales Programm, das eine starke Zollermäßigung und Silberwährung forderte, die landwirtschaftliche Bevölkerung und die Arbeiter zu gewinnen, um mit ihrer Hilfe die Republikaner zu besiegen. Das Scheitern des Versuches führte dazu, daß Bryan im Jahre 1904 von seiner eigenen Partei nicht mehr kandidiert wurde und dem Richter Parker weichen mußte, der alle radikalen Forderungen aus seinem Programm ausmerzte. Und als die demokratische Partei jetzt Bryan noch einmal kandidierte, war auch er ein Verwandelter, dessen vornehmstes Versprechen darin bestand, er wolle die Politik Roosevelts fortführen und mit ihr Ernst machen. Es ist wieder vergebens gewesen. Die schwere wirtschaftliche Krise, von der manche glaubten, daß sie die Wähler den Republikanern abspenstig machen werde, die Aufforderung des Gewerkschaftsführers Compers an die Arbeiter, demokratisch zu stimmen, die Erbitterung gegen die Wirtschaft der Trusts, haben den Republikanern trotzdem den Sieg nicht entreißen können. Ebenso wenig hat die Unabhängigkeitspartei des Herrn Hearst einen beachtenswerten Erfolg erzielen können, trotz der beispiellosen Agitation und trotz des Nachweises Hearsts, daß sowohl Demokraten als Republikaner im Solde der Trusts stehen.

Der republikanische Sieg bedeutet, daß in der bisherigen Politik keine Veränderung stattfinden wird. Die Republikaner haben zwar gewisse Versprechungen in der Zollfrage gemacht, aber es ist sicher, daß diese Versprechungen nicht erfüllt werden und es bei dem bisherigen System des Hochschutzes bleiben wird. Damit ist aber zugleich gesagt, daß auch gegen die Trusts nichts Ernsthaftes unternommen werden wird. Bei der großen ökonomischen Uebermacht, bei der völligen Beherrschung der politischen Maschinerie durch die Vertrauensleute der Kapitalmagnaten ist an andere als Scheingefechte, wie sie Roosevelt mit so meisterhafter Demagogie zu führen wußte, nicht zu denken. Der beste Beweis dafür ist, daß die Sympathien der Völkern der ganzen Welt in voller Uebereinstimmung auf Seiten der Republikaner standen, als der Partei des Kapitalismus ohne jede Einschränkung, Wichtiger für die Zukunft ist es aber, daß diesmal die republikanische Partei gesiegt hat in vollem Gegensatz zur organisierten Arbeiterschaft. Ausdrücklich hat die Partei die Forderungen der Gewerkschaften, sie gegen die Willkür der

Bürgerlichen Gerichte zu schützen, abgelehnt. Die Wahl Tafts, des alten Gegners der Gewerkschaften, bedeutet eine unmittelbare Bedrohung der Arbeiterorganisationen. Es ist kein Zweifel, daß eine solche Politik über kurz oder lang den Widerstand der Arbeiterklasse hervorrufen wird und das noch schlummernde Massenbewußtsein eines großen Teils der amerikanischen Arbeiterklasse wecken muß. Daß Taft auch die imperialistische Politik Roosevelts fortsetzen wird, ist wahrscheinlich, da starke kapitalistische Interessen die Expansionspolitik verlangen. Allerdings werden wohl die politischen Methoden etwas weniger geräuschvoll werden, als die waren, die Roosevelt befolgt hat. Um so klarer wird der rein kapitalistische Charakter der republikanischen Partei seine Wirkungen entfalten, aber auch seine Gegenwirkungen auslösen.

Der Sieg der Demokraten hätte die Gefahr einer Irrführung mit sich gebracht, hätte die Illusionen der amerikanischen Arbeiterklasse über die Natur des kapitalistischen Systems verlängert. Der Sieg der Republikaner ist der Sieg der offenen Gegner, und wir dürfen erwarten, daß er die Entfaltung der Klassengegensätze in dem Lande der riesenhaftesten kapitalistischen Entwicklung fördern und die Reife der sozialistischen Saat beschleunigen wird.

### Das Wahlsystem.

Der Präsident der Vereinigten Staaten wird in indirekter Wahl gewählt durch Wahlmänner, die von den stimmberechtigten Bürgern der Einzelstaaten gewählt werden. Die Gesamtzahl der Wahlmänner beträgt jetzt 483. Die absolute Majorität beträgt also 242 Stimmen. Dienstag erfolgte nur die Wahl der Wahlmänner. Diese werden erst am 11. Januar 1909 zur eigentlichen Präsidentenwahl zusammentreten. Die größte bisherige Majorität bei den Wahlmännerwahlen erreichte Roosevelt im Jahre 1904. Seine Wahlmänner hatten damals eine Majorität von 1739 264 Stimmen.

Ueber das Wahlergebnis unterrichtete nachfolgende Depeschen: New York, 4. November, 8 Uhr morgens. Nach den letzten Bestellungen sind bisher für Taft 298 Elektoralstimmen abgegeben; 13 sind noch zweifelhaft.

Nach den bisherigen Schätzungen ist die Wahl Tafts mit einer Majorität von 1 001 000 Stimmen erfolgt. Präsident Roosevelt überhandte Taft ein herzliches Glückwunschtelegramm. Taft dankte hierfür und betonte, diese Wahl bedeute einen Triumph für die Geschäftsführung Roosevelts.

Die Südstaaten haben geschlossen für Bryan gestimmt.

New York, 3. November. Bei den heutigen Wahlen erfolgte in allen Landesstellen eine starke Stimmgabe. Die ersten Wahlergebnisse aus den Landdistrikten von New York geben Taft einen erheblichen Vorsprung vor Bryan. Taft erhielt in diesen Bezirken eine größere Stimmenzahl als Roosevelt im Jahre 1904.

New York, 3. November. (Auf deutsch-Atlantischem Kabel.) Taft siegt in allen wichtigen Staaten, die bis zuletzt zweifelhaft waren, mit großer Majoritäten. Der nächste Kongreß dürfte stark republikanisch sein.

New York, 4. November. Tafts Sieg überraschte die eigene Parteileitung, noch unerwarteter ist ihr, daß die republikanische Kongressmehrheit um 12 Stimmen zugenommen hat. Kein Sozialist wurde gewählt. Cannon ist wiedergewählt. Die Gründe des großen Sieges sind das Vertrauen zu Roosevelt und der Wille zur Fortsetzung seiner Politik, der Mangel an Vertrauen zu Bryans Persönlichkeit, die glänzende Ernte, der allgemeine Wohlstand der Farmer, die Besorgnis der Geschäftsleute und die angebotenen Arbeitererlassungen, falls Bryan gewählt wird. Heute geht das allgemeine Urteil dahin, daß Bryan erledigt ist. Die Hochrollen legen jedoch den Sieg Tafts und der Kongressmehrheit als Billigung der protektionistischen Politik aus, das verschlechtert entsprechend die Aussichten der Tarifreform.

New York, 3. November. Der republikanische Gouverneur von New York Hughes wurde wiedergewählt.

## Geplänkel vor der Schlacht.

Aus dem Reichstage (4. November). Vollzählig genug hatte sich das Haus versammelt, aber zu Auseinandersetzungen über die Regierungskatastrophe, die zurzeit in Deutschland das allgemeine Interesse fast ausschließlich in Anspruch nimmt, kam es noch nicht. Von verschiedenen Fraktionen, auch von der sozialdemokratischen, waren Interventionen eingegangen: was der Reichskanzler angesichts der Enthüllungen in „Daily Telegraph“ zu tun gedenke. Vilow zog es vor, sich vom Schlachtfelde vorläufig fernzuhalten, so daß noch nicht festgesetzt werden konnte, wann er der Reichstagsforderung standhalten muß.

Aber auch ein Teil der bürgerlichen Parteien befandete das Bedürfnis einer längeren Paß, um hinter den Kulissen erst noch die Vorbereitungen zu treffen. Solche Symptome deuten immer an, daß die Beschwichtigungshofräte am Werke sind, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Aber er steckt doch diesmal zu tief darin, als daß das gelingen könnte.

Auf der Tagesordnung standen eine Reihe Petitionen. Als in deren Erörterung eingetreten werden sollte, beantragte Fürst Hafffeld in Vertretung der Diplomatenfraktion, man möge diejenigen Petitionen, zu denen keine Vormeldungen

vorliegen, nur kurzer Hand erledigen und sich dann vertagen, damit die Fraktionen Zeit hätten, sich über die wichtigen Fragen, die durch die Katastrophe heraufbeschworen seien, gründlich zu beraten.

Gen. Singer widersprach diesem fürstlichen Diplomaten-coup, da er eine Rücksichtslosigkeit gegen die Petenten sei und den Abgeordneten hinreichend Zeit zur Verfügung gestanden hätte und noch stehe, um sich klar zu werden. Er fand dabei die Unterstützung des nationalliberalen Wasser mann, so daß der Bloß offenbar noch verwirrt im Dunkeln tappt, ohne sich geeinigt zu haben. Aber der Dr. Arendt fühlte sich gedrungen, seinem Fraktionskollegen Hafffeld mit dem Einwande beizuspringen, die „Daily Telegraph“-Enthüllungen hätten so erschütternd auf ihn und seine Freunde gewirkt, daß sie dringend der Sammlung bedürften. Singer erwiderte prompt, daß diese verwirrende Erschütterung der Arendt-Gehirne doch nur ein Beweis für deren geringe Einsichtsfähigkeit sei, da er was sich da neuerdings offenbart habe, sei doch längst erkennbar gewesen und von unserer Seite oft genug gekennzichnet worden. Es blieb denn auch bei der Durchberatung der Petitionen, von denen eine Anzahl ohne Debatte erledigt wurden. Zu größeren Auseinandersetzungen kam es zunächst bei der Forderung zweier Landwirtschaftskammern, daß ein Zoll für Milch von 4 Mark und von 10 Mark für Rahm eingeführt werden solle. Die Agrarier hatten nicht übel Lust, dies Altkat auf die Volksgesundheit zu beschränken. Es stellte sich aber dabei heraus, daß die Kommission in ihren Beschlüssen so wenig Sachkenntnis bewiesen hatte, daß Herr Spahn namens des Zentrums rettend einsprang, indem er die Nichtverweisung an die Kommission beantragte, was auch beschlossen wurde.

Eine Petition der verschiedenen Vergarbeiterorganisationen gegen das System der schwarzen Listen und der verberblichen Ueberwachungen wollte Herr Spahn überhaupt nicht zur Verhandlung kommen lassen, wie es heißt, weil seine Fraktion eine Interpellation über den nämlichen Gegenstand vorbereitet. Das Haus trat aber dem Antrage nicht bei, und so hatte, nachdem Genosse Sachse als Referent kurz die Begründung gegeben und der Zentrumsmann Giesberts für die Petition gesprochen hatte, doch noch Genosse Hengsbach-Duisburg Gelegenheit, in längerer Rede die furchtbare Drangsalierung der Vergarbeiter durch die Unternehmer an zahlreichen Einzelfällen nachzuweisen. Dann wurde die Debatte vertagt und auf die Freitag-Tagesordnung das Automobilgesetz gebracht.

## Beamtenbefoldungen.

Die verstärkte Budgetkommission des preussischen Abgeordneten-Hauses setzte am Mittwoch ihre Beratungen fort. Die Sozialdemokraten haben sich die Arbeit in der Weise geleist, daß die Abgeordneten Dirsch und Ströbel sich abhüllten, ersterer soll hauptsächlich bei der Besprechung der Dedungsfrage, letzterer bei der Besprechung der Befoldungsfrage den Standpunkt der Fraktion vertreten.

In der Debatte wurde u. a. angeregt, daß den Militär-Beamten ihre früheren Dienstalter mit angerechnet wird. Der Finanzminister Herr v. Rheinbaben erwiderte, daß dadurch große Ersparnisse unter den Beamten hervorgerufen würden, daß aber die Reichsregierung in Erwägung darüber eingetreten sei, ob und wie man den Militärbeamten entgegenkommen könne.

Die Abstimmung über die Gehälter der untersten Stufen ergab, daß sowohl für die Klasse 1 als auch für die Klasse 2 das An-satzgehalt um je 100 M. erhöht wurde. Zu Klasse 1 gehören die Stodmeister, Bahnwärter, Aufseherinnen bei den Gefängnissen und dergleichen. Nach der Regierungsvorlage sollte ihr Gehalt auf 1000 bis 1200 Mark bemessen werden, nach dem Beschluß der Kommission beträgt es 1100 bis 1300 Mark. Das Gehalt für die zweite Klasse hatte die Regierung auf 1000 bis 1500 M. bemessen, die Kommission erhöhte es auf 1100 bis 1600 M. Von dieser Erhöhung werden u. a. betroffen 21 802 Schaffner und Brenner, verschiedene Beamte der Domänenverwaltung, 120 Brückenwärter, 78 Leuchtfeuerwärter. Alle weitergehenden Anträge, namentlich die auf Erhöhung des Höchstgehalts, wurden abgelehnt! Ja, es ist sogar fraglich, ob diese minimale Auf-besserung nicht in der zweiten Lesung wieder rückgängig gemacht wird.

Eine längere Debatte entspann sich über die Beamten der dritten Klasse, unter die u. a. die Amtsdienner bei der Verwaltung der Röhre und indirekten Steuern, Schuldiener bei höheren Lehranstalten und bei Seminaren, Eisenbahngeldmännern, Weichensteller, Wagenwärter, Schleusenmeister, Oberaufseherinnen und Werkmeisterinnen bei der Strafanstaltsverwaltung fallen. Die Regierungsvorlage bemißt ihr Gehalt auf 1100 bis 1600 M. Die Kommission trat diesem Vorschlag unter Ablehnung eines Antrages auf Erhöhung um 100 M. in jeder Stufe bei. Nur vier Mitglieder der Kommission stimmten für diesen Verbesserungsantrag, den die Vertreter der Regierung mit dem Hinweis auf finanzielle Schwierigkeiten heftig bekämpften.

Die Beamten der Klasse 4 will die Regierung mit 1200 bis 1700 M. abpeifen. Hierunter fallen u. a. 86 Kanzleidiener bei der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin, 40 Zollziehungsbeamte bei den Kreisstellen, 80 Magazin-, Kanzlei- und Kassendiener bei der Verwaltung der Röhre und indirekten Steuern, 870 Magazinaufseher, Postartenbruder, Bureauisten und



Schulungsbefehlener in der Eisenbahnverwaltung, 400 Kassendirektoren im Finanzministerium, 19 Dinnenaufseher, 123 Gerichtsdienere und Kassellane bei den Oberlandesgerichten, 3906 Gerichtsdiener bei den Landgerichten und Amtsgerichten, 515 Kustoden bei den besonderen Gefängnissen, 487 Kreisboten, 1464 Aufseher bei der Strafanstaltsverwaltung, 202 untere Berufsbeamte in den Bergwerksdirektionen, 1379 Lokomotivführer und Schiffsführer, insgesamt 23.293 Beamte. Hierzu lagen eine Reihe von Anträgen vor; der eine verlangte eine generelle Aufbesserung, und zwar sollte das Anfangsgeld bei 1200 Mark bemessen bleiben, dagegen die Stufen allmählich aufsteigen, bis das Höchstgehalt 1800 Mark, also hundert Mark über die Regierungsvorlage hinaus beträgt. Andere Anträge forderten die Verrückung einzelner Kategorien dieser Klasse, insbesondere der Gefängnisaufseher bei den Landgerichten und Amtsgerichten und der als Gefängnisaufseher beschäftigten Gerichtsdienere. Man wünschte für diese Beamten ohne Erhöhung des Mindestgehalts wenigstens eine Verklärung der Anwartschaften und wies auf die Schwierigkeit ihres Dienstes hin. Die Vertreter der Regierung machten ihre Bedenken auch gegen diese Anträge geltend, sowohl finanzielle Bedenken als auch Bedenken verwaltertechnischer Art. Interessant war die Mitteilung eines Regierungskommissars, daß für den Dienst in den Erziehungsanstalten, der besonders schwer ist, keine Bevorzugung der Militäranwärter stattfinden, sondern daß hier auf eine handwerkliche Vorbildung der Beamten Bedacht genommen wird. Also scheinen sich die „Stellvertreter Gottes“ doch nicht für alle Kerler zu eignen.

Besonders scharf wandte sich der Finanzminister gegen einen Antrag, wonach den mit der Wahrnehmung der Votenmeistergeschäfte beauftragten ersten Gerichtsdienere besondere, nicht pensionsfähige Stellenzulagen gewährt werden sollten. Nicht ohne Berechtigung konnte er darauf hinweisen, daß das Votum wiederholt die Regierung aufgefordert habe, die Stellenzulagen zu beseitigen; jetzt sei die Regierung dem Wunsch des Hauses nachgekommen, und nun fordere man auf einmal die Wiedereinführung der Stellenzulagen. Besonders lebhaft war die Diskussion darüber, ob den Lokomotiv- und Schiffsführern das Gehalt aufgebessert werden sollte. Die Regierung beläugte diese Anträge mit dem Hinweis darauf, daß dann auch die Gehälter der Lokomotivführer aufgebessert werden müßten, wodurch eine Mehrausgabe für beide Beamtencategorien in Höhe von 8 Millionen notwendig sein würde. Die weitere Beratung wurde schließlich um 1/5 Uhr auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

## Kanzler und Reichstag.

Fürst Bülow scheint jetzt zwei Sorgen zu haben; einmal der erregten Öffentlichkeit wenigstens zum Schein eine gewisse Genugtuung zu geben und so seiner Bloßmajorität den Umfall zu erleichtern. Nachdem Herr v. Schoen schon erkrankt ist, heißt es jetzt, daß Herr Dr. Stemrich, der Unterstaatssekretär, der damals allein in Berlin war, von seinem Urlaub nicht mehr auf seinen Kosten zurückkehren soll. Ihm sollen dann noch vielleicht ein paar andere Beamte des Auswärtigen Amtes folgen. Die zweite Sorge gilt der möglichst weiten Einanschiebung der Reichstagsdebatten. Bülow will Zeit gewinnen, um sich seiner Majorität zu versichern, und nach den Stimmen der Berliner Presse zu urteilen, scheint diese Taktik Erfolg zu versprechen. Denn die Organe des Bloß beginnen immer zuverlässlicher zu werden und immer lauter zu versichern, daß es eine unumgängliche Notwendigkeit sei, Bülow als Kanzler zu erhalten. Man jährt sogar vor dem Schwindel nicht zurück, und zu versichern, daß der Sturz Bülows vermieden werden müsse aus Rücksichten auf das Ausland. Als ob sich diejenigen, welche Deutschland feind sind, einen Mann denken könnten, der mit größerem Erfolg die Geschäfte der Feinde Deutschlands besorgen würde!

Fast aber will es scheinen, daß man sich mit der Durchführung der öffentlichen Meinung durch die offiziöse und Bloßpresse nicht begnügt und stärkere Kräfte angewandt werden sollen. Gerade jetzt macht sich plötzlich eine Verschärfung unserer Beziehungen zu Frankreich bemerkbar. Man erinnert sich vielleicht noch jenes Zwischenfalles, der aus der Flucht einiger deutscher Fremdenlegionäre in Casablanca entstanden ist. Es kam damals zu einer Schlägerei, in der ein deutscher Konsulatsbeamter, der die Flüchtlinge beschützte, von französischen Beamten angeblich tödlich beleidigt sein soll. Herr v. Schoen regte damals an, daß der Zwischenfall einem Schiedsgericht übermieten werden solle und die französische Regierung wolle dieses Anerbieten annehmen. Jetzt erfährt man plötzlich, daß Deutschland neue Forderungen stellt und auf einer sofortigen Genugtuung besteht. In Frankreich ist man über diese neue Unfreundlichkeit der deutschen Regierung ziemlich erregt und unsere alldeutsche Presse scheint große Lust zu haben, wieder die chauvinistische Lärmtrömmel zu schlagen. Das kommt nun der deutschen Regierung so gelegen, daß es sehr schwer fällt, an einen Zufall zu glauben. Aber wie möchten denn doch mit aller Entschiedenheit fordern, daß man das deutsche Volk mit solchen Meinungen verschone. In der jetzigen gespannten internationalen Situation, bei der völligen Diskreditierung der Leitung der auswärtigen Politik um völliger Nichtigkeiten willen internationale Gefahren hervorzurufen, wäre ein Verbrechen, an das wir vorläufig nicht glauben wollen. Aber um so dringender notwendig ist es, daß die Situation möglichst rasch geklärt wird, daß der Reichstag zu Worte kommt, und daß mit dem System, das in den letzten Tagen so schmächtig zusammengebrochen ist, endlich abgerechnet wird.

Im Gegensatz zur Berliner Presse beharrt die Provinzpresse vorläufig in ihrer Opposition. So schreibt die freisinnige „Dresdener Morgenzeitung“:

„Werden wir gut regiert? Nein! Wie werden schlecht regiert, ungeschickt, feßlicherlich, die rudimentären Formen des Absolutismus, die Wilhelms II. Selbstherrlichkeit im Inneren und im Äußeren zu schädlichen Jertümmern sich betätigen läßt, werden durch die beschämenden Misserfolge der deutschen Politik auf allen Gebieten als unheilbringend jetzt endlich erkannt werden müssen. Die Zeiten sind vorbei, in denen ein gekrümmtes Genie die Geschicke von Millionen zum Gegenstand seiner politischen Experimente machen durfte. Aber niemals sind gewesen und werden kommen die Zeiten, in denen ein politisch nicht begabter Fürst jeden sein Hirn zufällig freuzenden Freundschafts- oder Feindschaftsgebanken kritisch in die Tat umsetzen darf.“

Und über die Notwendigkeit, Bülow fortzuschicken, sind sogar die nationalliberalen Organe im Klaren. So schreibt die „Magdeburgerische Zeitung“:

„Aber wenn der Esch — auch eines so ausgezeichneten Staatsmannes wie des Fürsten Bülow wirklich unmöglich sein sollte, so wäre diese Tatsache beinahe das Beschämendste an dieser ganzen Affäre. In anderen Ländern wechseln die Staatsmänner auf einen Wink der Wähler alle paar Jahre hundertweise die Posten, und man wird nicht behaupten, daß die englische, die französische auswärtige Politik schlechter

wäre als die unsere. Sind in Deutschland die Kapazitäten, die Männer und die Leute mit einem Willen seltener als anderswo? Oder sind wir durch die Gewohnheit des Gängelbandes und der Schenkklappen so dar jedes Selbstgefühls beraubt, daß wir uns nicht mehr zutrauen, für jede große Aufgabe, die uns ein wichtiger Augenblick stellt, die nötigen Männer und die Hebel unter uns zu finden?“

Selbst der Abgeordnete Wasser mann ist vorläufig noch sehr oppositionslustig. Ueber eine Unterredung, die der Korrespondent der „Dortmunder Zeitung“ mit ihm gehabt hat, berichtet das genannte Blatt:

Der Abgeordnete Wasser mann hält Bülows Bleiben für unmöglich. Er vergleicht die Situation mit grober Pummelerei, die, wenn sie in einem Privatgeschäft passierte, zur Folge haben würde, daß der Chef die Angestellten sicherlich nicht behalten würde, durch deren Fehler er zum Gespött der ganzen Stadt gemacht wäre. Andererseits sagt Wasser mann, daß Bülow im Reichstage jedes Vertrauen verlorren habe. Bülow mühte in Kenntnis der Eigenart des Kaisers die dauernde Gefahr einer Ueberraschung im Auge zu behalten.

Zur Auswärtigen Amt wird nach Wasser mann die allergrößte Veränderung eintreten. Stemrich werde wieder ins Ausland geschickt, drei Räte mindestens gehen. Schoen werde nicht mehr wieder, Geheimrat Schaefer, der aus dem Bülow-Brand-Prozess bekannte Geheimsekretär des Reichslanklers, werde Generalkonsul in Bukarest, nach Washington solle Graf Kochen gehen, sobald die amerikanische Präsidentschaft vorbei ist.

Die Botschaft von der Oppositionslust des nationalliberalen Führers ist kaum zu glauben und wir fürchten, daß der Herr Abgeordnete Wasser mann heute nur so wild tut, um dem Fürsten Bülow durch seine Jähmung zu einem um so größeren Triumph verhelfen zu können.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. November 1908.

### Die Presse und die neuen Steuerentwürfe.

Bisher haben sich von größeren Blättern nur erst einige wenige über die gestern von der „Korbh. Allgem. Ztg.“ im Auszug veröffentlichten neuen Steuerentwürfe geäußert. Die meisten drucken die Mitteilungen des Kanzlerblattes ganz oder teilweise ab und behalten sich für später nach dem Studium der Originalentwürfe, die heute dem Reichstage zugegangen sind, ihr Urteil vor. Zu den Blättern, die bereits im wesentlichen mit ihrem Urteil fertig sind, gehören das „Berl. Tagebl.“, die „Berl. Volksztg.“, die „Deutsche Tagesztg.“ und die „Freisinnige Ztg.“.

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: „In Summa: Diese Reform ist unmöglich! Die liberalen Parteien würden sich um jeden Kredit bringen, wenn sie sich dafür einzusetzen ließen. Nur eine völlige Umgestaltung der Vorschläge der Verbündeten Regierungen könnte zum Ziele führen. Wir bezweifeln die Möglichkeit und Durchführbarkeit einer solchen gründlichen Reformation, die vor allen Dingen den Konsumenten schonen, die stärkeren Schultern mehr belasten und die Bundesstaaten zu den Reichsmaßnahmen ernstlich heranziehen müßte. Geht das nicht, dann sollten die freisinnigen äußerst höflich, aber kalt die Mitarbeit an dieser fiskalischen Spottgeburt ablehnen.“

Die „Berl. Volksztg.“ beschränkt sich vorläufig auf die folgende kurze Kritik der Anzeigensteuer:

„Schon nach den Andeutungen, die bereits früher über die Anzeigensteuer gemacht worden sind, hat man darauf schließen können, daß sich bei keiner der vorgeschlagenen Steuern der Dilettantismus so blutig entkühlt hat wie bei dieser Steuer. Die Steuer selbst und ihre verschiedenen Formen sind dermaßen unsachlich, unlogisch, schädigend für die weitesten Kreise der arbeitstüchtigen Bevölkerung, daß die jetzt wieder für die Abschaffung reife Fahrkartensteuer dagegen ein reines Meisterstück ist. Ähnliche Ausführungen, wie wir sie bereits vor Monaten gegen die Infratensteuer gemacht haben, sind inzwischen von der Presse aller Parteien gegen diese schädlichste und arbeitsfeindlichste Steuer geltend gemacht worden. In der Zeit einer wirtschaftlichen Depression, wo dem Zeitungsleser eine erhöhte wirtschaftliche Bedeutung zukommt, ist eine unlogisch ersonnene und widerständig abgestufte Infratensteuer aus allgemeinen Rücksichten doppelt verwerflich.“

In der „Deutschen Tagesztg.“ läßt deren Chefredakteur, der unter der Kognakmarke „o.“ schreibende Dr. Georg Dertel, sich folgendermaßen vernehmen:

„Die Agrarier sind nicht nur Produzenten, sondern auch Konsumenten. Sie bringen also bei der Brausteuer, der Tabaksteuer, der Elektrizitäts- und Gassteuer Opfer wie die anderen Bevölkerungsklassen. Sie bringen aber auch besondere Opfer, mittelbar und unmittelbar, bei der Tabaksteuer und bei dem Branntweinmonopole. Sie sind aber weiter noch bereit, mit dafür einzutreten, daß der größere leistungsfähige Besitz und der über das Durchschnittmaß steigende, insbesondere der mühselose Gewinn herangezogen werde. Sie wollen die Kreise treffen, die eine stärkere Belastung zu tragen vermögen, die Kreise, die sich eines leichten Gewinns und eines nicht belasteten Besitzes erfreuen. Die Nachsteuer halten sie aber für eine eminente wirtschaftliche, politische, ja politische Gefahr. Sollte sie Gesetz werden, dann würde der Zweck der Finanzreform, die Sicherheit des Reiches, nicht erreicht, sondern gefährdet. Deshalb: Hand davon!“

Die „Freis. Ztg.“ erklärt: „Was nun die freisinnige Volkspartei betrifft, so wird sie horzustellend an die Prüfung der Vorlage herangehen. Sie ist sich in vollem Umfange des Ernstes der Situation bewußt und verschließt sich der Erkenntnis nicht, daß unter den heutigen Verhältnissen mehr als je eine Sanierung der Reichsfinanzen notwendig ist. Andererseits weiß sie aber auch, was sie ihrem Programm schuldig ist, und wird die Grundsätze, von denen sie sich bei Finanzfragen bisher hat leiten lassen, auch in Zukunft zur Richtschnur nehmen. Das wird sie um so mehr tun, als diese Grundsätze ja nicht schädliche Sonderwünsche der einen oder anderen Interessengruppe berücksichtigen, sondern das Wohl der Gesamtheit.“

### Verschleppung!

Der Freisinn von Mirbach legt sich im „Tag“ lebhaft für eine Verschleppung der Wahlreform ins Zeug. Ungleich spricht er es ganz offen aus, daß er von der Verschleppung und der Verschöpfung statistischen Materials eine Verteilung einer gründlichen Wahlreform erhofft!

Er schreibt: „Wenn ferner die linksstehenden Parteien statistische Ermittlungen über die letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus als unerheblich für die Reformfrage bezeichnen und mit dieser den Landtag schon in seiner jetzigen Tagung besetzt zu sehen wünschen, so ist dem entgegenzuhalten, daß nur durch sehr eingehende Erhebungen Klarheit darüber geschaffen werden kann, ob wirklich, wie die Reformfreunde behaupten, drei Viertel der preussischen Wähler heute unrechtfertig sind. Die in Arbeit befindliche Statistik dürfte von dem Wahlkreis der Wähler dritter Klasse ein ganz anderes Bild als das gemeinhin zu Propagandazwecken entworfene geben; sie dürfte erweisen, daß diese nicht nur in den von der Sozialdemokratie eroberten Kreisen, sondern auch

in zahlreichen anderen Bezirken eine entscheidende Stimme haben. Solche Feststellungen müßten die ohnehin durch den Einzug der Sozialdemokraten in die Zweite preussische Kammer haltlos gemordene Agitationspraxis, das geltende Wahlsystem schließe das werktätige Volk von der Vertretung im Abgeordnetenhaus aus, ihrer letzten Wirkung berauben.“

Herr v. Mirbach hat auch ganz recht, wenn er von der von der Regierung für notwendig gehaltenen Statistik eine Förderung der reaktionären Vorschläge erwartet. Man wird schon durch allerlei rednerische Kunststücke herandübeln, daß auch die nichtbesitzende Klasse einen gewissen Einfluß auszuüben vermag, daß also das Proletariat nicht völlig rechtlos ist. Wird es doch bereits von den Reaktionen als Beweis für die Nichterrettung des Proletariats bezeichnet, daß es der Arbeiterklasse gelungen ist, ganze sieben Mandate von 443 zu erobern! Der Grundlag, daß die zahlreichste Klasse des Volkes auch den größten Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben berechtigt sei, wird ja von der besitzenden und privilegierten Minderheit niemals anerkannt! Sie weiß ja, daß bei einem wirklich demokratischen Wahlrecht das Wohlleben der Wenigen auf Kosten der Vielen vorbei wäre!

Der Freisinn kann dem Jureden der Konservativen leider nicht entweichen und auf eine baldige Ausfüllung der Wahlrechtsfrage nicht verzichten. Aber mit der bloßen Erörterung der Wahlrechtsfrage wird sich der Freisinn auch nicht bescheiden dürfen! Die Masse der Entrechteten will Taten sehen! Entweder ein entsprechendes Entgegenkommen der Regierung, eine schnelle Wahlreform oder — den rücksichtslosen Kampf der angeklügelt so eifrigen liberalen Wahlrechtsfreunde gegen die wahlrechtsfeindliche Reaktion! —

### Kaiserliche Politik.

Wilhelm II. ist unermüdet. Nach der Rundgebung im „Daily Telegraph“ kommt wieder ein Geschenk. Es ist nur ein Glück, daß es sich diesmal nur um eine überflüssige, aber sonst harmlose Sache handelt. Das offiziöse Depeschens-bureau meldet aus London:

„Der Vizekanzler der Universität Oxford erhielt einen Brief von dem deutschen Vizekanzler Grafen Wolff-Meternich, mit dem dieser auf Befehl Kaiser Wilhelms ihm ein Exemplar der englischen Ausgabe des Baumgarten'schen Werkes über die Wartburg überhandte, das der Kaiser der Universität Oxford zum Geschenk macht. Der Vizekanzler übergab das Werk der Vizekanzlerin der Bibliothek.“

Hoffentlich sind jetzt die Engländer endgültig für die deutsche Politik gewonnen! —

### Das Arbeitspensum des Reichstags.

An Vorlagen, die aus der vorigen Tagung noch zurückgeblieben sind, liegen vor: Gewerbenovelle, Viehhändlergesetz, Sicherung der Forderungen, Wechselstempelsteuer, Änderung des Zivilprozesses. An neuen Vorlagen liegen vor: Arbeitslammengesetz, Gesetz betreffend Telephongebühren, Automobilgesetz, Weingesez, Novelle zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, Strafprozessreform, Beamtenhaftpflichtgesetz, Reichsapothekengesetz, Kurpfuscher- und Geheimmittelgesetz, über Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit, ferner steht aus Novelle zum Reichsbankgesetz, Gesetz über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, Gesetz betreffend die Heranziehung des Reichsstaats zu den Gemeindesteuern, dann die Gesetzesentwürfe über Abbedeckung, Änderung der Bestimmungen der Konkursordnung, über Konzessionswesen für Theater und Schandwirtschaften, über Neuordnung der Vieh- und Marktverhältnisse, das Beamtenbesoldungsgesetz. Ferner sind die Steuerentwürfe eingegangen. Dazu kommt die Beratung des Etats, die Erledigung der sonstigen laufenden Geschäfte, und außerdem liegt eine Anzahl von Initiativentwürfen aller Parteien vor.

Wie und wann der Reichstag dieses Arbeitspensum erledigen soll, das mögen die Götter wissen.

### Konsumvereinstöter in Preußen und Sachsen.

Wie wir gestern berichteten, hat die Deputation der sächsischen Ersten Kammer durch ein Gutachten energisch ausgesprochen, daß ein Attentat auf die Konsumvereine in Gestalt der Umsatzsteuer „ein schwerer politischer und wirtschaftlicher Fehler“ sein werde, da die Konsumvereine „von günstiger wirtschaftlicher Wirkung für die breiten Schichten . . . und selbst für den Mittelstand seien.“

Die „Deutsche Tages-Zeitung“ ist äußerst erbost über das Gutachten der Deputation der sächsischen Ersten Kammer. Sie entwirft sich folgendermaßen:

„Der gewerbetätige und kaufmännische Mittelstand wird überaus sehr, wenn er liest, daß es ein schwerer politischer und wirtschaftlicher Fehler sein soll, die Konsumvereine durch die Gesetzgebung zu beeinträchtigen. Daß es nicht angängig ist, die Konsumvereine, die den kleinen Kaufmann auszuscheiden bestimmt sind, mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften in einen Topf zu werfen, sollte doch auch Herr Zweiniger wissen.“

Statt ihren Zorn an dem Berichterstatter der Deputation auszulassen, hätte sich das Dertel-Organ gegen die ganze Erste Kammer wenden sollen, hat diese doch den gegen den Beschluß der Zweiten Kammer gerichteten Antrag der Deputation einstimmig angenommen!

In Preußen hat die Regierung bekanntlich in dem Gesellschaftssteuerentwurf auch eine schwere Neubelastung der Konsumvereine geplant. Hier wird man also den erlauchten und edlen Herren unseres ostelbischen Krautunkertums das (freilich sehr ausnahmsweise!) vernünftige Gutachten der sächsischen Parlskammer entgegenhalten können!

### Odenburger Landtag.

Der Landtag des Großherzogtums Odenburg wurde gestern nachmittags 5 Uhr eröffnet. Die durch Finanzminister Aufrat vertretene Thronrede kündigt außer dem den Abgeordneten bereits zugegangenen Schulgesetzentwurf einen Gesetzentwurf, betreffend die Haftung des Staates und der Kommunalbeamten für etwaigen Schaden, den diese in Ausübung ihres Amtes Dritten zufügen, an. Weiter soll dem Landtage ein Gesetz, den Bau von Kommunal-Eisenbahnen betreffend, zugehen. Auch soll die Wahlreform endgültig erledigt werden, wobei sich die Regierung, wie es in der Thronrede heißt, veranlaßt gesehen hat, den Entwurf, betreffend die Wahl der Abgeordneten, nach den damaligen Verhandlungen in einigen Punkten zu ändern. Man wird abwarten müssen, worin die „Abänderungen“ bestehen. Für die beiden Fürstentümer Lubeck und Wirtensfeld beabsichtigt schließlich die Regierung eine Regelung der Bestimmungen betreffend die Sonn- und Feiertage, sowie die Abhaltung von Lustbarkeiten.

### Der Verstoß der Reichshauptmannschaft Leipzig gegen das Vereinsgesetz.

(Das Verbot des forellischen Vortrags) ist, wie wir seinerzeit mitteilen, vom sächsischen Ministerium des Inneren redressiert, das Verbot aufgehoben worden. Die Gründe der Entscheidung sind interessant. Sie besagen im wesentlichen: Die Reichshauptmannschaft gründet das Verbot auf § 1 Absatz 1 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908, aber wenn die Reichshauptmannschaft ausführt, daß sich die auf das forellische



**Auch „Die sexuelle Frage“** sich gründenden pseudo-wissenschaftlichen Darstellungen gegen fundamentale Einrichtungen, insbesondere die Ehe, richten, deren Bestand im Interesse des Staates strafrechtlich geschützt ist, und doch sich deshalb der Verletzung des § 1, Absatz 1 des Reichsverordnungs-Gesetzes verbundene Veranstaltung einer Versammlung darstelle, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderliege, so übertrifft die Kreisgerichtsmannschaft hierbei völlig, daß (selbst wenn obige Voraussetzungen zuträfen) in der sachlichen Weisung solcher Fragen, und selbst in der entsprechenden Anregung der Aenderung der einschlägigen Gesetze, doch noch nicht ein Zuwiderhandeln gegen diese Gesetze selbst läge. Anders läge die Sache, wenn Forel in seinem Vortrage dazu aufforderte, den Strafgesetzen, zum Beispiel hinsichtlich des Ehebruchs, der Doppelsehe usw., ohne weiteres zuwider zu handeln; dafür jedoch, daß dies der Fall ist, fehlt es auch nach der Eingabe des Leipziger Kreisgerichtsmannschaft an jedem Beweise, auch wird das von der Kreisgerichtsmannschaft selbst nicht behauptet. Nach alledem wird die angefochtene Verordnung der Kreisgerichtsmannschaft vom 10. Oktober dieses Jahres aufgehoben.

Das Ministerium ist also aus denselben Gründen zur Aufhebung des Verbotes gekommen, die wir schon in der Nr. 24 des „Vorwärts“ für die Rechtungsgültigkeit des Verbotes angeführt haben. Uebereinstimmend mit dem Ministerium darin nicht zustimmen, daß die Polizei ein Recht hätte, den Vortrag zu verbieten, falls Forel — nach Ansicht der Polizei — in seinem Vortrage dazu aufforderte, den Strafgesetzen z. B. hinsichtlich des Ehebruchs, der Doppelsehe usw. ohne weiteres zuwider zu handeln. Die Polizei könnte dann lediglich eine Strafverfolgung des Redners einleiten, aber sonst nichts!

Ein Präventivverbot aber ist unter allen Umständen ungesetzlich!

### Ein gewissenhafter Zentrumsmann.

Unser Elberfelder Parteiorgan erzählt: „Tagte da dieser Lage in Reddinghausen eine Beamtenversammlung, die sich mit der Frage der Wohnungsgeldzuschüsse und der Ortszulagen beschäftigte. Die drei Zentrumsabgeordneten des Kreises waren dazu eingeladen. Krust kam, Schiffer entschuldigte sich und der Abg. Ostrop erklärte auf die mündliche Einladung des Komitees:

„Ich habe keine Zeit, zu jeder Krämerfirmes zu gehen.“ „Glauben Sie denn, diese Veranstaltungen üben irgend einen Einfluß auf die Regierung oder auf uns aus?“ „Außerdem will ich in meinem Urteil unbesungen bleiben.“

Vor der Wahl wäre der brave Zentrumsabgeordnete offenbar viel umgänglicher gewesen. Vor der Wahl wäre er sicher mit Vergnügen „zu jeder Krämerfirmes“ gegangen. Nun aber glaubt er fünf Jahre seines Mandats sicher zu sein!

Wenn sich die Beamten ein besseres Gedächtnis anschaffen wollten, würden sie nicht nur Herrn Ostrop nicht wiederwählen helfen, sondern das Zentrum überhaupt! Denn wir fürchten, daß namentlich die Unterbeamten sehr wenig Ursache haben werden, dem Zentrum dankbar zu sein!

### Vom arbeiterfreundlichen Zentrum.

Die Industriestadt Stolberg bei Aachen steht vor den Stadtverordnetenwahlen. Die erste und zweite Klasse ist in sicherem Besitz der Liberalen, die dritte Klasse könnte das Zentrum erobern, wenn die Zentrumsleute wollten. Aber sie wollen nicht, weil ihre Mehrheit es mit den Liberalen hält und mit diesen eine Mischmaschpartei bildet, deren Hauptstreben darauf gerichtet ist, keinen Arbeiterkandidaten in die Stadtverordnetenversammlung gelangen zu lassen. Nach der „Aachener Volkszeitung“ setzt sich diese Mischmaschpartei zusammen aus „Lenten“, die sonst wohl noch zum Zentrum gehören, die aber abstimmen und abstrahieren, sobald ihnen ein Kandidat nicht zusagt, die keine Parteidisziplin kennen; ferner aus allen möglichen Elementen, vorab den liberalen Wählern, wie denn diese Mischmaschpartei sich der besonderen Gunst der Liberalen erfreut. Der Zentrumswahlverein hat die Kandidaten für die Wahl ordnungsmäßig aufgestellt. Und doch wieder die frühere Disziplinlosigkeit! Daß es hier so viele disziplinelose Wähler gibt, liegt einmal daran, daß manche Wähler sich von den Liberalen beeinflussen lassen, andererseits daran, daß viele Bürger keinem Arbeiterkandidaten ihre Stimme geben wollen, obwohl Stolberg eine Stadt mit drei Viertel Arbeiterbevölkerung ist.

Die Stolberger Zentrumsleute liefern eher die Stadtverordnetenmandate dem liberalen Gegner aus, ehe sie sich dazu verstehen, ihrem katholischen Arbeiterjugend zum Rathaus zu gewähren.

### Arbeitermangel?

Während überall aus den industriellen Bezirken Arbeitslosigkeit und Arbeiterentlassungen gemeldet werden, hat der frühere Verrichter Sozialisten, jetzige Generaldirektor der Laurahütte, Geh. Bergrat Hilger, einen Mangel an Arbeitern entdeckt. Auf der Hauptversammlung dieser Gesellschaft hat er nach der „Kreuzzeitung“ mitgeteilt:

„Auf der Laurahütte fehlten zu normalem Betriebe noch etwa 1500 Arbeiter, die nicht zu beschaffen seien, außerdem bedürftige man 2000 ausländische Arbeiter. Man habe erwartet, daß die höheren Löhne der Hochkonjunktur den Sparfüßler der Leute fördern würde; doch dies sei nicht eingetreten. Das Feiern der Arbeiter an Arbeitstagen sei außerordentlich stark. So fehlten an den Tagen vor Feiertagen bis zu 10 1/2 Proz. der Belegschaft, an Tagen nach den Feiertagen bis 28 Proz. Ebenso seien vor bezw. nach Lohnzahlungstagen bis 14 bezw. 27 1/2 Proz. der Arbeiter ausgeblieben. Bestände nicht eine gewisse Scheu vor gewissen Arten von Arbeiten, wie vor dem Puddeln, so hätte man den Export nach Skandinavien ausdehnen können. Die Leute wollten zum Teil nur nicht aus der Großstadt fort.“

Die „Kreuzzeitung“ drückt das mit Bedauern ab und bespricht sich zu fragen, daß die privaten Wohlfahrtsanstalten es den Arbeitsscheuen ermöglichen, in der Großstadt zu bleiben, anstatt daß sie sich bereit finden lassen, für den Herrn Geheimrat Hilger zu puddeln. Jeder denkende Mensch weiß natürlich, daß wenn auf der Laurahütte in der Tat der belagerte Arbeitermangel herrschen sollte, die Ursachen tiefer liegen. Gerade die oberste Arbeiter sind dafür bekannt, daß sie sich vor keiner Arbeit und sei sie noch so untergeordnet, scheuen. Nicht minder sind aber auch die großen industriellen Unternehmungen Oberhaupten dafür bekannt, daß sie die denkbar miserabelsten Löhne bezahlen. Wenn die von Herrn Hilger geleitete Gesellschaft sich dazu entschließen könnte, die Arbeiter unabhängig zu bezahlen, wenn die Aufsichtorgane dieser Betriebe so weit zu bringen wären, daß sie die Arbeiter als Menschen behandeln, und wenn endlich die Kommunen im oberste Arbeiter Industriegebiet Fürsorge treffen wollten, daß die Arbeiter anständig wohnen können, denn würden sich Herrn Hilger so viele Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, daß er sie gar nicht unterbringen könnte.

### Gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer.

Die „Freie Vereinigung selbständiger Klempner, Installateure und verwandter Berufsgenossen“, Bezirk „Berlin-Osten“, hat in einer zahlreich besuchten Versammlung nach einem eingehenden Referat des Redaktors Goldberg nachstehende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erblickt in der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Gas- und Elektrizitätssteuer eine schwere Schädigung ihres Handwerks. Besonders drückend für diese Berufsgruppe dürfte sich die Durchführung der vorgeschlagenen Steuer auf Gas-Glühkörper gestalten.“

Der Gas-Glühkörper ist ein leichtschmelzendes Produkt, das in sehr vielen Fällen unbrauchbar wird, bevor es seiner Bestimmung übergeben wird. Es wäre ungerath, in allen diesen Fällen eine Steuer für einen Artikel zu erheben, der seinen Dienst nicht leistet. Die fast 100prozentige Verteuerung des Glühkörpers wird zu einer wesentlichen Einschränkung des Konsums beitragen und auch die Rückzahlung der geplanten Glühkörpersteuer wird in hohem Maße die Rentabilität unseres Gewerbes beeinträchtigen.“

### Die Balkankrise.

**Konstantinopel, 3. November.** In der heutigen, zweiten Sitzung der türkischen und bulgarischen Delegierten, an der auch die Direktoren der Orientbahn, Groß und Müller, teilnahmen, erklärte der bulgarische Handelsminister Djapischew, bezüglich der Orientbahnfrage sei er bereit, mit der Pforte zu verhandeln, wenn die Bahngesellschaft zustimme, oder auch mit der Gesellschaft, falls die Pforte einverstanden sei.

### Die Haltung Frankreichs.

**Konstantinopel, 4. November.** Schurai-Ummet bespricht die vermittelnde Haltung Frankreichs und sagt, diese Vermittlung Frankreichs zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn befriedige die türkische Politik und verdiene Anerkennung.

### Oesterreich.

**Die Altersversicherung.** Wie bereits kurz gemeldet, hat die Regierung das Gesetz über die Altersversicherung dem Reichsrat zugehen lassen, zugleich mit einer Neuordnung der bisherigen Kranken- und Unfallversicherung, so daß die ganze soziale Versicherung jetzt einheitlich zusammengefaßt werden soll. Die Altersversicherung schließt nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Selbständigen (Kleinrundbesitzer, Kleingewerbetreibende und Kleinhändler) ein. Es sollen alle, die infolge niedrigen Einkommens nicht in der Lage sind, durch Ersparnisse für ihr Alter zu sorgen, zur Versicherung herangezogen werden, gleichgültig, ob sie als Selbständige oder Unselbständige wirtschaften. Die Krankenversicherungspflicht soll auf nahezu alle Lohnarbeiter, auch auf die landwirtschaftlichen, sowie auf Heimarbeiter und Diensthöten ausgedehnt werden. Die Leistungen der Krankenversicherung werden dadurch bedeutend gesteigert, daß die Dauer der Krankenunterstützung von 20 Wochen auf ein Jahr ausgedehnt wird. Bezüglich der Unfallversicherung besteht eine wichtige Aenderung darin, daß der zehnprozentige Beitrag der Arbeiter entfällt, und die Lasten der Unfallversicherung ausschließlich von den Unternehmern zu tragen sind.

Bezüglich der Invaliditäts- und Altersversicherung wird die Zwangsversicherung eingeführt. Bei den Arbeitern steht die Versicherung für den Invaliditätsfall im Vordergrund, während bei den Selbständigen das Hauptgewicht auf die Altersversicherung zu legen ist. Der Uebergang der unselbständigen zu den selbständigen Berufs soll nicht erschwert, sondern begünstigt werden. Der Arbeiter verliert nach dem Entwurf bei dem Uebergang zur Selbständigkeit zwar die Anwartschaft auf die Invaliditätsrente und bleibt auf die Altersrente beschränkt, es werden ihm jedoch die Beitragszeiten, die er als Unselbständiger zurückgelegt hat, voll angerechnet. Der Arbeiter erhält mit dem vollendeten 65. Lebensjahre eine Altersrente. Wird er aber vor dieser Zeit invalid, so erhält er die Invaliditätsrente. Auch die Selbständigen erhalten im 65. Lebensjahre eine Altersrente. Die Höhe der Invaliden- oder Altersrente ist von der Dauer und der Höhe der Einzahlung abhängig. Die Hinterbliebenen erhalten eine einmalige Kapitalabfertigung. Weibliche Versicherte erhalten bei der Verheiratung die Hälfte der geleisteten Beiträge zurückerstattet. Die Beiträge werden bei den Arbeitern nach Lohnklassen berechnet und sind zur Hälfte von den Arbeitern, zur anderen Hälfte von den Arbeitgebern zu tragen. Bei den Selbständigen ist ein obligatorischer Minimalbeitrag festgesetzt. Die Gesamtkosten der Invaliden- und Altersversicherung der Arbeiter und Selbständigen werden in den ersten drei Jahren 13,8 Millionen Kronen betragen, im vierten Jahre etwa das Doppelte, im zehnten Jahre 106,2 Millionen, im zwanzigsten Jahre 206 Millionen, im vierzigsten Jahre 277 Millionen, im Beharrungszustande 305 Millionen Kronen. Der Staat übernimmt ständig von den laufenden Verwaltungskosten einen Betrag von zwei Millionen Kronen, weiter einen Staatszuschuß von 90 Kronen zu jeder Rente. Der Staat wird also nach etwa zehn Jahren 40 Millionen, nach zwanzig Jahren 80 Millionen und im Beharrungszustande nach dem 40. Jahre rund 100 Millionen Kronen jährlich beizutragen haben.

### Frankreich.

#### Die Todesstrafe.

**Paris, 4. November.** Die Deputiertenkammer verhandelte heute vormittag über die Todesstrafe. Billm (Sozialist) forderte unter Beifall auf der äußersten Linken ihre Abschaffung, während Berry (Konservativ) im Interesse der Sicherheit der Gesellschaft für ihre Beibehaltung eintrat. — Der Sozialist Reunier bestritt, daß die Gesellschaft das Recht habe, zu ihrer Verteidigung zu töten und führte das Beispiel mehrerer fremder Länder an. Redner lobte den Präsidenten Jollivres, der die Guillotine abgeschafft habe; es würde eine Schande für die Kammer sein, sie wieder aufzurichten. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Der sozialistische Rabatle Ruch legte dar, daß die Kommission, deren Vorsitzender er ist, zu dem Schluß gelangt sei, daß die Todesstrafe als das äußerste Mittel für Ausnahmefälle anzusehen sei, daß man ihre Abschaffung für die Zukunft vorbereiten müsse, doch aber angesichts des Anwachsenden der Kriminalität der gegenwärtige Augenblick schlecht gewählt wäre. Deschanel (Republikaner) sprach sich für die Abschaffung der Todesstrafe aus, da in der Justiz erscheinende Verurteilte hingerichtet würden. (Lebh. Beifall auf der äußersten Linken.) Vadori (radikaler Republikaner) verlangte, daß die Kammer einen Beschluß fasse, aus dem hervorgehe, daß das Gesetz aufgehoben werden müsse. Ein Abgeordneter machte hierbei den Zwischenruf: Und wenn man Dreyfus erschossen hätte? worauf Labori antwortete: Dann würden wir das Andenken Dreyfus' verteidigt haben! (Sturze und Lachen.) In seinen weiteren Ausführungen sagte Labori, ihm fehle es besser, Gefahr zu laufen, einen Unschuldigen zu töten, als zu gestatten, daß ein Sträfling durch Entweichen aus dem Gefängnis in die Lage komme, die Verbrechen zu verhehren. Sembat (unierter Sozialist) verlangte schließlich ebenfalls, daß die Todesstrafe abgeschafft werde, damit die Interessen der Gesellschaft geschützt würden. Die Debatte wird am nächsten Mittwoch fortgesetzt.

## Rußland.

### Die parlamentarische Arbeit.

**Petersburg, 4. November.** Der Ministerpräsident hat dem Dumapresidenten ein Arbeitsprogramm für die bevorstehende Dumasession, wie es der Regierung erwünscht wäre, überhandt. Die Regierung betont insbesondere die Wichtigkeit der Reformen der Bestimmungen für die Gemeindeverwaltung, des Gesetzes für die Gemeinwahlen und des Gesetzes über die Lokalgerichtsbarkeit und zählt sodann eine ganze Reihe kleinerer Gesetzentwürfe und bereits bekannter Regierungsvorlagen auf. Das Gesetz über die Agrarreform ist in dem Programm nicht erwähnt. —

## Aus der Partei.

### Die Enthüllung des Grabdenkmals für den Genossen Defnet.

**Brüssel, 2. November. (Eig. Ber.)** Nach Jean Bolders, dem die belgische Arbeiterpartei das ergeizende Grabmal des Genossen Künstlers Wiesbroeck widmete, hat nun auch Gustave Defnet, der vor vier Jahren verstorbenen unermüdeten sozialistischen Streiter das äußere Zeichen für die fortlebende Dankbarkeit des belgischen Proletariats bekommen. Die belgische Partei hat auch bei Defnet an dem schönen Streben festgehalten, die Grabhügel ihrer Genossen nicht mit einem „Reichenstein“, als einem äußeren Symbol, zu schmücken, sondern aus einem reinen Kunstwerk die Erinnerung zur Nachwelt sprechen zu lassen. Defnets Wüste ist das letzte Werk des genialen Belgiers Jef Lambeaux, und er hat mit dem Griff seiner feurigen Künstlerhand, die bald darauf für immer ruhen sollte, aus dem getreuen Jüden des Kämpfers alle Kraft und Seele herausstrahlen lassen. . . .

Zum Friedhof St. Gilles, wo Defnet begraben liegt, wanderten am Sonntag in den Morgenstunden Tausende und Tausende — aus St. Gilles selbst (einer demokratischen Gemeinde bei Brüssel), wo Defnet Gemeinde- und Stadtrat war, aus allen Provinzen Belgiens. Denn wo in dem kleinen Streben festgehalten, die Grabhügel ihrer Genossen nicht mit einem „Reichenstein“, als einem äußeren Symbol, zu schmücken, sondern aus einem reinen Kunstwerk die Erinnerung zur Nachwelt sprechen zu lassen. Defnets Wüste ist das letzte Werk des genialen Belgiers Jef Lambeaux, und er hat mit dem Griff seiner feurigen Künstlerhand, die bald darauf für immer ruhen sollte, aus dem getreuen Jüden des Kämpfers alle Kraft und Seele herausstrahlen lassen. . . . Zum Friedhof St. Gilles, wo Defnet begraben liegt, wanderten am Sonntag in den Morgenstunden Tausende und Tausende — aus St. Gilles selbst (einer demokratischen Gemeinde bei Brüssel), wo Defnet Gemeinde- und Stadtrat war, aus allen Provinzen Belgiens. Denn wo in dem kleinen Streben festgehalten, die Grabhügel ihrer Genossen nicht mit einem „Reichenstein“, als einem äußeren Symbol, zu schmücken, sondern aus einem reinen Kunstwerk die Erinnerung zur Nachwelt sprechen zu lassen. Defnets Wüste ist das letzte Werk des genialen Belgiers Jef Lambeaux, und er hat mit dem Griff seiner feurigen Künstlerhand, die bald darauf für immer ruhen sollte, aus dem getreuen Jüden des Kämpfers alle Kraft und Seele herausstrahlen lassen. . . .

Ein endloser Zug von Tausenden wogte von St. Gilles nach dem Friedhof und unzählige waren die Gruppen, die die Genossenschaften, die Gewerkschaften, die „Jeunes Gardes“ gestellt hatten. Da war die zahlreiche parlamentarische Gruppe, Vertreter des Generalrats, der Genossenschaften, unzählige Musikkorps — und überall Fahnen, Kronen, Blumenkranz, Standarten. Den ganzen Weg spielten die Musikkorps Trauermärsche.

Wie bei allen hiesigen sozialistischen Manifesten bot auch der Zug zu Defnets Grabmal-Enthüllung ein imponantes und unvergessliches Bild.

Mittags erfolgte im Beisein des Gemeindefollegiums die Denkmal-Enthüllung durch den Bürgermeister van Keenen von St. Gilles. Vorher dankte der sozialistische Gemeinderat von St. Gilles und Deputierte Genosse Delporte im Namen der sozialistischen Gemeinderäte von St. Gilles dem Bürgermeister der Gemeinde für die Ueberlassung des Grabes in der Gemeindegasse.

Der Bürgermeister selbst feierte Defnets Charakter und seine Verdienste um die Offenlichkeit. Nach der Enthüllung des Denkmals sprach noch Hubert im Namen des „Maison du Peuple“. Hubert, ein Freund Defnets, brachte dann das interessante Lebensbild dieses in Arbeit und Kampf ausgelebte Leben des Verdienstlichen in Erinnerung. — Genosse Fischer vom „Peuple“ erinnerte an die aufopferungsvolle und fruchtbare Tätigkeit Defnets als Parteijournalist. Es sprachen dann noch Parteisekretär Waes, der Abgeordnete Jurnemont und Genosse Fossion, von denen jeder einzelne neue Seiten der Kämpferlegenden, des Charakters und des Arbeitsfleißes Defnets rühmend erwähnte. Dann defillierte die Menge vor dem Denkmal. . . .

**Von der Parteipresse.** Die „Freie Presse“ zu Straßburg i. E. vollendete am 2. November das sechste Jahr ihres Bestehens.

**Personalien.** Genosse Deher ist mit dem 1. November auf seinen Wunsch aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ausgeschieden.

### Ein neues spanisches Parteiblatt.

Vom 7. November ab erscheint in Barcelona ein neues, sozialistisches Wochenblatt: „La Internacional“. Andalusien und Katalonien waren bisher die Hauptgebiete des spanischen Anarchismus. In Katalonien hat jedoch während der letzten Jahre die sozialistische Bewegung gegen den Anarchismus ständig an Boden gewonnen, teils infolge der rührigen Agitation unserer Genossen, teils infolge der Härteren und Parteierklärungen im anarchischen Lager. Um den Fortschritt der sozialistischen Bewegung weiter zu fördern und ihr einen Mittelpunkt zu verschaffen, hat der Verband der sozialistischen Arbeitervereine Kataloniens, die katalonische Föderation, die Herausgabe eines großen sozialistischen Wochenblattes beschlossen und die dazu nötigen Mittel aufgebracht. Die Leitung des politischen Teils übernimmt Genosse Antonio Fabra Ribas, der sich jahrelang in Deutschland, England und Frankreich aufgehalten hat und die sozialistische Arbeiterbewegung dieser Länder aus eigener Anschauung kennt. Neben verschiedenen spanischen Parteiführern ist eine Reihe bekannter ausländischer Sozialisten als Mitarbeiter gewonnen, darunter für Deutschland Kautsky und Cunow, für England Böhm und Beer, für Frankreich Dubreuilh, Lafargue, Longuet, Jaurès, Luc Quercy, Morizet und andere, für Oesterreich Danneberg, für Italien Noudant, für Rußland Rappoport, für Belgien Trochet, für Argentinien Vidal und Justo.

Wir heißen den neuen Mitkämpfer für die Befreiung des Proletariats, der sich völlig auf den Boden der marxistischen Lehre stellen will, herzlich willkommen und wünschen ihm besten Erfolg.

Die vlämischen Sozialisten der wallonischen Landesstelle Belgiens hielten am vergangenen Sonntag ihren zweiten Kongress in Lüttich ab. Hier in den industriereichen Gebieten von Lüttich, Namur, Charleroi usw. sind Tausende von Arbeitern beschäftigt, die den vlämischen Distrikten der vlämischen Gebiete entstammen. Diese sind naturgemäß reichhaltiger wie die Industriearbeiter der wallonischen Bezirke, drücken auf die Löhne und sind auch politisch unangeführt, was nicht zu verwundern ist, da sie aus den schwärzesten Gegenden kommen, wo der Kapital unbeschränkter Herrscher ist. Seit Jahren bemüht sich unsere belgische Arbeiterpartei, diese Leute zum Sozialismus zu ergleichen und den Gewerkschaften



**Zuführen. Der Kongress beschloß, eine sozialistische Tageszeitung für die Klamm in der Wallonie zu gründen, die am 22. November zum erstenmal erscheinen soll. Die Zeitung wird von Gent aus und auch durch die Gewerkschaften Unterstützung finden. Ferner wurde eine Kommission von 9 Mitgliedern gewählt, welche zu untersuchen hat, in welcher Weise in der Campine, dem neuentdeckten Kohlengebiet, die Propaganda unter der dortigen zumeist blamischen Bevölkerung betrieben werden soll.**

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Rebakteurfreuden.** Genosse Keimling von der „Leipziger Volkszeitung“ hat eine sechsmonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm die Leipziger Straßammer wegen angeblicher Beleidigung der Richter im Hohenau-Lynar-Verfahren zuerkannt hat.

### Die Presse vor der Revisioninstanz.

Wegen Beleidigung eines Diakonus in Spremberg ist am 24. Juli Genosse August Freudenthal von der „Märkischen Volksstimme“ durch das Landgericht Kottbus zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. In einem Eingekauft aus Spremberg wurde mitgeteilt, daß der genannte Pfarrer die Konfirmanden aufgefodert habe, das Konfirmandengeld mitzubringen. Einige der Kinder hätten dann auch 1,50 bis 3,00 M. mitgebracht, die anderen nichts. Daran knüpfte sich Bemerkungen über die Bedürftigkeit der Kinder und ihrer Eltern, und schließlich wurde von einem „Beitragssystem“ gesprochen. Nur in diesem Worte wurde die Beleidigung erblickt. Das Gericht hat festgestellt, daß es in Spremberg Sitte und Gewohnheit ist, dem Pfarrer eine Konfirmandengabe zu überreichen. — Die Revision des Angeklagten wurde am 3. November vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

**Eingekauftes Verfahren.** Wegen Beleidigung, begangen durch die Herstellung von Flugblättern für freilebende Fliesenleger, in denen die „Arbeitswilligen“ einer größeren Arbeitsstelle namentlich aufgeführt waren, wurde gegen einen der Firmenträger der „Arbeiter-Zeitung“ zu Essen, den Genossen Gemoll, das Untersuchungsverfahren eingeleitet. Als dieser jedoch jede Verantwortung zurückwies, da er selbst den Betrieb nicht leite, wurde ein Verfahren gegen den Geschäftsführer, den Genossen Derichs, eröffnet. Auch dieser erhielt nun von der Staatsanwaltschaft die Mitteilung, daß das Strafverfahren gegen ihn eingestellt sei. Nun bleibt die „Ehre“ der „Arbeitswilligen“ ungetroffen.

## Gewerkchaftliches.

### Konkurrenz für Lebuis.

Dieser Tage ging an eine Reihe von Unternehmern folgendes Zirkular:

#### Ausschuh zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine.

(Förderungs-Ausschuh.)

Fernsprecher Amt 6, 4379. Berlin SW. 11, Hafenplatz 10.

Berlin, den 24. Oktober 1908.

Hochgeehrter Herr!

Ich gestatte mir ganz ergebenst, für eine der wichtigsten Aufgaben unserer inneren Politik Ihr Interesse zu erbiten.

Es handelt sich um die Befreiung der deutschen Arbeiterschaft vom Joche der Sozialdemokratie durch die Arbeiter selbst.

In breiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft ist der Wille hierzu vorhanden. Gegenüber der mächtvollen Organisation der Sozialdemokratie sind jedoch die einzelnen Arbeiter wehrlos.

Es kommt daher darauf an, diesen einen Halt und eine Organisation zu geben, und zwar durch Bildung vaterländischer Arbeitervereine. Dies hat der unter meinem Vorsitz tätige Ausschuh zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine bereits mit Erfolg in Angriff genommen. Damit sich die Bewegung aber weiter entwickeln kann, müssen entsprechende Mittel aufgebracht werden. Hierzu sind die einzelnen Arbeitervereine, die ihrer Mittel im Kampfe selbst bedürfen, nicht instande. Hier müssen die anderen staats-erhaltenden Kreise mithelfen.

Diese Aufgabe hat sich neben anderen der Förderungs-Ausschuh gestellt, über dessen Ziele und bisherige Tätigkeit näheres die Anlage ergibt. Der Förderungs-Ausschuh bildet eine notwendige Ergänzung derjenigen Organisationen, die die Sozialdemokratie nur politisch bekämpfen.

Namens des Förderungs-Ausschusses erlaube ich mir daher die ergebene Bitte an Sie zu richten, unsere nationalen Bestrebungen durch einen Geldbeitrag hochgeneigt zu unterstützen zu wollen.

Mit Hochachtung

von Doebell

Generalmajor z. D., Vorsitzender.

Ueber die Aufgaben des Förderungs-Ausschusses sagt ein vom Zirkular beigelegtes Flugblatt:

Dieser „Förderungs-Ausschuh“ ist ein Organ, das, konfessionell und, die Sozialdemokratie ausgenommen, auch parteipolitisch völlig neutral, die nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Bestrebungen der deutschen Arbeiterschaft fördern will. Insbesondere will er in derselben folgende Erkenntnisse verbreiten:

1. Die Interessen der deutschen Arbeiterschaft sind nicht international, sondern national.

2. Die Aufwärtsentwicklung der deutschen Arbeiterschaft steht und fällt mit der wirtschaftlichen Macht des Reiches.

3. Die Interessen der Arbeiter und die der Arbeitgeber sind überwiegend gleichlaufend und untrennbar miteinander verbunden.

Ueber seine Tätigkeit sagt der Ausschuh:

Der Förderungs-Ausschuh hat ein Korrespondenzblatt begründet, das der Presse der nationalen Arbeitervereine wöchentlich unentgeltlich übersandt wird. Die Korrespondenz bringt von namhaften Schriftstellern Aufsätze von allgemeiner Bedeutung, die den Grundrissen des Förderungs-Ausschusses entsprechend, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern pflegen sollen. Hierdurch ist einem lange bestehenden Bedürfnisse genügt worden.

Schließlich kommt genau im Stile des Herrn Lebuis der Klingelbeutel:

Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind große Geldmittel erforderlich. Der Förderungs-Ausschuh bittet daher um Einwendung von namhaften Beiträgen.

Unterzeichnet ist das Zirkular: Generalmajor z. D. von Doebell, Vorsitzender, Direktor Galow, Oberbergat a. D. Kray, Frhr. v. Reibniz, Justizrat Franz Wagner. — Das also sind die Arbeiter, welche die Befreiung der deutschen Arbeiterschaft vom Joche der Sozialdemokratie durch die Arbeiter selbst (!) betreiben wollen. Generalmajor, Direktor, Oberbergat, Freiherr und Justizrat! Allerdings würdige Vertreter der „Schwiebigen Kraut“, die Partei und Gewerkschaften den Hals umdrehen soll!

Berlin und Umgegend.

Die Arbeitnehmervertreterwahlen zur Innungs-Kassenkasse der Berliner Gastwirte finden am Freitag, den 6. November, nachmittags 4 Uhr, in den Andreas-Festsaal, Andreasstr. 21 statt. Die Herren Gastwirte,meister haben sich mit einer goldenen Garde umgeben, die ihnen helfen soll, die organisierten Gastwirtsgehilfen wieder aus der Kassenverwaltung herauszudrängen.

Verantw. Redakteur: Hans Weier, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Eine am Dienstag in den Industrie-Festsaal lagende öffentliche Gastwirtsgehilfen-Verammlung, in der Stadtverordneter Genosse Ritter über das Krankenkassengesetz referierte, nahm zu den Wahlen Stellung und beschloß, die kurze Zeit noch eifrig auszunutzen, damit die Liste des Verbandes siegreich aus der Wahl hervorgehe.

### Deutsches Reich.

#### Der neue Lohn- und Arbeitstarif für das rheinisch-westfälische Stuhlaturgewerbe

Ist mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft getreten. Er hat Gültigkeit bis zum 1. April 1910. Er gilt für die Lohngebiete Bochum, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Recklinghausen, Umana-Namen, Aplerbeck, Werrl und Wanne.

Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden täglich bemessen; nur in den Städten Bochum und Dortmund beträgt sie 9 1/2 Stunden. Sie soll unter Berücksichtigung der Bitterungsverhältnisse noch besondere Regelung erfahren. In der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober soll Sonnabends eine Stunde früher, wie sonst üblich, Feierabend gemacht werden. Lohn wird für diese Stunde nicht gezahlt.

In Bezug auf die Lohnfrage ist eine örtliche Regelung getroffen. Die Arbeitgeber haben Eimer, Schablonen, Schlitzen, Latzen, Pinsel, Säge und Licht, und ferner möglichst einen verlässlichen Raum für die Arbeiter zu stellen.

Die Lohnperiode umfasst im allgemeinen 14 Tage; wo der Lohn bisher in kürzeren Zeiträumen ausbezahlt wurde, soll solches Verfahren beibehalten werden. Die Lohnzahlung erfolgt freitags vor Feierabend auf der Arbeitstätte. Die Bestimmungen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches finden keine Anwendung. Die Lohnperiode schließt zwei Tage vor dem Lohnzahlungstage. Bei kleineren Arbeiten ist der Lohn vom Bureau des Meisters abzuholen. Abschlagszahlungen sind in der Mitte der Lohnperiode in Höhe von ungefähr 80 Proz. zu leisten.

Bezüglich der Kündigung ist folgendes vereinbart: Das Arbeitsverhältnis kann von beiden Seiten ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist gelöst werden, jedoch nur am Schlusse eines Tages. Bei Kündigung oder Entlassung erfolgt die Lohnzahlung am darauffolgenden Werktage.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten, die aus dem Vertrage entstehen, ist in den acht Hauptstädten des Geltungsbereichs je eine örtliche Schlichtungskommission gebildet. Können diese Schlichtungskommissionen die Streitigkeiten nicht beilegen, so entscheidet das am Mitgliedschaft des Stuhlaturgewerbes in Essen zu bildende Einigungsamt endgültig.

Die Verhängung von Streiks oder Aussperrungen ist unzulässig, bevor Schlichtungskommission oder Einigungsamt entschieden haben und den Beschlüssen nicht Folge geleistet wird.

Ein Verbandstag deutscher Post- und Telegraphenarbeiter tagte vom 31. Oktober bis 2. November in Frankfurt a. M. Der Verband, der natürlich gut patriotisch und christlich ist, zählt nach dem Geschäftsbericht 200 Mitglieder. Das erste Referat auf dem Verbandstage, dem die Reichstagsabgeordneten Celler, Dr. Böhm und Schirmer und ein Vertreter des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften als Gäste beizuohnten, hielt Fischer-Bochum. Dieser sprach über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Telegraphenarbeiter, die ja bekanntlich sehr miserable sind. Der Referent verlangte Fortfall der Sonntagsruhe und statt dessen Erhöhung des Lohnes, eine Zulage für Arbeiten außerhalb der Zweitellimetergrenze, ärztliche Untersuchung der Arbeiter bei der Einstellung und nicht, wenn sie nach jährlicher Dienstzeit in den Unterbeamtendienst übernommen werden. Die Arbeitsverhältnisse der bei der Reichstelegraphenverwaltung beschäftigten Dachdecker müssen geregelt werden, diese wüßten überhaupt nicht, unter welchen Umständen sie später einmal in den Unterbeamtendienst übernommen werden. In das Referat schloß sich eine stundenlange Diskussion, in der die Mißstände in den einzelnen Oberpostdirektionsbezirken kritisiert und über die schlechten Lohnverhältnisse geklagt wurde. Der Vorsitzende Keller-Essen sprach dann über Arbeiterauschüsse. Er bemängelte deren geringe Befugnisse und verlangte, daß sie auch das Recht haben sollen, über Lohnverhältnisse zu verhandeln. Ein zu diesem Punkt angenommener Antrag verlangt, daß alle Arbeiter, auch die unter 21 Jahre, zu den Ausschüssen wahlberechtigt sind. Derselbe Redner referierte auch über „Anrechnung der Dienstjahre zum Besoldungsdienstalter“. Ein Telegraphenarbeiter werde erst nach neun Jahren mit 900 M. fest angestellt, während die Postboten 1000 M. erhielten. Das Gehalt von 1500 M. erreichten die Postboten nach 27 Dienstjahren, die Telegraphenarbeiter erst nach 30 Jahren. Das sei eine Ungerechtigkeits und verlangt Redner mindestens Gleichstellung mit den Postboten. Am dritten Verhandlungstag wurden die vorgebrachten Wünsche bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Beschlüsse niedergelegt, in denen die Forderung Lohnaufbesserung an erster Stelle steht. Dann besaßte man sich mit internen Verbandangelegenheiten. Der nächste Verbandstag soll 1910 in Köln stattfinden.

### Ausland.

#### Kohlengraberstreik.

Der Telegraph meldet: Brüg, 3. November. Den Abendblättern zufolge sind gestern mittag die Belegschaften der Schächte Sagonia und Julius V nicht eingezogen. Abends schlossen sich ihnen die Nachschichten der Schächte Julius III, Julius IV und Alexander an. Heute sind die Belegschaften der Schächte Julius III, Julius IV, Julius V, Anna und Kathilde, sowie die der Gruppe Prinz Eugen ausständig. Nachrichten von einem Generalstreik finden keinen Glauben.

#### Die Buchbinderaussperrung in Schweden.

Es ist dem Vermittlungsbeamten in Stockholm gelungen, von neuem Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkampfes im Buchbindergewerbe anzuknüpfen. Zu gleicher Zeit hat jedoch der Vorstand der Schwedischen Arbeitervereine beschlossen, einer auf Sonnabend einberufenen Delegiertenversammlung eine weitere Ausdehnung der Buchbinderaussperrung zu empfehlen. Bis jetzt ist die seit einem Vierteljahr dauernde Aussperrung bekanntlich auf Stockholm und Eskilstuna beschränkt geblieben. Man geht aber schon lange mit dem Plan um, sie auf das ganze Land auszudehnen, und der Stockholmer Buchbindermeisterverein hat zu diesem Zweck auch bereits bei sämtlichen Buchbindermeistern der anderen Städte Schwedens angefragt, ob sie nicht ebenfalls ihre Arbeiter aussperrten wollten. Danach ist kaum anzunehmen, daß die jetzt angekündigten Verhandlungen zu einer Einigung führen.

## Soziales.

#### Schicksale einer Landarbeiterfamilie nach 47-jähriger Arbeit.

47 Jahre war der Injstmann Konrad auf der Domäne Artschau, Reichs Danziger Höhe, tätig. Am 9. Februar 1908 starb er infolge eines Unfalls. Nach seinem Tode vereinbarte der Domänenpächter Wendt mündlich, daß der Stiefsohn des Verstorbenen, bisher Scharwerker, Injstmann werden solle und die Tochter des Toten Scharwerkerin bei ihrem Stiefbruder.

Das Mädchen ist 16 Jahre alt. 63 Schweine sollte es füttern, das dazu nötige Futter heranzuschaffen und 10 Kühe hüten! Natürlich konnte das Mädchen diese Arbeit auf die Dauer nicht bewältigen. Es verließ die Stelle, um in der Stadt Dienst zu nehmen. Darauf kam vom Amtsvorsteher — das ist der Pächter Wendt gleich selber — prompt ein Strafbefehl von 15 M. — oder drei Tage Haft — wegen unredlichen Verlassens des Dienstes. Der Amtsvorsteher verweigerte gleichzeitig die Ausstellung des verlangten Dienstbuchs und forderte das Mädchen auf, bei ihm wieder zur Arbeit anzutreten.

Gegen den Strafbefehl wurde Einspruch erhoben, weil das Mädchen gar nicht als zum Besitze des Pächters Wendt gehörig zu betrachten sei; es behände lediglich ein Arbeitsverhältnis zwischen dem Mädchen als Scharwerkerin und seinem Stiefbruder als Injstmann.

Diesen Gründen mußte sich das Gericht anschließen. Das Mädchen wurde freigesprochen, die Kosten der Staatskasse auferlegt. Der Vorsitzende des Gerichts gab dem Pächter und Amtsvorsteher den Rat, in Zukunft auch mit den Scharwerkern die von Injstmann gestellten schriftliche Verträge abzuschließen! Dann unterständen auch die Scharwerker der Befehlsordnung. An die Befähigkeit der Pächterbestimmungen der Befehlsordnung für die Arbeiter dachte der Gerichtsvorsitzende wohl nicht?

Da möchten wir die Scharwerker und Scharwerkerinnen ausdrücklich darauf hinweisen, unter keinen Umständen mit den Bestimmten schriftliche Verträge abzuschließen, die nicht ausdrücklich die Nichtanwendbarkeit der Befehlsordnung und des Gesetzes von 1864 erklären.

Anschließend an diesen Fall, verhandelte das Gericht folgenden: Die Mutter des freigesprochenen Mädchens sollte 9 M. bezahlen, weil sie ihren Sohn nicht polizeilich angemeldet hatte. Es handelt sich um die Witwe des Injstmanns, der 47 Jahre auf dem Gute tätig war, eine schwache, leidende Frau. Ihr Sohn, der auswärts arbeitete, war erkrankt und wollte sich bei seiner Mutter aufhalten, bis zu seiner Genesung. So vergingen drei Wochen, ohne daß die Mutter den Sohn beim Amtsvorsteher anmeldete. Der Amtsvorsteher schickte einen Strafbefehl, die Mutter beantragte Gerichtsentscheidung; sie wollte eine mildere Strafe.

Bei der Beweisaufnahme konnte es sich der Vorsitzende des Gerichts nicht verlagern der Frau zu sagen:

„Es ist unredlich von Ihrer Tochter, daß sie aus dem Dienst rannte. Wenn wir sie freigesprochen haben, dann ist sie deshalb nicht unskuldig. Wir mußten sie leider (!) freisprechen, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend.“

Der Amtsanwalt beantragte 10 M. Das Urteil lautete auf 5 M. Strafe.

Es ist ein Wunder, wenn Arbeiter zu den Gerichten, wo sich solche Ereignisse wie das hier geschilderte abspielen, absolut kein Vertrauen haben? Schreiber dieser Zeilen wohnte der Gerichtsverhandlung bei. Er und andere haben die feste Ueberzeugung: die Beurteilung der Frau wäre milder ausgefallen, wenn der Amtsvorsteher und Pächter nicht vorher den argen Reinfall erlebt hätte. Sogar eine Freisprechung wäre möglich gewesen, da sich der Sohn nicht dauernd bei seiner Mutter aufhalten wollte. Die fragliche Polizeiverordnung spricht nur von einem dauernden Aufenthalt. Zum mindesten hätte eine eingehendere Beweiserhebung nach dieser Richtung hin erfolgen müssen.

Würden sich die Sozialdemokraten des Mädchens und der Frau nicht angenommen haben, dann wären die beiden Strafbefehle bezahlt worden und das Mädchen wieder zurückgegangen zu den 63 Schweinen und 10 Kühen.

Die Sozialdemokraten werden sich für den Pächter Wendt wohl zum Besten der Witwe noch weiter interessieren müssen. Dem westpreussischen Parteisekretär ist nachstehendes zur weiteren Erledigung mitgeteilt:

Der Stiefsohn der Witwe — wie der Pächter Wendt vor Gericht meinte: ein Wildjäger — erhielt als Injstmann 10 M. monatlich, das 16-jährige Mädchen 50 Pfg. pro Tag. Beide zusammen zwei Scheffel Roggen im Monat. Seit dem 9. Februar 1908, dem Tode des Mannes hat die Witwe an Brennmaterialien erhalten: 1 Meter Knüppelholz, 1 Meter Klobenholz, 1 Rentner Steinkohlen. Im Mai lag die Witwe drei Wochen wegen Lungenblutes zu Bett. Die Not war so groß, daß mildtätige Leute der Kranken drei Wochen hindurch Mittagsmahlzeiten brachten. Der Verdienst der beiden Kinder reichte nicht entfernt zur Befreiung der Lebensbedürfnisse aus.

So sehen die Schicksale der Familie eines Mannes aus, der 47 Jahre lang seine Arbeitskraft willig dem Besitzer hingegeben hat.

## Verammlungen.

Der Zentralverband der Fleischer hielt am Sonntag eine Mitgliederversammlung ab. Ein starkes Polizeiaufgebot war vor und im Versammlungsort anwesend. Warum, wußten die Beamten wohl selbst nicht. Ueber die Einführung des „Kauf-Ladenschlusses“ sprach Hensel. Er schilderte den Kampf um denselben und hob hervor, daß nur durch die Hilfe der organisierten Arbeiterschaft dieser Sieg erlitten sei. Den zweiten Punkt: „Wie stellen wir uns zu einer Tarifbewegung in Berlin?“ behandelte Bergmann. Redner betonte, daß verhandelt werden müsse, bei den einzelnen Arbeitgebern die Wünsche der Gewerkschaft zur Durchführung zu bringen. Die Hauptsache sei zunächst die Anerkennung unserer kostenlosen Arbeitsnachweise, ferner die Regelung der Arbeitszeit. In der ziemlich lebhaften Diskussion wurde gerigt, daß eine Anzahl der freien Gastwirte bei ihren Surimachen unorganisierte Fleischergehilfen beschäftigen. Viele beziehen ihre diesbezüglichen Hilfskräfte vom privaten Stellenvermittler. Die Abrechnung vom 3. Quartal gab Bergmann. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 1475,20 M., die der Lokalkasse 1278,86 M., die Ausgaben der letzteren betragen 887,51 M. Wegen der in diesem Quartal sich besonders geltend machenden Arbeitslosigkeit sei ein Fortschritt nicht zu verzeichnen, doch sei es möglich gewesen, das Ertrugene zu halten. Hierauf wurde noch auf die am Sonntag, den 29. November stattfindende Krankenkassenwahl hingewiesen und die Anwesenden ersucht, schon jetzt ihre Kollegen auf dieselbe aufmerksam zu machen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Beigelegte Aussperrung.

Köln, 4. November. (W. G.) Die vom Arbeitgeberverband der Metallindustriellen Südwestdeutschlands angeordnete Massenaussperrung wurde infolge direkter Verhandlungen mit den Vertretern der Metallarbeiter zurückgenommen.

### Erdbeben in Leipzig.

Leipzig, 4. November. (W. T. B.) Heute nachmittags 2 Uhr 10 Minuten wurde hier ein Erdbeben wahrgenommen, das besonders heftig in Neuschönefeld und Leipzig verspürt wurde. Auch in der Altstadt von Leipzig war die Erschütterung deutlich wahrnehmbar. Das Beben dauerte mehrere Sekunden und schien von Osten nach Westen zu verlaufen.

### Der Räuber im Postamt.

Budapest, 4. November. (W. G.) Wie aus Mediasch gemeldet wird, drang in das dortige Postamt ein Individuum ein. Im Bureau zog der Räuber einen Revolver und richtete ihn auf den Vorsteher des Postamtes mit der Drohung ihn zu erschießen, wenn er sich rühre. Dann erbrach er die Kasse und raubte aus ihr 70 521 Kronen, worauf er unbehelligt das Postamt verließ. Wie verlautet, ist es der Polizei bereits gelungen, den Einbrecher sowie einen Komplizen zu verhaften.

### Ein ungarischer Potsdamer.

Budapest, 4. November. (W. G.) Der Oberleutnant im 68. Infanterie-Regiment Doffer hat sich heute vormittag erschossen, nachdem ein Feldwebel gegen ihn die Anzeige wegen sexueller Verfehlungen erstattet hatte.

### Liebesdrama.

Budapest, 4. November. (W. G.) Der Buchbinder Fiebig erschoss seine Geliebte, das 15-jährige Dienstmädchen Spaeth und dann sich selbst mit einem Revolver. Der Grund zur Tat ist Liebesgram. Beide sind tot.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.



Reichstag.

158. Sitzung, Mittwoch, den 4. November, nachmittags 2 Uhr.

Im Bundesratliche: Niemand! Auf der Tagesordnung stehen Petitionen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt das Haus zunächst in der üblichen Weise das Andenken der inzwischen verstorbenen Mitglieder: des früheren Alterspräsidenten v. Winterfeldt-Menklin (L.), v. Kaufmann (Hosp. d. Rail), Ehrhart (Soz.), v. Gersdorff (Rp.). Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß folgende Interpellationen eingegangen sind:

Interpellation Wassermann (natl.): Ist der Herr Reichskanzler bereit, für die Veröffentlichung einer Reihe von Gesprächen Seiner Majestät des Kaisers im „Daily Telegraph“ und für die in denselben mitgeteilten Tatsachen die verantwortungsbewußte Verantwortung zu übernehmen? Interpellation Graf Pompej (Z.) über Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und geschlechtliche Garantien gegen die schwarzen Listen.

Interpellation Aulaf (frj. Vp.) und Genossen: Durch die Veröffentlichung von Äußerungen des deutschen Kaisers im „Daily Telegraph“ und durch die vom Reichskanzler veranlaßte Mitteilung des Sachverhaltes in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sind Tatsachen bekannt geworden, die schwere Mängel in der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten befunden und geeignet sind, auf die Beziehungen des Deutschen Reiches zu anderen Mächten ungünstig einzuwirken. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um Abhilfe zu schaffen und die ihm durch die Verfassung des Deutschen Reiches zugewiesene Verantwortlichkeit in vollem Umfange zur Geltung zu bringen?

Interpellation Albrecht (Soz.) und Genossen: Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krise, die sich in Betriebseinsparungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeiterentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen, und dem dadurch hervorgerufenen Notstand weiter Volksschichten entgegenzukommen?

Eine weitere Interpellation Albrecht (Soz.): Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um Vorkänge zu verhindern, wie sie durch die Mitteilungen des „Daily Telegraph“ über Handlungen und Äußerungen des deutschen Kaisers bekannt geworden sind?

Interpellation v. Kormann (L.): Ist der Herr Reichskanzler bereit, nähere Auskunft zu geben über die Umstände, die zur Veröffentlichung von Gesprächen Sr. Majestät des Kaisers durch englische Zeitungen geführt haben?

Präsident Graf Stolberg: Ich werde auf diese Interpellationen bei Festsetzung der Tagesordnung für die nächsten Sitzungen zurückkommen.

Vom Abg. Held (natl.) ist ein Schreiben eingegangen, in welchem er um Verlängerung seines Urlaubs auf unbestimmte Zeit bittet. Auf Grund des bekannten Urteils des Schöffengerichts Hannover in seinem Privatklageverfahren hat er die Einleitung eines Strafverfahrens gegen sich selbst beantragt, diese ist wegen Verjährung abgelehnt worden. Abg. Held legt Verwahrung ein gegen dieses ungewöhnliche, ihm aufs schwerste schädigende Verfahren und wünscht bis zu seiner Rehabilitierung von der Ausübung seines Mandats entbunden zu sein. Der Urlaub wird auf Vorschlag des Präsidenten zunächst bis Weihnachten erteilt.

Darauf gibt der Präsident das Wort zur Geschäftsordnung dem

Abg. Fürst Hatzfeld (L.): Herr Präsident, ich möchte vorschlagen, zunächst diejenigen Petitionen zu erledigen, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen. Ich glaube, das wird nicht lange Zeit in Anspruch nehmen. Nachher aber möchte ich bitten, die Sitzung zu vertagen, um den Fraktionen Zeit zu lassen, angesichts der politischen Lage sich zu beraten.

Abg. Singer (Soz.): Ich würde Sie meinerseits bitten, diesem Antrage nicht stattzugeben. Ich bin der Meinung, daß Petitionen

im Reichstag teils aus Gründen der Geschäftslage, teils aus anderen Gründen an und für sich viel zu mangelhaft behandelt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich mache darauf aufmerksam, daß am Ende der vorigen Sitzung ausdrücklich von den verschiedensten Seiten betont worden ist, daß man den Reichstag möglichst zeitig einberufen solle, damit endlich einmal die Petitionen zur Erledigung gebracht werden könnten. Ich glaube, diesem von allen Seiten geäußerten Wunsche des Hauses wohnt heute noch dieselbe innere Berechtigung bei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ferner meine ich, daß die Petitionen, bei denen keine Wortmeldungen vorliegen, nicht wichtiger sind. Man könnte vielleicht der gegenteiligen Meinung sein, daß gerade die Petitionen, zu denen ein Bedürfnis vorherrscht, zu sprechen, wichtiger sein können, als die anderen. Es liegt also kein Grund vor, die Petitionen, zu denen bestimmte Parteien des Hauses das Bedürfnis haben zu sprechen, schlechter zu behandeln. — Der Herr Vorredner scheint zu glauben, daß ein großer Teil dieses Hauses noch der Sammlung bedarf (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten) und sich mit anderen Arbeiten überhaupt nicht beschäftigen kann, als mit den Vorgängen, die ja demnächst hier zur Sprache kommen werden. So wichtig diese auch sind, und so sehr auch wir durch die Einbringung unserer Interpellation beweisen haben, für wie notwendig wir eine Verprechung dieser Angelegenheit halten, so glaube ich, braucht der heute für die Petitionen reservierte Tag dadurch nicht beeinträchtigt zu werden. Das Haus ist jederzeit in der Lage, die Diskussion zu schließen, wenn es ihm notwendig erscheint. Aber es ist doch neu, daß ein Antrag gestellt wird, eine bestimmte Kategorie von Petitionen anders zu behandeln als andere. Außerdem vergegenwärtigen Sie sich: wir werden in dieser Zeit nur den einen Tag für die Petitionen haben; die Geschäfte des Hauses werden so gelagert werden, daß die Notwendigkeit drängt, die Petitionen zurückzustellen. Ich glaube, es wird im Volke arg aufgenommen werden, wenn die Petitionen wieder zurückstehen. Das Volk kommt schon jetzt bald zu der Auffassung, daß das verfassungsmäßig gewährte Petitionsrecht in diesem Hause in einer Weise behandelt wird, daß sein Recht viel zu kurz dabei kommt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen haben die Fraktionen nachher immer noch Zeit, diejenigen Dinge zu besprechen, die sie für notwendig halten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wassermann (natl.): Man könnte an und für sich vielleicht der Meinung sein, daß dem Antrage des Fürsten Hatzfeld beizutreten ist, da seine Fraktion den Wunsch hat, ihre begonnenen Beratungen über die politische Lage baldmöglichst fortzuführen. Wenn ich aber die Gründe des Herrn Abg. Singer erwäge, so komme ich zu demselben Resultat wie mein Herr Vorredner. Ich bin auch der Ansicht, daß das Petitionsrecht im deutschen Reichstag nicht sehr gut wegfällt. Wünschenswert wäre es aber zur Förderung der Petitionsberatung, wenn eine mögliche Beschränkung der Redelust dabei Platz griffe; denn wir haben es wiederholt erlebt, daß für die Beratung einer einzigen Petition ein ganzer Tag gebraucht wurde. Im übrigen meine ich, wir sollten in die Beratung der Petitionen eintreten. Dagegen habe ich nichts einzuwenden, daß diejenigen Petitionen vorweggenommen werden, bei welchen Wortmeldungen nicht vorliegen; eine bessere Behandlung dieser Petitionen bedeutet das nicht, vielmehr liegt die Erledigung möglichst vieler Petitionen im Interesse der Petenten.

Präsident Graf Stolberg: Als wir das letzte Mal Petitionen behandelt haben, haben wir diejenigen zuerst behandelt, zu welchen Wortmeldungen und Anträge nicht vorliegen, und ich hatte die Absicht, Ihnen dasselbe Verfahren auch heute vorzuschlagen.

Abg. Dr. Spahn (Z.) (zur Geschäftsordnung): Mit dem Vorschlage des Präsidenten bin ich einverstanden. Im übrigen meine ich, daß wir bei der großen Zahl der auf der Tagesordnung stehenden Petitionen sämtliche keinesfalls erledigen werden. Den Zeitpunkt der Vertagung kann das Haus ja später bestimmen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): An Interesse für die Petitionen fehlt es uns nicht, vielmehr entbringt die Anregung des Fürsten Hatzfeld dem Interesse an den Petitionen (Lachen bei den Sozialdemokraten), denn bei der gegenwärtigen Stimmung des Hauses ist es unmöglich, in eine sachliche Erörterung der Petitionen einzutreten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es ist auch deswegen nicht möglich, weil die Fraktionen noch nicht in der Lage waren, zu den Petitionen Stellung zu nehmen.

Abg. Fürst Hatzfeld (Rp.) (zur Geschäftsordnung): Ich ziehe den Antrag zur Zeit zurück.

Abg. Singer (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Wenn der Abgeordnete Arendt sagt, der Reichstag befinde sich in voller Aufregung, so kann sich das doch nur auf diejenigen Mitglieder beziehen, die in den Vorgängen etwas Außergewöhnliches sehen. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber

diese Dinge sind in Deutschland gang und gäbe.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Arendt sagt ferner, die Fraktionen hätten zu den Petitionen nicht Stellung genommen; das ist doch sehr wunderbar. Diese Petitionen haben vor der Sommerpause wiederholt auf der Tagesordnung gestanden, und man muß doch annehmen, die Herren hätten sich damals mit ihnen beschäftigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf werden eine Anzahl Petitionen debattelos nach dem Antrage der Petitionskommission erledigt.

Es folgt die Beratung von Petitionen der Bureaubeamten, welche Ausdehnung der Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik auf die Verhältnisse der Bureaubeamten wünschen, ferner die Rechtsgleichheit aller Bureaubeamten untereinander und ihre Gleichstellung mit den übrigen Angestellten verlangen sowie eine grundsätzliche Sozialpolitik für Bureaubeamte.

Die Kommission beantragt, soweit eine Besserung der Verhältnisse mit Ausnahme der Lohnverhältnisse verlangt wird, die Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen; soweit die Bildung von Arbeits- bzw. Schlichtungsausschüssen verlangt wird, die Petitionen dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen, soweit aber eine Besserung der Lohnverhältnisse verlangt wird, über sie zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Lind (natl.): Es ist für den Reichstag ein nobilis officium (eine Ehrenpflicht), endlich einmal den Bureaubeamten zu helfen, deren Bezüge tatsächlich sehr gering sind; auch die im Bureaubetriebe übliche Leibringsgütererei ist schon aus hygienischen Rücksichten zu verwerfen.

Abg. Kaab (Wirtsch. Vg.) tritt ebenfalls für die Beschlässe der Kommission ein.

Abg. Dr. Pieper (Z.): Die verbündeten Regierungen sollten sich zu den Wünschen der Bureaubeamten recht bald äußern und bei den Erhebungen auch die Bureaubeamten selbst befragen.

Abg. Lehmann-Biesbaden (Soz.): Die Aufmerksamkeit des hohen Hauses ist ja nicht sehr groß, so daß es vielleicht ebenso gut geweien wäre, die Petitionen abzuschicken, weil die Herren sich ja doch mit anderen Dingen beschäftigen. Gegenüber den Wünschen der Bureaubeamten stehen wir heute noch auf demselben Platze, weil die Regierung ihre Pflicht nicht getan hat. Seit 1897 bereits petitionieren die Bureauangestellten, die Regierung erklärt, sie wolle Erhebungen anstellen und eine Anfrage bei den Prinzipalen veranlassen, aber von einigen Bundesregierungen sind Antworten noch nicht eingegangen. Würde es sich um Wünsche der Agrarier handeln, so würde es etwas schneller gehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierungen die Erhebungen nicht anstellen wollen, so sollte die Reichsregierung selbst eine Umfrage nicht bei den Prinzipalen, sondern bei den Angestellten veranlassen — das könnte sehr leicht bewerkstelligt werden. Mindestens zwei Drittel der Bureauangestellten sind jugendliche Arbeiter.

Dieselben Leute, die bei dem kleinen Befähigungsnachweis nicht genug freieren können, sie wollen eine Sicherheit für die Ausbildung der Lehrlinge haben, dulden es, daß zwischen Rechtsanwältinnen und Bureauangestellten Verträge geschlossen werden, welche eine Gewähr für die Ausbildung in keiner Weise geben. Mit Recht verlangen die Bureauangestellten die Unterstellung unter den § 63 des Handelsgesetzbuches, die Unterstellung unter die Gewerbeordnung. Auch bei der neuen Novelle zur Gewerbeordnung hat die Regierung diese Wünsche nicht berücksichtigt. Meine Partei wird versuchen, das Verlaumete nachzuholen, und sie werden bei der Beratung der Novelle Gelegenheit haben. Ihr warmes Herz für die Bureauangestellten zu betätigen. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Die Anträge der Kommission werden angenommen.

Es folgt eine Petition betr. Einführung eines Zolles auf Milch und Rahm.

Die Kommission beantragt Heberweisung der Petition als Material, so weit sie eine Änderung des Zolltarifs verlangt und Heberweisung zur Berücksichtigung, so weit sie verschärfte hygienische Kontrolle fordert.

Abg. Guier (L.) beantragt, die ganze Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Kleines feuilleton.

Das moralische Amtsgericht und das unmoralische Denkmal. Unter dieser Epithete wird der „Frankf. Zeitung“ aus Düsseldorf geschrieben: Wenn in der nächsten Zeit, wie beabsichtigt ist, die Akten des ehemaligen Düsseldorf'schen Heine-Denkmal-Komitees der Stadt- und Landesbibliothek überwiesen und dem Heine-Forscher zugänglich gemacht sein werden, wird besonders ein Aktenstück sein Interesse erregen, das bisher nur wenigen zur Kenntnis gekommen ist. Der vor einigen Jahren verstorbene Geh. Justizrat Emil Bloem, der von Anfang an an der Spitze des Komitees stand und der in dem unglückseligen Kampf um das Düsseldorf'sche Heine-Denkmal mit großer Tapferkeit für den Dichter gekämpft hat, beabsichtigte im Jahre 1900 für den noch vorhandenen ansehnlichen Fonds einen geschickten Pfleger zu bestellen. Das in diesem Jahre in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch enthält Bestimmungen, die eine solche Pflugschaft und damit die geschickliche Sicherung solcher Fonds ermöglichen. Einer von Bloem's Sekretären sollte Pfleger werden. Der Justizrat im Verein mit den übrigen noch lebenden Mitgliedern des Komitees richtete also einen dahingehenden Antrag an das Amtsgericht Düsseldorf. Zu ihrem nicht geringen Erstaunen wurde ihm alsbald ein „Beschluss“ dieses Gerichtes zugestellt, worin die Bestellung eines Pflegers abgelehnt wurde, weil — „die Gelder zu einem unmoralischen Zweck „ammelt“ seien“. So wörtlich zu lesen in dem „Beschluss“, der in den Akten des Komitees nachzulesen ist und der wirklich verdient, als document humain aufbewahrt zu werden. Auf eine sofortige Beschwerde hob dann das Landgericht Düsseldorf unter dem persönlichen Vorbehalt des damaligen Landgerichtspräsidenten die den „Beschluss“ des Amtsgerichts Düsseldorf auf und bestellte den beantragten Pfleger.

Chronische Schwefelwasserstoffvergiftung. Während die akute Form der Schwefelwasserstoffvergiftung infolge industrieller Betriebsunfälle wohl bekannt ist, weiß man von der verhältnismäßig häufigen chronischen Form nur wenig. Gleichwohl ist diese, die namentlich unter den Arbeitern in Gasfabriken nicht selten auftritt, durch ziemlich ernste Erscheinungen gekennzeichnet. Ihr näheres Studium ermöglicht erst bei gewissen Auskehrungsstadien sowie bei Blauere und Bleichsucht die wahre Ursache der Erkrankung festzustellen. Wie die „Revue Scientifique“ ausführt, äußert sich die Vergiftung vor allem in heftigem Kopfschmerz, Schläfrigkeit und verschiedenen Störungen des Sinnesorgans, die zunächst den Verdacht einer Kohlenoxydvergiftung erwecken könnten. Dazu gesellen sich bisweilen noch Lähmungen und katarrhalische Affektionen der Atmungs- und Verdauungswege. Der Appetit schwindet, und es stellt sich sehr bald vollständige Arbeitsunfähigkeit ein. Auf diese ersten Zeichen folgt bald eine Periode eines allgemeinen Marasmus, dem sich schwere Leberstörungen, Gelbsucht und sehr heftige Schmerzen zugesellen. Starke Blauere verholzt das Krankheitsbild. In seltenen Fällen führt das Leben in etwa sechs Wochen zum Tode. Meist kommt es nach dem Gelbsuchtstadium zu einer allerdings sehr langwierigen Genesung. Alkoholismus und starke Ermüdung schwächen die Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen die

Schwefelwasserstoffvergiftung allerdings in sehr erheblichem Maße. Bei den Vergifteten sinkt die Zahl der roten Blutkörperchen außerordentlich schnell. Leber und Milz sind geschwollen und schmerzhaft. Die Gegenwart von Schwefelwasserstoff läßt sich durch Bleisulfidpapier nachweisen, das unter dem Einfluß des Gases geschwärzt wird. Der quantitative Nachweis des Gases ist sehr einfach. Es genügt, ein bekanntes Volumen durch Jodlösung streichen zu lassen. Mit Hilfe dieser Methode ließ sich feststellen, daß die Luft mancher Arbeitsräume bis zu 0,74 auf tausend Teile Schwefelwasserstoff enthielt (es handelt sich um französische Fabriken), welche Dosis auf die Dauer sogar tödlich wirken kann.

Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus: „Anteros“, Drama in fünf Akten von Erich Korn. Wie Veer-Hofmann im „Grafen Charolais“ und Hoffmannsthal im „Beretteten Venedig“ hat Erich Korn den Stoff zu seinem Drama einem alten englischen Schauspiel aus der Shakespeare-Zeit entnommen. In ungleich höherem Grade noch als jene beiden früheren Versuche trägt der seine einen ausgesprochen archaischen Charakter. Die Handlung, auf jede näher motivierte Wahrscheinlichkeit verzichtend, gibt sich romantisch-märchenhaft und erhält, was den Eindruck des Phantastischen noch steigert, durch Einführung eines Hofnarren Shakespeareschen Stiles ein parodistisches Gegenpiel. Es ist ein Experiment, das offenbar aus vielem Nachdenken und Grubeln geboren wurde, und das trotzdem, obwohl in Einzelheiten sich ein entschiedener Spürsinn für Bühnenwirkungen verrät, im ganzen doch nur als Kuriosum interessieren kann. Was der Autor in den einleitenden Notizen des Theaterzettels als sein höchstes Ziel bezeichnet: daß der Zuschauer ein höheres Walten spüren soll, den Anhauch von der Götterschlacht in den Lüften, von der Iphen einmal spricht, die über den tragischen Vorgängen einer Dichtung, wie über denen des Lebens stets ausgeföhrt wird — davon ist in dem Drama schlechterdings nichts realisiert. In solchen Erörterungen bedarf es einer Kunst, die gerade im Gegenlage zu der romantisch-bunten Willkür, in welcher der Verfasser sich hier geföhlt, die inneren zwingenden Zusammenhänge eines Schicksals, die in den Handlungen erscheinende Notwendigkeit der Charaktere aufdeckt. Nur die stoffliche Reugier, was sich aus den seltsamen Situationen wohl zu guterletzt ergeben werde, nicht die Erzeugung einer künstlerischen Illusion regt hier die Spannung auf, und solche Reugier hält nicht lange an.

Ein junger ungarischer Ritter verläßt das ihm anverlobte Mädchen, um auf Geheiß des Königs die wunderschöne Evadne zu freien. In der Brautnacht — das ist die zentrale, frappant-sensationelle Ähnlichkeit in dem altenglischen Stücke ausgestaltete Hauptszene, — erklärt sie ihm, sie sei die heimliche Liebste des Herrschers und werde es bleiben. In die Heirat habe sie nur gewilligt, um für das Kind, das sie von jenem im Schoße trage, vor der Welt einen Vater zu erhalten. Niemals aber werde sie ein anderer als der junge Fürst, an welchem sie mit jeder Faser ihres Herzens hänge, berühren dürfen. Der Ritter, wahnwitzig in seiner Verliebtheit, beugt sich ihrem Willen, seine stehende Begierde höf, er werde, wenn er ausbarrt, die Enterte, die ihn selbst entehrt hat, doch doch einmal beglücken. Indem Korn, nicht wie Beaumont und Fleischer den Ehrgeiz

sondern sinnliche Leidenschaft als das Motiv, das Evadne an den König fesselt, darstellt, wird die Figur dem Anschein nach ein wenig menschlicher. Genauer zugehört freilich bleibt sie auch so in ihrem Handeln wie Empfinden fremd und unverständlich. Schließlich führt sie den Gatten vor den König. Er soll es vor dem Eifersüchtigen beschwören, daß sie ihm nichts gern gewährt hat. Es ist in diesen Bildern bei aller psychologischen Unmöglichkeit eine Redlichkeit der Erfindung, ein Raffinement, das wenigstens im ersten Augenblick verblüfft. Die Begegnung des Ritters mit der verlassenen Braut, die ihm sterbend vergeißt, hat kaltenhaft lyrische Stimmung. Dann geht die Kurve abwärts. Gott Anteros, der Bruder des Gros, läßt auch Evadne die Qualen des Verhöhnungsseins kosten. Der König wird um eine andere. In einem Grabgewölbe schwört ihm Evadne Rache. Rebellen besetzen sein Schloß und er selbst erbittet sich den Tod von der Hand der Geliebten. Zwischen durch tummelt sich Handstreich, mit Plopa, seinem Kolumbinchen. Er heiratet und hochzeitet sie nach der Ehe, wodurch eine scherzhafte Parallele zur Haupthandlung genommen werden soll. So därtig das auch motiviert wird, im Pantomimischen der bunten Nebenfiguren ist manches Lustige. Eine Intrige Kolumbinchens, die dem pflichtvergessenen Gatten eine gehörige Tracht Prügel einbringt, führt ihn am Schluß zur Chemannstafel zurück.

Die Aufführung des Stückes mit seinen zahlreichen Massenszenen gelang im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater unter eigener Regie des Verfassers über Erwarten. In erster Reihe standen Lettinger als Amator, Gertrud Korn als Evadne, Efriede Heiser in der Kolumbinchenrolle, aber die Reihe der anerkanntwertigen Leistungen ist damit bei weitem nicht erschöpft. Mit manchem hübschen Detail, wenn auch nicht in gleichmäßiger Rundung gab Vaselet die schwierige Figur des Narren. Sehr eigenartig und geschmackvoll war die von Leo Impeloden entworfene Dekoration, die mit den einfachsten Mitteln, ohne Kulissen und gemalte Hintergründe den wechselnden Schauplatz der Handlung sicher anzudeuten verstand. Der Applaus klang stark.

Humor und Satire.

Die Ehe als Posaune. „Haben Sie schon mal ein Kreuzverhör zu bestehen gehabt?“ fragte der Verteidiger den Zeugen. „Und ob!“ entgegnete der Mann. „Habe ich Ihnen nicht eben erst gesagt, daß ich verheiratet bin?“ „Bild me up.“ Die Nacht der Eifersucht. „Reulich hatte ich meinen Geldschrank verschlossen und konnte mich nicht auf die Kombination besinnen.“ „Und was taten Sie da?“ „Ich ließ meiner Frau gegenüber durchblicken, daß einige Briefe von einer alten Liebe von mir darin wären. Sie hatte den Schrank in zehn Minuten offen.“ „Indianapolis Journal.“ Er hält sein Wort. Kellner: „Was wünschen Sie, Ritter?“ Engländer: „Einen Whisky mit einem Strohhalm.“ Kellner: „Mit was?“ Engländer: „Mit einem Strohhalm.“ Ich habe meiner Frau versprochen, daß während meiner Reise kein Tropfen Whisky meine Lippen beschnitten soll.“ „Caras y Caretas.“



**Von dem Abg. Albrecht (Soz.) und Genossen läuft ein Antrag ein, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.**  
Abg. Grosse (Soz.): Die Klagen der Petition über die angebliche Gesundheitsgefährdung der eingeschifften dänischen Milch sind ganz unberechtigt. In der Prüfung dieser Frage hat die Kommission sehr oberflächlich gearbeitet, sie hat darüber nicht einmal einen Regierungskommissar gehört. Wenn also der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung nicht angenommen wird, sollte die Petition nochmals an die Kommission zurückverwiesen werden. (Bravo! links.)

Abg. Sievers (natl.) tritt für den Kommissionsbeschluss ein.  
Abg. Wommelsdorf (natl.) wünscht baldigste Einführung eines Gesetzes auf Abbau und Wäsk gegenüber Dänemark.  
Abg. Dr. Spahn (Z.) beantragt, mit Rücksicht darauf, daß der Kommission der Vorwurf gemacht ist, sie hätte ihren Beschluß ohne zureichende Unterlagen gefaßt, die Petition an die Kommission zurückzugeben.

Dieser Antrag wird angenommen.  
Es folgt eine Petition betr. Schiffsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen Deutschlands.  
Abg. Dr. Spahn (Z.) beantragt Vertagung.  
Abg. Wasserhahn (natl.) beantragt Ablegung der Petition von der Tagesordnung.

Der Antrag auf Vertagung wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen abgelehnt, der Antrag auf Ablegung der Petition mit großer Mehrheit angenommen.  
Eine Petition der vereinigten Bergarbeiterverbände Deutschlands wünscht gleiche Sanctionen zum Verbot und zur Verhaftung des in fast allen Bergrevieren Deutschlands üblichen Sperrsystems der Fehdenverwaltungen und geistliche Verhinderung des der Gesundheit ruinierenden Ueberwältigungswesens im Bergwerksbetrieb.

Berichterstatter Abg. Sasse (Soz.) befürwortet im Namen der Kommission die Ueberweisung der Petition zur Verurteilung.  
Abg. Wroberth (Z.): Das System der schwarzen Listen blüht im Bergrevieren ganz besonders. Die Fehdenbesitzer erklären, sie müßten zu den schwarzen Listen greifen wegen der großen Fluktuation der Arbeiter. Aber die Fluktuation wird verursacht durch die Schwere der Arbeit und die Behandlung der Arbeiter. Am besten wirken der Fluktuation entgegen Organisationen der Arbeiter, die auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse hinarbeiten. Die Unternehmer dagegen bestreiten die Fluktuation, indem sie auf alle Weise fremde und ausländische Arbeiter anlocken, die der schwarzen Arbeit nicht gewachsen sind. In einem Antrag, in welchem die Maßnahmen angefordert werden, in einen Vergewaltigungsbezirk zu kommen, werden die Verhältnisse in einer Weise geschildert, daß man meinen sollte, die Leute werden nicht zu schwerer Arbeit aufgefordert, sondern zu einem angenehmen Landaufenthalt! Verschwiegen wird die schwere Arbeit, verschwiegen wird die Unfallgefahr, verschwiegen wird die Teuerung der Lebensmittel, verschwiegen wird, wie leicht die Arbeiter auf die schwarzen Listen kommen. Das ist direkt Vorpiegelung falscher Tatsachen. Die schwarzen Listen gehen von dem neugegründeten Fehdenverbande aus, der anfangs als Geheimbund gedacht war. Ein Arbeiter, der auf einem Werke die Arbeit niedergelegt hat, darf vor 6 Monaten auf keinem Werke der dem Verbände angehörigen Fehden beschäftigt werden. Auf erstere sollte die Regierung darauf bedacht sein, diesem unerhörten Unfuge zu steuern. Der Reichstag sollte Veranlassung nehmen, seine Wünsche in dieser Richtung energisch zum Ausdruck zu bringen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Heugsbach (Soz.):  
Die vorliegende Petition hat auch dem aufgelösten Reichstage bereits vorgelegen und ist mehrmals auf der Tagesordnung gewesen, aber immer wieder abgelehnt worden. Daher ist es wohl angebracht, sie etwas eingehender zu besprechen, als es sonst bei Petitionen der Fall ist. Als nach dem großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1905 im Ruhrgebiet die Grubenherren in größerem Maße mit Ausperrungen vorgehen, als über Tausende von Bergleuten die Sperre verhängt wurde, wollte man anfangs betreiben, daß eine solche Sperre überhaupt besteht. Als aber die Beweise dafür immer mehr und mehr erbracht wurden, da schrieb das Blatt der rheinisch-westfälischen Kohlenbarone, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, daß die Uebelstände, welche sich aus dem ständigen Wechsel der Belegschaft ergeben, zu einer nachbarlichen Verständigung geführt haben, daß kein Arbeiter auf einer Fehde angenommen werden sollte, der auf einer anderen die Arbeit niedergelegt hat. Damit war das Vorhandensein einer solchen Vereinbarung eingestanden; denn freilich konnte man nicht verlangen, daß dieses Blatt erklärte, daß die brutale Behandlungswiese, welche die Arbeiter auf den Fehden erfahren, den ständigen Wechsel der Belegschaft veranlaßt, und ebenso wenig konnte man erwarten, daß das Blatt die Vereinbarung als einen Akt der Gerechtigkeit gegen die Arbeiter eingestand. Für die Vergleiche wie überhaupt für die Arbeiter der Montanindustrie wurde diese nachbarliche Verständigung zu einer vollständigen Aufhebung der Freigängigkeit. Dafür, daß die Betriebsleistungen nach diesem Abkommen auch verfahren, kann ein sehr reiches Material beigebracht werden.  
Der Redner führt eine Reihe von Fällen an, in welchen Fehdenverwaltungen von der Einstellung von Arbeitern absehen mußten, weil die betreffenden Arbeiter nicht im Besitze eines Abgeschiedenen von einer benachbarten Fehde, auf der sie in Arbeit standen, waren. Bei einer

**Konventionalstrafe von 1000 M.**  
haben die Fehdenbesitzer sich verpflichtet, nach diesen Abmachungen zu handeln. Sechs Monate lang soll der Arbeiter am Hungerloch hängen, oder überhaupt mit Weib und Kind das Industriegebiet verlassen, wenn er nicht im Besitze eines Ueberweisungsscheines von einer Fehde an die andere ist. Eine andere Maßregel ist, daß auf dem Ueberweisungsschein das Wort „ordnungsgemäß“ weggelassen wird; auch in diesem Falle wird der Arbeiter auf keiner Fehde eingestellt! Die Arbeiter wehren sich vor allem dagegen, daß solche Maßnahmen in Zeiten des wirtschaftlichen Friedens getroffen werden. Die Regierung hat in der Kommission erklärt: Wenn gezielte Maßnahmen gegen das Sperrsystem der Unternehmer ergriffen werden sollten, so müßte man auch gegen die Arbeiter strafbar vorgehen, wenn sie ihrerseits die Sperre gegen Unternehmer verhängen. Die Sperren der Arbeiter oder erfolgen niemals in Zeiten des wirtschaftlichen Friedens, sondern lediglich bei Streiks und Ausperrungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf die schwarze Liste kommen auch freiwillig ausgetretene Arbeiter und solche, die die Kündigungszeit durchgehellen haben. Das ist ja die reine Expression, die hier ausgeht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von einem freien Arbeitsvertrag kann daher nicht mehr die Rede sein, man sucht die Zeit der Leidrigkeit wieder herbeizuführen. Auf der Fehde „Wöhning“ wurde ein Arbeiter entlassen, der seit seiner Jugend dort gearbeitet hatte, dann für eine kurze Zeit den Betrieb verließ, wieder dort eintrat und im elektrischen Betriebe als Maschinist usw. wichtige Funktionen hatte. In seinem Abgangsschein ließ er, er habe sich während seiner Tätigkeit ab 10 Uhr entfernt und gegen seine Führung sei nichts zu erinnern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er wird von uns heute entlassen! Weil in diesem Falle das Wort „ordnungsgemäß“ fehlt, konnte der Arbeiter trotz des guten Zeugnisses vier Monate lang keine Arbeit finden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Grund war, daß er an einer von den Fehdenbesitzern eubenen Besprechung über Abstellung von Männern im Vertriebe teilgenommen und ein Amt in einer Kommission, die bei der Direktion vorstellig werden sollte, angenommen hatte. Als er hörte, daß die Kommission von der Betriebsleitung sehr ungnädig empfangen werden würde, hat er dies Amt sofort niedergelegt, aber das half ihm nichts. Er klagte gegen die Hülfe beim Gewerbegericht. Bei diesem aber waren sämtliche Feiglinge Benannte der allmächtigen Hülfe „Schwarz“ — auch ein Charakterkennzeichen für die Rechtslage im Ruhrgebiet! (Sehr wahr! v. d. Sozialdemokr.) Das Gewerbegericht erklärte sich für Befugungen, und die Sache wurde an das

Gewerbegericht Duisburg vertesen. Dieses erklärte, es betrachte den Ueberweisungsschein als eine persönliche Empfehlung, die man jemand geben könne oder nicht! — Unter normalen Verhältnissen wäre dagegen nichts einzuwenden. Aber angesichts der Tatsache, daß es gerichtsnötig war, daß Arbeiter ohne Ueberweisungsschein keine Arbeit bekommen, ist dieser Spruch mit dem Rechtsempfinden nicht vereinbar. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem sind die Herren nicht dazu übergegangen, von dem gegen die guten Sitten verstoßenden System der Sperren abzugeben, vielmehr deuten die späteren an die Deffektivität gekommenen Dinge darauf hin, daß die Maßnahmen gegen die Arbeiter sogar noch verschärft sind. Dabei handelt es sich nicht etwa, wie vielleicht mancher meinen könnte, um einzelne Fälle, sondern ich bin in der Lage, Ihnen schwarze Listen vorzulegen, durch welche bis in die allerjüngste Zeit hinein Arbeiter auf das Pfahlester geworden wurden und nicht nur im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet, sondern in allen Vergewaltigungsbezirken. Am 13. Mai konnte die „Bergarbeiter-Zeitung“ einen

**Geheimbund von Terroristen**  
bekannt geben, dessen Mitglieder sich verpflichteten, während eines Ausstandes sowie drei Monate nach demselben seinen auf dem betreffenden Werk beschäftigten Arbeiter anzunehmen. Arbeiter, welche vereinzelt oder gemeinschaftlich die Arbeit auf einem Verbandswerk niedergelegt haben, dürfen 6 Monate lang auf einem anderen Verbandswerk nicht beschäftigt werden. Gestraft man auf diesem Werke erst später, wenn der Arbeiter schon beschäftigt ist, daß er auf einem anderen Verbandswerk die Arbeit niedergelegt hat, so ist er zu entlassen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), falls seine Beschäftigung nicht schon drei Monate dauert. Ist in einem anderen Bezirke ein Ausstand ausgebrochen, so kann beschlossen werden, daß während desselben und drei Monate nachher kein Arbeiter aus dem Ausstandsgebiet auf einem Verbandswerk beschäftigt werden darf. Bei Zuwiderhandlungen gegen das Statut oder die Beschlüsse des Verbandes verfällt das zuwiderhandelnde Mitglied in eine an den Verband zu zahlende Strafe bis zu 1000 M., wofen es nicht überhaupt aus dem Verbandsverbande ausgeschlossen wird. Die Vertretung der Bergarbeiter hat sich an den Staatsanwalt mit der Frage gewandt, ob er nicht in der Lage ist, gegen derartiges offenbar gegen die guten Sitten verstoßendes Geheimbündertum vorzugehen. Die Staatsanwaltschaft hat ein Einschreiten abgelehnt, und die Oberstaatsanwaltschaft hat sich diesem Beschlusse angeschlossen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte Ihnen nun einige schwarze Listen vorlegen, welche deutlich zeigen, daß es sich nicht um vereinzelte Fälle handelt. (Der Redner legt eine Anzahl schwarzer Listen auf den Tisch des Podiums nieder, darunter eine solche, welche 588 Namen enthält, eine mit 1088 Namen, eine mit 1800.

**eine schwarze Liste mit 5200 Namen!**  
Wir fordern, daß die Regierung gegen ein solches System einschreite. Die Arbeiterchaft, die ebenfalls zu den Steuerzahlenden Bürgern gehört, muß vor diesem Vorgehen der Fehdenbesitzer geschützt werden. Daß sich dieses Vorgehen nicht etwa nur gegen die sogenannten sozialdemokratischen Umtriebe richtet, beweist die Tatsache, daß auch gegen den Steigerverband vorgegangen wird, der seine Sitzungen öffnet und schließt mit einem Hoch auf den obersten Bergheeren. ... Aus einem Zirkular des Fehdenverbandes Wien a. H. geht hervor, daß die Verbandsgegner sich darauf einrichten, daß dieses Sperrsystem noch lange weiter besteht. Daher ist es unbedingt notwendig, daß das Parlament sich anstrengt, um gezielte Maßnahmen gegen eine derartige Erpressung zu beschließen.  
Was nun

**das menschenverderbende Ueberwältigungswesen**  
anbetrifft, so steht es in engster Zusammenhang mit dem ersten Teil der Petition. Weigern sich nämlich die Arbeiter, Ueberwältigungen zu machen, dann fliegen sie hinaus, sie werden auf die schwarze Liste gesetzt, verlieren ihre Pension usw. Es ist vorgekommen, daß statt der ordnungsmäßigen 20 Schichten bis zu 48 Schichten im Monat verfahren worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Hochkonjunktur war es natürlich noch schlimmer, aber auch jetzt, wo eine große Anzahl Fehden Feierlichkeiten eingeleitet haben, werden auf der anderen Seite Ueberwältigungen gemacht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Infolge dieses Ueberwältigungswesens sind die Krankenziffern von Jahr zu Jahr gestiegen, ebenso ist die Zahl der Unfälle beständig gewachsen, und stark herabgegangen ist das Alter, in welchem die Invalidität bei den Vergleuten eintritt. (Hört! hört! bei den Soz.) Die Zahlen hierfür sind, wie die Petenten mit Recht sagen, erschreckend; sie beweisen aufs deutlichste, daß die Arbeitszeit viel zu lang ist. Hier muß unbedingt die Begrenzung eingreifen. Trotzdem das Vergleuge vorräthet, daß vor einer regelmäßigen Schicht eine mindestens achtstündige Ruhepause liegen muß, wissen die Herren sich um diese Klausel heranzubringen. Sie machen statt einer vollen Ueberwältigung nur eine Nebenüberwältigung von sieben Achtel, d. h. eine Nebenüberwältigung von sieben Stunden. So erkaufen sie eine ununterbrochene 15stündige Arbeitszeit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß der Gesetzgeber das nicht gewollt hat, ist klar, und es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um dem einen Kiesel vorzuschleichen. Die Kranken- und Invalidenversicherungskassen müssen Jahr für Jahr Millionen aufwenden zur Heilung von Lungenerkrankungen. Hier aber lassen Sie diesen Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft zu. Dagegen muß mit gezielten Maßnahmen vorgegangen werden, damit endlich diesem Unwesen ein Ende gemacht wird. (Sehrhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird ein Vertagungsantrag fast einstimmig angenommen.  
Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Erste Beratung des Automobilgesetzes und der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz.  
Schluß 6 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

**Aus der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.**  
Gestern mittag beschloß die Fraktion nach einer Ehrung des Andenkens der verstorbenen ehemaligen Reichstagsmitglieder Genossen Ehrhart und Lugaauer die Einbringung der im Eingange des Reichstagsberichts von uns mitgeteilten Interpellationen. Die Interpellation über die Mitteilungen des „Daily Telegraph“ soll Genosse Singer begründen, in die Debatte soll Genosse Feine eingreifen. — Zur Begründung der Notstandsinterpellation wurde Genosse Kalkenbühr, als zweiter Redner Genosse Sebring bestimmt. Die Fraktion beschloß ferner, eine Reihe Abänderungsanträge zu den Petitionsberichten zu stellen und bestimmte auch die Redner hierfür.

**Drucksaßen.**  
Aus dem Reichstage. (Nr. 992) Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderungen im Finanzwesen (nebst Begründung).  
(Nr. 993) Entwurf eines Gesetzes über den Zwischenhandel des Reichs mit Branntwein (nebst Begründung und 17 Anlagen).  
(Nr. 994) Entwurf eines Tabakverbrauchergesetzes (nebst Begründung und 25 Anlagen).  
(Nr. 995) Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Braukerzgesetzes (nebst Begründung und 11 Anlagen).  
(Nr. 996) Entwurf eines Weinsteuergesetzes (nebst Begründung und 5 Anlagen).  
(Nr. 997) Entwurf eines Nachlasssteuergesetzes (nebst Begründung und 2 Anlagen).  
(Nr. 998) Entwurf eines Gesetzes über das Erbrecht des Staates (nebst Begründung und Anlagen).

(Nr. 999) Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Erbschaftsteuergesetzes (nebst Begründung).  
(Nr. 1000) Entwurf eines Elektrizitäts- und Gassteuergesetzes (nebst Begründung und 18 Anlagen).  
(Nr. 1001) Entwurf eines Anzeigenerzgesetzes (nebst Begründung und 2 Anlagen).  
(Nr. 1002) Entwurf eines Gesetzes betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte.

Die Lehrerbildungskommission des preussischen Landtages, der auch die Frage der Verordnungsordnung der Geistlichen mit überwiegen ist, hat zunächst die letztere zur Beratung gezogen. Die erste Beratung der Vorlage über die evangelischen Geistlichen ist indes erledigt. Es wird hierzu nur ein Abänderungsantrag gestellt, außerdem ein Antrag zur Aufhebung der jüdischen Geistlichen die Regierung um Einbringung eines Gesetzesentwurfes zu eruchen, in welchen 400 000 M. zu jenem Zweck zur Verfügung gestellt werden sollen.

Bei dem Regierungsentwurf bezüglich der Gebaltsverhältnisse der katholischen Geistlichen brachte das Zentrum petulante Paritätsforderungen zum Ausdruck. Auch wurde darüber geflagt, daß für die Hilfsgeistlichen und Missionsprediger keine Beihilfen vorgesehen sind, was umso mehr zu bedauern sei, als diese einen wesentlichen Schutz gegen die Sozialdemokratie darstellen! Der Regierungsvorsteher wies demgegenüber darauf hin, daß die Bischöfe mit der Regierungsvorlage vollständig einverstanden seien.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es bei der Beratung des § 15, der die Ausnahmestellung der polnischen Geistlichen ordnet. Mit Hilfe der Nationalliberalen wurde ein konservativer Antrag (18 Stimmen von 21) angenommen, der eine geringe Abschwächung enthält.

Im weiteren wurde darüber geflagt, daß für die Aufhebung der Ruhegelder für die katholischen Geistlichen nur 120 000 M. im Gesetze vorgesehen sind, während für diese Zwecke bei den evangelischen mehr als eine Million bereitgestellt würden. Hierzu gab der Regierungsvorsteher die interessante Erklärung ab: Es sei zwar richtig, daß die Ruhegelder für die katholischen Geistlichen niedrig seien, aber die Bischöfe hätten sich geweigert, den Staat mit in diese Dinge hineinreden zu lassen, wie es bei der evangelischen Kirche der Fall sei. Die Resolution bezüglich der jüdischen Geistlichen wurde als ungeeignet durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt und damit die erste Beratung beendet.

## Lebius, der „Beleidigte“.

Lebius war gestern wieder einmal in wenig erfreulicher Lage. Er mußte sich eine Beleuchtung seiner Person und seiner Rolle gefallen lassen, und das kann für ihn nicht angenehm sein. Er hat sich diese Unannehmlichkeit abermals durch eine Klage gegen den „Vorwärts“ zugezogen. Ob ihm die 30 Mark, zu der Genosse Weber wegen formeller Beleidigung verurteilt wurde, ein genügendes Pfahlester für seine Wunden sind? Seine bewegliche Klage über die Berichte, die der „Vorwärts“ über die Verhandlungen seiner Sachen bringt, scheint uns stark dagegen zu sprechen.

Lebius besorgt zuzeit die bekannte Laktik, die auch an Reichsverbändlern vielfach zu beobachten ist. Er fällt die Sozialdemokratie und ihre Organe, so den „Vorwärts“, mit den schmutzigsten Beschimpfungen an und läuft dann höchlichst moralisch entkräftet zu Gericht, wenn er dafür entsprechend abgerieben wird. Der Widerklage weicht er sich vorsichtig zu entziehen.

So erzielt der Herr „Triumph“ im Gerichtssaal, die ihm aber etwas teuer werden.  
Einen unqualifizierbaren Ausfall, den Lebius sich in seiner Bedrängnis gegen den Genossen Wehring erlaubte, wird man mit dem gebührenden lächelnden Verständnis aufnehmen. Der Versuch eines Lebius, einen Mann wie Wehring zu beschimpfen, ist so hoffnungslos, daß er nicht zurückgewiesen zu werden braucht.

Ueber die Verhandlung ist zu berichten:  
Im November vorigen Jahres brachte der „Vorwärts“ einen Artikel, in welchem nachgewiesen wurde, daß eine kleine Zahl von Aktiengesellschaften, die zusammen 100 000 Arbeiter beschäftigten, in einem Jahre einen Reingewinn von 64 1/2 Millionen Mark erzielten, so daß also jeder einzelne Arbeiter aus dem Ertrage seiner Arbeit 64 M. im Jahre in die Taschen der Aktionäre hat fließen lassen. Unter Artikel war eine rein sachliche Erörterung wirtschaftlicher Vorgänge, die den Augenheern des Kapitalismus allerdings unangenehm sein mochte.

Herr Lebius, der in seinem gelben Arbeiterblatt „Der Bund“ die Interessen des Unternehmertums zu vertreten hat, suchte in seinem Organ der Aufklärung unseres Kritikers entgegenzutreten. Er tat das, soweit er sachlich war, in einer Weise, die jede nationalökonomische Einsicht vermissen läßt. Im übrigen spielte er seinen Artikel mit

**einer Schlammflut wüster Schimpfereien**  
gegen den „Vorwärts“. Unsere rechnungsmäßige Feststellung des Reingewinns der betreffenden Aktiengesellschaften bezeichnete Lebius als eine bewusste Fälschung, als unverschämte und infame Lügen des roten Hehlblattes, als Blödsinn usw.

Als Erwiderung auf diese Schimpfereien des Herrn Lebius brachten wir eine Notiz, die natürlich auf den groben Kloy einen groben Keil setzte und Herrn Lebius in dem Tone antwortete, in dem er zuerst gegen den „Vorwärts“ polemisiert hatte. — Lebius, der als erster mit den größten Schimpfworten gegen den „Vorwärts“ losgezogen war, zeigte sich in der Verhandlung seiner eigenen werten Person so empfindlich, daß er wegen der Antwort, die wir ihm auf seine Schimpfereien des „Vorwärts“ erteilten, eine Beleidigungsklage gegen unseren verantwortlichen Redakteur Hans Weber einreichte.

Herr Lebius läßt sich dadurch gekränkt, daß wir seine absurden nationalökonomischen Darlegungen als Blödsinn bezeichneten und ihm sagten, er verstrebe von Nationalökonomie beinahe so viel, wie der Dohse vom Sonntag.

Die Klage Lebius' gegen Weber wurde gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt. Rechtsanwält Dr. Kurt Rosenfeld als Verteidiger Webers erhob Widerklage auf Grund nicht nur des Lebiuschen Artikels, der unsere beleidigende Antwort provoziert hat, sondern auch wegen sieben anderer Artikel, in denen Lebius in seinem „Bund“ den „Vorwärts“ in derselben Weise beschimpft hat. Für diesen Artikel ließ das Gericht für die Widerklage nicht zu, weil sie in der Zeit vom Juli bis August 1907 erschienen, und deshalb verjährt sind und nicht mehr zum Gegenstand der Widerklage gemacht werden könnten. Hinsichtlich der übrigen Artikel vertrat der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Solner die Ansicht, der Standpunkt des Gerichts sei der, daß der einzelne Redakteur durch Beleidigungen, welche gegen seine Zeitung gerichtet sind, nicht ohne weiteres beleidigt sei und deshalb kein Recht habe, zu klagen. Vergewens wiesen Weber und sein Verteidiger darauf hin, daß schon öfter in Preußen gegen sozialdemokratische Redakteure entwideten und vom Reichsgericht bestätigt worden ist, daß sich verantwortliche Redakteure bürgerlicher Blätter durch Angriffe auf ihr Blatt beleidigt fühlen können. Nur einen einzigen Artikel, in dem Lebius seine Schimpfereien und Erbreuerungen unversenkbar gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ richtete, erklärte der Vorsitzende für die Widerklage in Betracht kommend. Nachdem über diesen Punkt längere Zeit verhandelt war, machte Lebius' Vertreter, Rechtsanwalt Henning, die Ent-



bedung, daß für diesen Artikel nicht Lebius, sondern ein anderer verantwortlich gezeichnet hatte. Rechtsanwalt Rosenfeld behauptete, daß Lebius der Verfasser sei, erklärte jedoch, daß er dafür keinen Beweis antreten werde.

Nach diesem Vergeß hat die Erörterung dessen, was Lebius zum Gegenstand seiner Klage gemacht hatte. Rechtsanwalt Hennigson beantragte eine nicht zu milde Bestrafung des Angeklagten.

Rechtsanwalt Rosenfeld führte aus, Weber könne schon deshalb nicht bestraft sein, weil der Artikel, welcher den Gegenstand der Klage bildet, nichts anderes ist als die Antwort auf die Beleidigungen, welche Lebius zuerst gegen den „Vorwärts“ richtete. Ein rein akademisch gehaltener Artikel war es, welcher dem Kläger Anlaß gab, unerhörte Beleidigungen gegen den „Vorwärts“ zu schleudern. Die Antwort, welche der „Vorwärts“ darauf erteilte, sei durchaus gerechtfertigt. Um nachzuweisen, daß der „Vorwärts“ den Lebius den Artikel vollkommen zutreffend als nationalökonomischen Witz bezeichnete und daß er ebenso zutreffend sagte, Herr Lebius verleihe von Nationalökonomie so viel wie der Esel vom Sonntag, mußte der Verteidiger natürlich auf den Inhalt des betreffenden Artikels eingehen. Als Rechtsanwalt Rosenfeld die von Lebius bezapfte „Nationalökonomie“ in einem der wesentlichsten Punkte gekennzeichnet hatte, unterbrach ihn der Vorsitzende mit der Bemerkung, das gehöre nicht hierher. Denn das Gericht habe nur über Beleidigungen, aber nicht über nationalökonomische Streitfragen zu entscheiden. Das Gericht wolle unterstellen, daß Lebius nicht viel oder gar nichts von Nationalökonomie verleihe, aber das Gericht habe zu prüfen, ob man den Kläger deshalb einen Esel nennen dürfe. — Der Verteidiger erwiderte, es sei doch für das Strafmaß von Bedeutung, ob man zu einem Manne, der die Nationalökonomie beherrscht, oder zu jemand, der nichts davon weiß, sagt, er verleihe von Nationalökonomie so viel wie der Esel vom Sonntag. Deshalb müsse nachgemessen werden, daß die Auslassungen des Klägers nicht nur mit der Wissenschaft, sondern auch mit der Wahrheit in Widerspruch stehen. Kein sachliche Ausführungen des „Vorwärts“ habe der Kläger mit Schimpfwörtern beantwortet. Darauf habe der Beklagte erwidert in einem Artikel, der allerdings Beleidigungen enthalte, die aber unter den vorliegenden Umständen straflos bleiben müssen. Der Kläger sei ein Mann, in bezug auf den das Gericht in einem früheren Prozeß für festgestellt erachtete, daß seine Persönlichkeit nicht einwandfrei ist, weil er gleichzeitig als Redakteur eines nationalliberalen sowie eines zentrumsfreundlichen Blattes und außerdem noch als Korrespondent einer sozialdemokratischen Zeitung tätig war. Die Bemerkungen des „Vorwärts“ seien lange nicht so beleidigend wie die Schimpfereien, welche Lebius zuerst gegen den „Vorwärts“ richtete. Nicht nur, weil er den gleichen Ton anfangs wie der Kläger, sondern auch, weil er eine ihm zugelegte Beleidigung auf der Stelle erwiderte, müsse der Beklagte freigesprochen werden.

Darauf nahm Lebius das Wort, um seine Tätigkeit in verschiedenen Parteilagern zu erklären. Er habe einen Parteitagungsprozeß durchgemacht, sagte er, und sei dabei vorübergehend ins sozialdemokratische Lager geraten, aus dem er sich dann wieder hinausgemauert hat.

Weber entgegnete, es möge ja dem Kläger unangenehm sein, wenn ihm nachgewiesen wird, daß er gleichzeitig für Blätter verschiedener Parteien gearbeitet hat, aber diese Tatsache sei ihm nicht in herbortragendem Maße zur Kennzeichnung der Persönlichkeit des Klägers Lebius. Einen solchen Vorwurf nenne man einen Schand. Diese Kennzeichnung seiner Person habe ja Lebius selbst gegeben. In einem von ihm verfassten Artikel: „Bekanntnisse eines früheren Sozialdemokraten“ sagte Lebius, er habe gleichzeitig Artikel für ein nationalliberales Blatt in nationalliberalen Sinne, für ein zentrumsfreundliches Blatt in „unparteilichem“ Sinne abgefaßt und dann habe er auch noch für ein sozialdemokratisches Blatt geschrieben. Das Blatt, welches Lebius jetzt herausgibt, „Der Bund“, werde von Unternehmern ausgehalten, deshalb müsse er im Sinne der Unternehmer schreiben. Aus diesem Grunde habe Lebius seinen Schandartikel gegen den „Vorwärts“ abgefaßt. Wenn der „Vorwärts“ diesen Schandartikel mit kräftigen Ausdrücken beantwortete, so sehe dem verantwortlichen Redakteur der „Schau“ des § 103 zur Seite. Herr Lebius — sagte Weber — kann gegen mich schreiben, was er will, ich verlange von ihm nicht, er stehe im Solde des Unternehmertums; solche Leute zu verklagen, habe ich keine Veranlassung.

Das Gericht wolle sich hierauf zur Beratung zurückziehen, aber Lebius verlangte noch einmal das Wort. Er müsse auf Webers Ausführungen antworten, denn morgen ständen davon drei Spalten im „Vorwärts“. — „Ja, dann lesen Sie es doch nicht“, erwiderte der Vorsitzende unter allgemeiner Heiterkeit.

Lebius kam nun nochmals auf seine vielseitige Tätigkeit zu sprechen und rief mit Emphase aus: „Ja bin kein Schand“, wie der sozialdemokratische Schriftsteller Franz Mehring, der in verschiedenen Parteilagern tätig war und dem Rücksicht nachgewiesen ist, daß er sich als Parteiarbeiter hat kaufen lassen.

Rechtsanwalt Rosenfeld legte gegen diese Anrempelung eines Nichtanwesenden und gegen den lächerlichen Versuch des Lebius, sich mit Mehring auf eine Stufe zu stellen, entsetzten Verwahrung ein. Es könne gar keine Rede davon sein, daß Franz Mehring jemals das getan hat, was ihm der Kläger vorwirft. Gegen diese Verunglimpfung müsse er entschieden protestieren.

Auf die Behauptung des Klägers Lebius, sein Blatt werde nicht von Unternehmern ausgehalten, antwortete Weber: Das könne bewiesen werden. „Der Bund“ werde ja den Unternehmern zugekauft, mit der Aufforderung für die Verbreitung des Blattes unter den Arbeitern zu sorgen (möglichst so, daß sie garnicht erfahren, wer es ihnen zustellen läßt), weil es den Interessen der Unternehmer diene und weil es die Arbeiter, welche ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten, bekämpfe. Die Tatsache sei ein Beweis dafür, daß Lebius mit mehrfachen Mitteln kämpfe und daß er sich deshalb nicht beleidigt fühlen könne, wenn seine Schandworte so beantwortet werden wie sie der „Vorwärts“ beantwortet hat. Ein Mann, der im Dienste des Unternehmertums in dem gekennzeichneten Sinne unter den Arbeitern zu wirken sucht, könne nicht so behandelt werden wie einwandfreie Leute.

Der Vorsitzende verhandelte das Urteil, welches im wesentlichen dahin geht: Die Behauptung, die Ausführungen in dem Artikel des Klägers seien Witz und der Kläger verleihe von der Nationalökonomie so viel wie der Esel vom Sonntag sind formale Beleidigungen, die nicht unter den Schutz des § 103 fallen und deshalb bestraft werden müssen. Kompensation der Beleidigungen kann nicht angenommen werden, weil sich der Artikel des Klägers nicht gegen die Person des Beklagten richtet, der „Vorwärts“ aber beleidigende Ausdrücke auf die Person des Klägers angewandt hat. Von den Artikeln, auf welche sich die Widerklage stützt, kann nur der herangezogen werden, welcher eine persönliche Spitze gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ enthält. Dieser Artikel ist aber nicht vom Widerbeklagten verantwortlich gezeichnet und der Nachweis, daß er der Verfasser sei, ist nicht erbracht. Hinsichtlich des Strafmaßes ist als Widerungsgrund berücksichtigt, daß eine außerordentliche Erbitterung zwischen den Parteien herrscht und daß der Beklagte berechtigt war, die Angriffe des Klägers energisch zu erwidern. Aber die beleidigenden Ausdrücke hätte er unterlassen müssen. Nach Lage der Sache war eine milde Strafe am Platz. Der Beklagte wird zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt; der Widerbeklagte wird freigesprochen. Der Kläger ist berechtigt, das Urteil im „Vorwärts“ und im „Bund“ zu veröffentlichen.

## Soziales.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden im dritten Quartal 1908. Die vom Reichsarbeitsblatt vierjährlich veröffentlichten Nachrichten über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden um-

fassen diesmal 49 Verbände mit 1 972 549 Mitgliedern. Von diesen waren am Schluß der 13. Quartalswoche (30. September) als arbeitslos am Ort und auf der Reise gemeldet 34 046 = 2,7 Proz. Am Schluß der 8. Quartalswoche war die betreffende Zahl 31 355 und am Schluß der vierten 34 624, was beide Male gleichfalls 2,7 Proz. betrug. Die Arbeitslosigkeit hat sich damit noch auf einer erscheidenden Höhe gehalten, wenn sie auch gegen das vorhergehende Quartal um eine Kleinigkeit gesunken ist. Wie nachfolgender Vergleich mit den Ergebnissen früherer Stichtage beweist, ist seit Aufmachung dieser Statistiken die Arbeitslosigkeit im dritten Vierteljahr diesmal die größte gewesen.

1903	1904	1905	1906	1907	1908
				26. Jan. 1,7	26. Jan. 2,9
				28. Febr. 1,6	28. Febr. 2,7
				30. März 1,3	28. März 2,5
				27. April 1,3	25. April 2,8
				25. Mai 1,4	23. Mai 2,8
31. März — 31. März	2,0	31. März 1,6	31. März 1,1	30. März 1,3	28. März 2,5
				28. Juni 1,2	28. Juni 2,9
				28. Juli 0,8	27. Juli 1,4
				25. Aug. 0,7	24. Aug. 1,4
				27. Sept. 1,0	26. Sept. 1,4
				28. Okt. 1,1	28. Okt. 1,6
				24. Nov. 1,1	23. Nov. 1,7
				29. Dez. 1,6	28. Dez. 2,7

Die höchsten Arbeitslosenziffern an den drei Stichtagen weisen die Feiseurengewerke (mit 14,3 Proz. am 26. September), die Bildhauer (18,1 Proz.), die Photographen (11,5 Proz.) und die Handschuhmacher (9,8 Proz.). Dagegen hatte, wie auch früher beobachtet, besonders niedrige Arbeitslosenziffern der Verband der Bergarbeiter Deutschlands mit nur 0,01 Proz. am Schluß der 13., 0,1 Proz. am Schluß der 8. und 0,04 Proz. am Schluß der 4. Quartalswoche. Nicht so günstig liegen die Verhältnisse in der Metallindustrie. Der Deutsche Metallarbeiterverband (Südtag) zählte an den drei Stichtagen 3,1, 2,8, 2,9 Proz. Arbeitslose. Ebenso verhielt sich die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiterverband mit 3,4, 3,3 und 3,9 Proz. an den drei Erhebungstagen auf einer ziemlich hohen Höhe. Bedeutend über den Durchschnitt standen am 26. September noch die Bäcker (7,5), Buchdrucker (6,9), Glaser (6,9), Senefelder Bund (6,7) und Gärtner (6,6).

Die Prozentsätze der Fälle von Arbeitslosigkeit, welche die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe des Quartals darstellt, beträgt diesmal 9,6 Proz. Es ist dies die größte bisher gefundene Ziffer und zwar war für die männlichen Mitglieder der durchschnittliche Satz 9,8, für die weiblichen dagegen nur 6,6 Proz. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage betrug im 3. Quartal 1908: 1 954 832. Da 121 679 Fälle von Arbeitslosigkeit am Ort gemeldet wurden, so ergibt das eine durchschnittliche Dauer des Arbeitslosenfalles von 16,3 Tagen gegen 16,7 Tage im vorhergehenden Quartal.

Es erscheint sehr fraglich, ob die Krise ihren Höhepunkt bereits überschritten hat oder ob der hereinbrechende Winter weitere Scharen von Arbeitslosen auf das Pflaster werfen und damit neue Sorgen und Leiden über ungezählte Familien bringen wird.

### Der Leipziger Metzerverband an der Arbeit.

Die deutschen Metzger erhielten auf Grund eines Vertrages von den in Deutschland arbeitenden in- und ausländischen Lebensversicherungsgesellschaften für jede vertrauensärztliche Untersuchung zwecks Aufnahme in die Lebensversicherung 10 M. — eine Tätigkeit, welche ungefähr eine halbe Stunde Zeit in Anspruch nimmt. Diesen Vertrag haben die organisierten Metzger genehmigt, weil denselben dieses Honorar nicht mehr standeswürdig erscheint. Der Verband der Lebensversicherungsgesellschaften hatte nun der Metzger-Organisation das Anerbieten gemacht, bei Versicherungen bis zu 5000 M. Höhe 10 M., über 5000 bis 10 000 M. Höhe 20 M., über 10 000 M. Höhe 30 M. Honorar für jede vertrauensärztliche Untersuchung zu zahlen, während die organisierten Metzger für jede derartige Untersuchung ohne Rücksicht auf die Höhe des zu versichernden Kapitals 25 M. verlangen. Der oben erwähnte Vertrag hat am 1. November dieses Jahres sein Ende erreicht und eine Einigung wurde bisher nicht erzielt. Das Anerbieten der Lebensversicherungsgesellschaften wäre für die Metzger gewiß annehmbar, letztere bleiben auf ihrer Forderung bestehen. Der Verband der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften hat daher beschlossen, Vertrauensärzte angustellen, da nicht alle Metzger der Leipziger Organisation angehören.

### Aufgehobene Beanstandung eines Gemeindefeststufes.

Die Gemeindevertretung von Berghausen hatte beschlossen, bei einer Spar- und Darlehnskasse, einer eingetragenen Genossenschaft, eine Anleihe aufzunehmen. Der Amts- und Gemeindefeststufes sollte die Urkunde vollziehen. Der Amtmann beanstandete den Beschluß als rechtswidrig und den Gemeindefeststufes widersprechend. Die Gemeindevertretung klagte im Verwaltungsstreitverfahren auf Aufhebung der Beanstandungsverfügung. Es wurde auch nach ihrem Klageantrag vom Bezirksauswahlgewicht erkannt. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Es handele sich um einen Beschluß der Gemeinde, der von der höheren Behörde genehmigt werden müsse. In einem solchen Falle könne eine Beanstandung nicht in Betracht kommen, denn die höhere Behörde prüfe ja bei der Frage der Genehmigung, ob der Beschluß rechtmäßig sei und die Gemeindefeststufes verleihe. Der Gemeindefeststufes umfasse nun aber nicht nur die Aufnahme einer Anleihe an sich, sondern er bestimme auch, daß sie bei einer ganz bestimmten Spar- und Darlehnskasse aufgenommen werden solle. Wenn man nun davon ausgehen wolle, daß die Beanstandung nur auf diesen letzten Punkt des Beschlusses sich bezöge, nämlich darauf, wo die Anleihe aufgenommen sei, dann wäre die Beanstandung erst recht unzulässig. Es handele sich hier um eine Frage, über die die Gemeinde selbständig zu bestimmen habe. Wenn sie die Anleihe bei einer Spar- und Darlehnskasse aufnehmen wolle, dann sei das lediglich ihre Sache. Auch aus diesem Grunde sei die Beanstandung verfehlt und nicht aufrecht zu erhalten.

## Aus Industrie und Handel.

### Liebesgaben.

Die Verzinsung, für jede Tonne Getreide bei der Ausfuhr einen Einfuhrschein in der Höhe des Zollsatzes der betreffenden Getreideart zu bekommen, den man bei der Einfuhr als Zollleistung in Zahlung geben kann, ist ja zu deutlich und verlockend, als daß sie durch unsere Heben Janker nicht ausgenutzt werden sollte. In diesem Jahre ergeben die amtlichen Zahlen eine tiefe Steigerung der Ausfuhr in den wichtigsten Getreidearten. Vom Anfang dieses Erntejahres — 1. August 1908 bis zum 20. Oktober — wurden 206 709 Tonnen Roggen mehr ausgeführt, als in demselben Zeitraum des vorigen Jahres! Dies bedeutet bei dem Zollsatz von 50 M. pro Tonne eine Mehrausgabe an Einfuhrscheinen von 10 335 450 Mark! Weizen wurde in demselben Zeitraum dieses Jahr 88 540 Tonnen mehr ausgeführt, dies bedeutet bei einem Zollsatz von 55 M. Einfuhrscheine im Werte von 4 869 700 Mark. An Hafer wurden mehr ausgeführt 15 602 Tonnen, dies ergibt bei einem Zollsatz von 50 M. eine Summe von 780 100 Mark. Für die drei angeführten Getreidearten zusammen kommt eine Summe von 15 871 250 Mark heraus, in 2/3 Monat! Dazu kommen außerdem für die Exporteure noch die Vorteile der billigen Exporttarife der Staatseisenbahn. Und den Armen wird in unerhörter Weise das Brot verteuert.

### Schultheiß-Druckerei.

Der Geschäftsbericht gibt über Produktions- und Abfahmengen keinen Aufschluß. Nur der finanzielle Effekt wird mitgeteilt. Der

Gesamtumsatz d. h. die Einnahme für Bier und Nebenprodukte betrug im Geschäftsjahre 1907/08 26 170 906 M., im Geschäftsjahre 1908/09 25 808 839,20 M., weist also eine Zunahme auf von 378 066,46 M. Eine wesentliche Erhöhung ist ferner bei den verschiedenen Unkostenkonten zu verzeichnen. Diefelben betragen im Geschäftsjahre 1907/08 13 035 015,41 M., im Geschäftsjahre 1908/09 12 707 984,77 M., sind also um 327 030,64 M. höher. — Die Abschreibungen belaufen sich bei den bisherigen prozentualen Sätzen auf 1 080 116,70 M. gegen 1 537 837,04 M. im Vorjahre. — Nach Abzug der Unkosten verbleibt ein Gewinn von 3 686 505,33 M., der sich ergebende Reingewinn von 2 008 478,63 M. erhöht sich nach Hinzurechnung des Gewinnvortrages von 53 866,18 M. aus dem Vorjahre auf 2 062 344,81 M. und gestattet die Verteilung einer Dividende von 14 Proz. (im Vorjahre 17 Proz.) auf das frühere Aktienkapital von 12 Millionen Mark und einer Dividende von 3 1/2 Proz. auf die in Gemäßheit der Generalversammlung vom 22. Februar 1908 ausgegebenen neuen Aktien von 2 Millionen Mark, von welchen ein Viertel bis 21. März 1908 und die restlichen drei Viertel am 31. August 1908 einzuzahlen waren. — Wie im Bericht betont wird, sind auf das nominell jetzt 14 Millionen betragende Aktienkapital seitens der Aktionäre in Wirklichkeit 28 Millionen Mark eingezahlt worden und der zur Ausbesserung gelangende Betrag von 1 700 000 M. bringt somit in diesem Jahre den Aktionären eine tatsächliche Verzinsung von circa 7 1/2 Prozent.

### Vertenerungslohn.

Die Aufhebung des Rohelkennzeichens hat eine „die nationale Arbeit“ schädigende Wirkung gehabt. Wie die „Deutsche Ind.-Ztg.“ schreibt, hat die Auflösung der deutschen Rohelkennzeichens besonders am englischen Eisenmarkt eine hochgradige Erregung hervorgerufen. Man zweifelt dort nicht länger daran, daß der Zusammenbruch der deutschen Rohelkennzeichens auf die Dauer den völligen Ausbruch des englischen Eisenhandels vom deutschen Markt zur Folge haben werde. Schon jetzt lasse die Preisherabsetzung für deutsche Rohelken englische Verkäufe nach Deutschland als ganz und gar verlustbringend erscheinen.

Damit ist festgestellt, daß der „Schutz“zoll mittels des Kennzeichens nur als Instrument der Vertenerung benutzt worden ist. Trotz des „schützenden“ Zolles konnte ausländisches Rohelken am deutschen Markt konkurrieren; nun, da dem Instrument durch Aufhebung des Kennzeichens die Schärfe genommen ist, kann die englische Industrie den Weltkampf nicht mehr aushalten, die „nationale Arbeit“ ist geschügt, dank der Auflösung des Kennzeichens.

### 108 000 Mark in 3 Jahren „verdient“.

Welche Riesengewinne unseren Agrariern durch die deutsche Zollpolitik in den Schoß geworfen werden, dafür ein Beispiel aus Pommern. Im Juni 1905 übernahm ein Herr Tominski das Rittergut Goffenthin zum Preise von 227 000 Mark. Er ist vor kurzem gestorben und seine Erben haben nunmehr das Gut für — 335 000 Mark an den Hauptmann Saul vom Danziger Juharillierregiment verkauft.

Vielleicht wird der neue Rittergutsbesitzer bald einstimmen in das Gefühl von der Not der Landwirtschaft und noch höheren Schutz zoll fordern. Würde er gewährt, könnte auch Herr Saul mit einem Riesengewinn verkaufen und der nächste Besitzer hätte Gelegenheit, über die schlechte Rentabilität der Landwirtschaft zu klagen. So kann die Leiter fortgehen ohne Ende und die Proteste müssen Wucherpreise zahlen.

Jahresbericht des Bergbauvereins Offen. Vom Bericht des Vereins für die bergbauischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund über das Jahr 1907 liegt nunmehr der fünftägige Teil vor. Die gesamte Kohlerzeugung der Welt im Jahre 1907 schätzt der Verein auf 1000 Millionen Tonnen; das sind gegen das Vorjahr etwa 90 Millionen Tonnen mehr. Der Anteil der Vereinigten Staaten von Amerika daran beträgt 40 Proz.; auf Großbritannien entfällt etwa ein Viertel und auf Deutschland ungefähr ein Fünftel. Diese drei Länder zusammen fördern 84 Proz. der Weltproduktion. Die Anteile Oesterreich-Ungarns, Frankreichs und Belgiens stellen sich auf 4,4, 6,4 und 2,2 Proz. Außer Nordamerika kommen noch außeruropäischen Ländern für die Kohlenförderung hauptsächlich noch Japan mit rund 14 Millionen Tonnen, Australien mit 10 1/2 Millionen Tonnen, Ostindien mit annähernd 10 Millionen Tonnen und Kanada mit 1/2 Millionen Tonnen in Betracht. Die Kohlerzeugung der Welt belief sich im Jahre 1906 auf 88 1/2 Millionen Tonnen gegen 70 1/2 Millionen Tonnen im Jahre 1905. Zur Darstellung dieser Menge wurden 133 Millionen Tonnen Kohlen verbraucht, was einem Kohlenüberschuß von 65 Prozent entspricht. Auch bei der Kohlerzeugung nehmen die Vereinigten Staaten den ersten Platz ein; ihr Anteil betrug im Jahre 1906 33 Proz. auf Deutschland, das im Jahre 1906 an die zweite Stelle rückte, entfielen 23,4, auf Großbritannien 22,7 Proz.

Die Kohlenförderung der Welt wird für das Jahr 1907 mit 60,7 Millionen Tonnen angegeben. Amerika war an der Weltproduktion mit 26,2 Mill. To. (43,2 Proz.) beteiligt; auf Deutschland entfielen 12,9 Mill. To. (21,2 Proz.) und auf Großbritannien 10,1 Mill. To. (16,6 Proz.). Diese drei Länder liefern zusammen 81 Proz. der Weltproduktion. Wie bei der Kohlerzeugung und Kohlenförderung, nehmen auch in der Stahlerzeugung die Vereinigten Staaten mit 23,7 Millionen Tonnen (40,4 Proz.), Deutschland mit 12,1 Millionen Tonnen (23,6 Proz.) und Großbritannien mit 6,6 Millionen Tonnen (13 Proz.) die ersten Stellen ein. Diese drei Länder stellten im Jahre 1907 vier Fünftel der Weltproduktion her.

## Verammlungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule nahm in ihrer ordentlichen Generalversammlung den Bericht vom 3. Quartal entgegen. Durch einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit der Schule im 17. Geschäftsjahr wurde der Bericht vom Vorsitzenden Genossen Weitzner ergänzt. Der Jahresbericht lag der Generalversammlung gedruckt vor. Der Mitgliederbestand ist von 1705 auf 2020 (120 Frauen, 1800 Herren), also um 315 gestiegen. Wie der Vorsitzende bekannt gab, soll in diesem Jahre der Versuch mit gelegentlichen Mitgliederberatern gemacht werden, denen die Aufgabe obliegt, schwierigerer Thematika der Arbeiterbewegung und der Theorie durch Referat und Diskussion zu erörtern. Die Einnahmen der Schule beliefen sich im 3. Quartal auf 1311,25 M., die Ausgaben auf 1144,25 M. Der Gesamtschuldenbestand betrug 2389,01 M. Die Bibliothek war auch während der Schulferien jeden Donnerstag geöffnet und von 458 Mitgliedern benutzt worden. 33 Vände wurden neu angekauft, so daß der Vändbestand jetzt 1900 Vände beträgt. Eine kurze Debatte über allgemeine Bildungsfragen und die mutmaßliche Ausgestaltung der Schule, den Bildungsbedürfnissen der Arbeiterklasse Groß-Berlins entsprechend, beschloß den Vorstandsbereich. — Die Neuwahlen ergaben folgende Zusammensetzung des Vorstandes: 1. Vorsitzender: Otto Weitzner, Friedenstr. 70, 2. Vorsitzender: S. Lamm, 1. Köster: Heinrich König, Hakenheide 36, 2. Köster: Paul Giesner, 1. Schriftführer: R. Schmann, 2. Schriftführer: Reuhaus. Als erster Bibliothekar wurde Genosse Walter, als Hilfsbibliothekar die Genossen Gerlach, Andreas, Mahner und Martha Ruhring gewählt. Die statutenmäßig ausstehenden Revisionen Markus und Riethe wählte die Versammlung wieder. Unversichtvertreter wurden: für Rauterkennnis Riedel, Gesellschafter Gustav Krüger, Gewerkschaftswesen Ott. Redemühle Werber, Nationalökonomie Frau Rane, Gerichtliche Frey Krüger. Mit dem energischen Hinweis auf die Verpflichtung jedes Mitgliedes zur regen Agitation im Interesse der Schule, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

### Eingegangene Druckschriften.

Schau nur hinein — Spiegelbilder, Epigramme, Satiren, Sportliches von R. Schast. Verlag von H. Neufch. München. 1908. 1,50 M. Der Roman eines Droschkes. Von H. G. Helmer. Erschienen 2 M., gebunden 3 M. Verlag: C. Seifert, Berlin-Weißhof.



# A. WERTHEIM

## KONSERVEN

<b>Junge Schoten I</b> 1/2 Dose 80, 1/4 Dose 45 Pf.	<b>Stangenspargel I</b> 1/4 Dose 1.35, 1/2 Dose 73 Pf.	<b>Saure Kirschen mit Steinen</b> 1/2 Dose 65, 1/4 Dose 38 Pf.	<b>Rheinisch Kraut</b> 1/2 Dose 85, 1/4 Dose 45 Pf.
<b>Junge Schoten II</b> 1/2 Dose 52 Pf.	<b>Stangenspargel II</b> 1/4 Dose 1.20	<b>Mirabellen</b> 1/2 Dose 68, 1/4 Dose 40 Pf.	<b>Dunstobst</b> Stachelbeeren, Johannisbeeren, Kirschen mit Steinen, Heidelbeeren <b>55 Pf.</b>
<b>Junge Schoten III</b> 1/2 Dose 48 Pf.	<b>Riesen-Bruchspargel</b> 1/4 Dose 1.35, 1/2 Dose 73 Pf.	<b>Reineclauden</b> 1/2 Dose 85, 1/4 Dose 48 Pf.	<b>Bratheringe</b> Dose 45 Pf.
<b>Junge Schoten IV</b> 1/2 Dose 38 Pf.	<b>Bruch-Spargel</b> <small>extrastark</small> 1/2 Dose 1.20	<b>Erdbeeren</b> <small>naturrell</small> 1/2 Dose 85, 1/4 Dose 50 Pf.	<b>Bismarckheringe</b> Dose 45 Pf.
<b>Schoten u. Karotten</b> 1/2 Dose 60 Pf.	<b>Bruch-Spargel</b> <small>ohne Köpfe</small> 1/2 Dose 65 Pf.	<b>Aprikosen</b> 1/2 Dose 1.20, 1/4 Dose 65 Pf.	<b>Delikatessheringe</b> Dose 52, 83 Pf.
<b>Karotten in Streifen</b> 1/2 Dose 30 Pf.	<b>Abschnitt-Spargel</b> 1/2 Dose 44 Pf.	<b>Johannisbeeren</b> 1/2 Dose 68, 1/4 Dose 40 Pf.	<b>Aal in Gelee</b> Dose 75 Pf.
<b>Karotten I</b> 1/2 Dose 68, 1/4 Dose 40 Pf.	<b>Kohlrabi</b> 1/2 Dose 28 Pf.	<b>Stachelbeeren</b> 1/2 Dose 65, 1/4 Dose 38 Pf.	<b>Russ. Sardinen</b> Glas 25 Pf.
<b>Karotten</b> 1/2 Dose 48, 1/4 Dose 30 Pf.	<b>Teitower Rüben</b> 1/2 Dose 68 Pf.	<b>Heidelbeeren</b> 1/2 Dose 58 Pf.	<b>Hummern</b> Dose 2.15
<b>Gemischtes Gemüse</b> <small>extrafels</small> 1/2 Dose 1.25, 1/4 Dose 68 Pf.	<b>Spinat</b> 1/2 Dose 40 Pf.	<b>Preisselbeeren</b> 1 Kilo 70 Pf., 2 Kilo 1.35, 3 Kilo 3.30	<b>Lachs-Koteletts</b> 1 Mk.
<b>Gemisch. Gemüse II</b> 1/2 Dose 65 Pf.	<b>Pfefferlinge</b> 1/2 Dose 45 Pf.		<b>Marokkaner-Sardinen</b> Dose 65 Pf.
<b>Gemischtes Gemüse</b> 1/2 Dose 48 Pf.	<b>Rote Rüben</b> 1/2 Dose 38, 1/4 Dose 24 Pf.		<b>Sardinen</b> <small>Marke „Actell“</small> Dose 40 Pf.
<b>Riesen-Stangenspargel</b> 1/2 Dose 1.90	<b>Saure Kirschen ohne Steine</b> 1/2 Dose 95, 1/4 Dose 53 Pf.		<b>Makrelen in Öl</b> Kleine Dose 30 Pf.
<b>Stangenspargel</b> <small>extra stark</small> 1/2 Dose 1.50, 1/4 Dose 85 Pf.			

## KOLONIAL-WAREN

<b>Rangoon-Reis</b> Pfd. 17 Pf.	<b>Gebrannter Kaffee</b>	<b>Französische Pflaumen</b> Pfd. 38, 45, 55, 65 Pf.														
<b>Bassein-Reis</b> Pfd. 20 Pf.	Mischung <table border="1"> <tr> <td>I</td> <td>II</td> <td>III</td> <td>IV</td> <td>V</td> <td>VI</td> <td>VII</td> </tr> <tr> <td>83 Pf.</td> <td>95 Pf.</td> <td>1.10</td> <td>1.35</td> <td>1.50</td> <td>1.70</td> <td>1.90</td> </tr> </table>	I	II	III	IV	V	VI	VII	83 Pf.	95 Pf.	1.10	1.35	1.50	1.70	1.90	<b>Italienische Prünellen</b> Pfd. 60 Pf.
I	II	III	IV	V	VI	VII										
83 Pf.	95 Pf.	1.10	1.35	1.50	1.70	1.90										
<b>Patna-Reis</b> Pfd. 25 Pf.		<b>Amerikan. Ringäpfel</b> Pfd. 48 Pf.														
<b>Java-Reis</b> Pfd. 25, 30, 38 Pf.		<b>Kalifornische Aprikosen</b> Pfd. 60, 75 Pf.														
<b>Extra grosse Linsen</b> Pfd. 28 Pf.	<b>Deutscher Kakao</b> Pfund 85 Pf., 1.10	<b>Kirschen</b> <small>saure</small> Pfd. 55 Pf.														
<b>Mittel-Linsen</b> Pfd. 20 Pf.	<b>Schokolade</b> <small>in Tafeln</small> Pfd. 80 Pf., 1.20, 1.30	<b>Kirschen</b> <small>süß</small> Pfd. 85 Pf.														
<b>Riesen-Erbsen</b> Pfd. 17 Pf.		<b>Italienische Birnen</b> Pfd. 48, 58 Pf.														
<b>Glasierete Erbsen</b> <small>gelb</small> 23, <small>grün</small> 25 Pf.																
<b>Spalt-Erbsen</b> <small>gelb</small> Pfd. 19 Pf.																
<b>Kleine Erbsen</b> <small>mit Hülsen</small> Pfd. 16 Pf.																

<b>Zerelatwurst</b> <small>in Rinddarm</small> Pfd. 1.10	<b>Rotwurst</b> Pfund 45, 65 Pf.	<b>Gänsebrust</b> Pfund 1.50
<b>Salamiwurst</b> <small>in Rinddarm</small> Pfd. 1.10	<b>Zwiebelwurst</b> Pfund 45 Pf.	<b>Schinkenspeck</b> Pfund 95 Pf.
<b>Teewurst</b> <small>(weiche Zerelatwurst)</small> Pfund 1.20	<b>Landleberwurst</b> Pfund 90 Pf.	<b>Mausschinken</b> Pfund 1.10
<b>Plockwurst</b> Pfund 1.10	<b>Feine Leberwurst</b> Pfund 95 Pf.	<b>2-3 Pfund schwer</b>
<b>Schinkenwurst</b> Pfund 1.20	<b>Jagdwurst</b> Pfund 90 Pf.	<b>Knochenschinken</b> Pfund 1.10

<b>Gänse</b> <small>□ □ □ □</small> Pfund 58 u. 62 Pf.	<b>Brathühner</b> <small>□ □ □ □ □ □ □ □</small> 1.45
<b>Enten</b> <small>□ □ □ □ □ □</small> 2.65, 2.90	<b>Fasanenhähne</b> <small>Junge</small> 2.40
<b>Suppenhühner</b> 1.65, 1.85	<b>Fasanenhennen</b> 1.90

<b>Datteln</b> <small>Karton</small> 50 Pf.
<b>Feigen</b> <small>Kistchen ca. 1 Pfd.</small> 33 Pf.
<b>Tafel-Aepfel</b> Goldparmänen 5 Pfund 50 Pf.

### Rehkeulen

grosse 6.25 Mk.

## WEIN

<b>Trauben-Rosinen</b> Pfd. 70 Pf.
<b>Schalen-Mandeln</b> Pfd. 75 Pf.
<b>Neue Para-Nüsse</b> Pfd. 55 Pf.
<b>Neue Wall-Nüsse</b> Pfd. 30 Pf.
<b>Neue Haselnüsse</b> <small>rund lang</small> Pfd. 35, 40 Pf.

<b>Moselwein</b>	<b>Rheinwein</b>	<b>Bordeauxwein</b>
<b>Obermoseler</b> 1/2 Flasche 60 Pf.	<b>1906<sup>er</sup> Dienheimer</b> 1/2 Flasche 75 Pf.	<b>1904<sup>er</sup> Lorsche Beaurech</b> 1/2 Flasche 80 Pf.
<b>Mesenicher</b> " 80 Pf.	<b>1904<sup>er</sup> Bretzenheimer</b> " 90 Pf.	<b>1905<sup>er</sup> Chât. Blaye Moncouseil</b> " 90 Pf.
<b>1906<sup>er</sup> Bruttiger</b> " 90 Pf.	<b>1904<sup>er</sup> Laubenheimer</b> " 1 Mk.	<b>1905<sup>er</sup> Chât. d'Arche Ludon</b> " 1 Mk.
<b>1905<sup>er</sup> Crettnacher</b> " 1.10	<b>1905<sup>er</sup> Rudesheimer</b> " 1.20	<b>1904<sup>er</sup> Chât. Larrivau Cissac</b> " 1.15
<b>1906<sup>er</sup> Trabener</b> " 1.20	<b>1903<sup>er</sup> Binger Rochusberg</b> " 1.40	<b>1904<sup>er</sup> Elanquefort</b> " 1.20
<b>1905<sup>er</sup> Niederemmler Ginterslay</b> " 1.50	<b>1904<sup>er</sup> Niersteiner Heiligenbaum</b> " 1.70	<b>1900<sup>er</sup> Crû Corneillan</b> " 1.40
<b>1904<sup>er</sup> Enkircher Steffansberg</b> 2 Mk.	<b>1904<sup>er</sup> Rudesheimer Berg</b> " 2.50 <small>(Wachstum: Phil. Neegler)</small>	<b>1905<sup>er</sup> Chât. Brane Cantenac</b> " 1.80 <small>(Grand vin)</small>

**Apfelwein** inkl. Flasche 32 Pf. | **Engl. Porter** inkl. Flasche 38 Pf.



Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Billets zu dem Vortrags-... sind bei den Abteilungs- und Bezirksführern sofort zu entnehmen.

Sonnabend, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Aliem, Hakenheide 13/15: Unterhaltungsabend, bestehend aus Konzert, Gesang, humoristischen Vorträgen, unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Kreuzberger Harmonie“ und des beliebten „Berliner Ill-Trio“.

Niddorf! Aktion! Sonntag, den 8. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Niddorfer Theater, Bergstr. 147, eine Wiederholung des Theaterstücks „Kater Lampe“ von Emil Rosenow statt.

Wilmersdorf. Heute abend von 7 Uhr an findet von den Bezirkslokalen aus eine Handzettelverbreitung statt. Das vollständige Erscheinen der Genossen ist dringend erforderlich.

Treptow-Saumnischenweg. Heute Donnerstag abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal von Rüdiger, Saumnischenstr. 67, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Dr. Bernstein über „Frauenkrankheiten“ sprechen wird.

Berliner Nachrichten.

Die Arbeitslosenversicherung nach dem Center System bildet den Gegenstand der Erörterung in einer öffentlichen Versammlung, welche die Gesellschaft für soziale Reform am Montag abhielt.

Referent war der Abgeordnete der Stadt Straßburg i. E., Regierungsrat Dominicus. — Bekanntlich hat die Stadt Straßburg die Arbeitslosenunterstützung nach dem Center System mit einer wesentlichen Modifikation eingeführt.

Die Stadt Straßburg geht — wie der Referent ausführte — von dem Gedanken aus, daß es eine soziale Pflicht der Gemeinde ist, Arbeitslosigkeit für solche Arbeiter zu schaffen, die arbeiten wollen und doch keine Arbeit finden können.

Es wurde bei dieser Gelegenheit gerügt, daß durch die schlechte Dotierung der einzelnen Ämter, trotzdem noch Arbeit genug vorhanden, schon so zeitig Arbeiterentlassungen stattfinden.

Über die Verteilung der unentgeltlichen Lehrmittel in den Schulen an bedürftige Kinder schienen bei monden Schulkommissionsmitgliedern sonderbare Ansichten vorherrschend.

Die Frau befindet sich zurzeit mit ihren Kindern und ihrem Manne, der schon lange arbeitslos und krank ist, in einer großen Notlage.

Die Kontrolle der Barbierstuben auf Grund der vor kurzem von der Handelskammer erlassenen hygienischen Bestimmungen hat bereits begonnen.

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Regierungsrat Dominicus bemerkte hierzu, ehe er über die tatsächlichen Angaben des Herrn Mahardt nicht auch die andere Seite gehört habe, könne er diese Angaben nicht für erwiesen halten.

Professor Hertner äußerte ebenfalls Bedenken gegen die Beschränkung der Unterstützung auf die Organisierten. — Ein anderer Diskussionsredner, der Zentrumsgewerbetreuer, meinte auch, es müsse für die Ungeleiterten und die Unorganisierten gesorgt werden, obgleich er keinen Grund sehe, weshalb sich irgend ein Arbeiter nicht einer Organisation anschließen sollte.

Der Referent bezeichnete die Unterstützung der ungelerten und unorganisierten Arbeiter als in der Praxis nicht durchführbar und meinte, er würde sich freuen, wenn ihm durch praktische Versuche ein Weg gezeigt würde, auf dem auch die Ungeleiterten und Unorganisierten unterstützt werden können.

Zum Austritt aus der Landeskirche sei darauf aufmerksam gemacht, daß, wer ein volles Jahr Kirchensteuer sparen will, seinen Austritt schleunigst dem zuständigen Amtsgericht anzeigen muß, damit er in die Lage kommt, noch in diesem Jahre auf dem Bericht seine Unterschrift unter das aufzunehmende Protokoll zu leisten.

Auskünfte in Kirchenaustrittsangelegenheiten wie in Kirchensteuerfragen werden an folgenden Stellen erteilt: Berlin O.: Restaurant Brandes, Grüner Weg 2; Konsumverein Markusschloß; Restaurant C. Rott, Strögenstr. 29; Restaurant C. Voigt, Kopenstr. 24; Zigarrengeschäft W. Scholle, Hornbörfer Straße 68. — Rummelsburg: Zigarrengeschäft R. Ried, Kanstr. 22. — Berlin SO.: Restaurant R. Witz, Stalliger Straße 59; Zigarrengeschäft Friz Kruse, Mariannenstr. 11. — Niddorf: „Vorwärts“-Expedition, Redaktionsstr. 2. — Berlin S.: Zigarrengeschäft W. Voerner, Ritterstraße 15; Restaurant Georg Veu, Poebstr. 7. — Berlin W.: Restaurant R. Plaurot, Rurfschloßstr. 137; Theatergarderobe W. Schröder, Paffauer Str. 4. — Berlin NW.: Zigarrengeschäft G. Wenz, Wilhelmshabener Straße 61. — Berlin N.: Restaurant A. Nowakowicz, Danndorfer Straße 5; Zigarrengeschäft D. Vogel, Vorkingstraße 37; Uhrengeschäft W. Glabe, Pauliner Straße 20. Zigarrengeschäft R. Jitema, Seelower Straße 25; Totengräber W. Krause, Pappel-Allee 15/17. — Berlin NO.: Friseur P. Scholle, Landwehrstr. 3; Zigarrengeschäft K. Kraft, Weberstr. 24.

Muhredem: Für auswärts (briefflich, Rückporto beifügen) durch: D. Friederici, Südenbe bei Berlin, Mittelstr. 8. — Ad. Hoffmann, Berlin O., Blumenstr. 14. — Ad. Harndt, Berlin O., Rübendörfer Straße 48.

Am kommenden Sonntag wird Genosse Adolf Hoffmann in der „Neuen Welt“, Hakenheide, über das Thema reden: „Was von der Kirche und der keine Kirchensteuern bezahlenden Geistlichkeit“.

Die Parkdeputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Beratung des Etats und den dazu gestellten Forderungen der Gärtner und Arbeiter um Erhöhung des Lohnes.

Bei den nicht voll Arbeitsfähigen bleibt es beim alten. Es wurde bei dieser Gelegenheit gerügt, daß durch die schlechte Dotierung der einzelnen Ämter, trotzdem noch Arbeit genug vorhanden, schon so zeitig Arbeiterentlassungen stattfinden.

Über die Verteilung der unentgeltlichen Lehrmittel in den Schulen an bedürftige Kinder schienen bei monden Schulkommissionsmitgliedern sonderbare Ansichten vorherrschend.

Die Frau befindet sich zurzeit mit ihren Kindern und ihrem Manne, der schon lange arbeitslos und krank ist, in einer großen Notlage.

Die Kontrolle der Barbierstuben auf Grund der vor kurzem von der Handelskammer erlassenen hygienischen Bestimmungen hat bereits begonnen.

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

gefährliche Seifenpinsel, welcher schon so viele Krankheitsübertragungen verschuldet hat, ist leider noch immer recht vielfach im Gebrauch, da die neuen Bestimmungen seine Verwendung nicht völlig ausschließen. Er darf bekanntlich nur noch im Geschäftverkehr mit feinen Kunden angewendet werden.

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!

Der alte Begräbnisplatz vor dem Potsdamer Bahnhof ist der Kirche längst ein Dorn im Auge. Welches schöne Stück Geld könnte sie aus diesem unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude an der Königsgrüner Straße gelegenen Landstücken, der für den Verkehr von so großer Bedeutung ist, herauschlagen!



schloß man sich, den Ballon zu leeren. Dies geschah ohne irgendwelche Beschädigung des Ballons ober der Gondel.

Eine Gasexplosion erfolgte gestern Abend in der Frankfurterstraße 24. Dort wird zurzeit ein neues Schuhwarengeschäft von dem Schuhmachermeister Hirsch eingerichtet. Gestern Abend wollte man ein Bruder des Hirsch die Schaulenfensterbeleuchtung in Ordnung bringen. Als sich bei dieser Arbeit ein starker Gasgeruch im Laden bemerkbar machte, zündete Hirsch ein Streichholz an, um die Gasleitung im Schaulenfenster abzuleuchten. Kaum hatte er eine Zettelleiter mit dem brennenden Streichholz betreten, als eine starke Explosion erfolgte. Der Mann wurde durch den Luftdruck von der Leiter herabgeschleudert und erlitt durch Stachlammen auch Brandwunden im Gesicht und an den Händen. Die große Schaulenfensterfläche flog flitzend auf den Strahndamm, ebenso eine zweite aus dem Nebenhaus. Auch mehrere Wohnungsfenster wurden zertrümmert. Die alarmierte Feuerwehr konnte sich auf die Aufräumungsarbeiten beschränken, da Feuer weiter nicht entstanden war.

Feuerwehrrückkehr. Die Berliner Feuerwehr hatte in der letzten Nacht in der Friedrichstraße 18 zu tun, wo in einer Küche nachts um 4 Uhr Feuer ausgebrochen war und Regale, Kohlenkasten usw. ergriffen hatte. Um ein Verkehrsbehindern zu vermeiden, wurde die Feuerwehr nach dem Kurfürstendamm 8 gerufen. An der Ecke der Memeler- und Königsbergerstraße war ein Kind von der elektrischen Straßenbahn überfahren worden. Das verletzte Kind wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht und dort verbunden. Ferner hatte die Feuerwehr in der Camphausenstraße 32 und Admiralsstraße 29 zu tun. Die Schöneberger Feuerwehr hatte gestern früh von 4 bis 7 Uhr im Stadtpark zu tun, wo auf dem Gelände an der Mühlenstraße ein großer Schuppen in Flammen stand. Um diese zu löschen, mußte die Wehr kräftig Wasser geben.

Mitglieder des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Sitz Wien, laden zu einer Vespere zum Sonnabend, den 7. d. Mts., abends 8 Uhr, nach Neue Königsstraße 2, Eingang Badzeilstraße, alle Freunde der Touristik ein zweites Schaffung einer Ortsgruppe Berlin. Der Zweck des Vereins ist: a) die Kenntnis von Naturschönheiten zu vermitteln und seinen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, solche kennen zu lernen; b) die Liebe zur Natur zu erwecken; c) die Verbreitung der Kenntnis des Volkslebens und der Volkssitten. Der Verein zählt circa 10000 Mitglieder, welche sich auf Oesterreich, die Schweiz und Deutschland verteilen. Die Tendenz des Vereins ist proletarischen Charakters und werden daher alle Genossen und Genossinnen, welche gewillt sind, ihre freie Zeit nicht vorwiegend in städtischen Räumen zu verbringen, um ihr Erscheinen ersucht.

## Vorort-Nachrichten.

### Sichtenberg.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung war außerordentlich geeignet den Nachweis für die positive Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Gemeinden zu erbringen. Ein am 12. März er. seitens unserer Genossen gestellter Antrag auf Beweistung von bedürftigen Schülern war endlich, Dank der Tätigkeit unserer Vertreter in der Kommission, soweit gebieter, daß der Magistrat beantragte, dem Verein Frauenhilfe 750 M. zu überwiesen, 450 M. soll der Verein aus seinen Mitteln geben. Hierbei sollte denjenigen Kindern, welche ohne Frühstück zur Schule kommen, je ein Glas Milch und eine Schrippe im Betrage von 7 Pf. pro Portion in der Zeit vom 1. November 1908 bis 31. März 1909 geliefert werden. Damit nicht Unbekanntes in den Besitz dieser Wohltat gelangen, soll die Bedürftigkeit von Monat zu Monat durch die Organe der Schule nachgeprüft werden. Doch dieses Wenige war unseren bürgerlichen Sozialpolitikern schon zu viel und flugs beantragte Stadtverordneter Rechtsanwält Schachtel Ablehnung, weil derartige Ausgaben über den Rahmen der Armenunterstützung zu leisten nicht Sache der Gemeinden sei. Auf die Entgegnungen unserer Genossen hatte dieser Herr den Mut, zu betonen: „Es sei fürchtbar leicht, aus anderer Leute Taschen Wohlthätigkeit zu üben, er möchte einmal sehen, wie die Sozialdemokraten stimmen würden, wenn ihre Wähler das Geld für derartige Ausgaben bezahlen müßten.“ Genosse Däwele leuchtete diesem Herrn gehörig heim und zeigte, wer sich am meisten aus anderer Leute Taschen Ausgaben bewilligen läßt. Stadtverordneter Apotheker Hagenbeck glaubte, daß ein Appell an die Sichtenbürger Bürger soviel Mittel flüssig machen würde, so daß es nicht notwendig sei, Gemeindegeld für diesen Zweck zu verwenden. Er ersuchte um Ablehnung der Anträge, da es Pflicht der Familie sei, für ihre Kinder selbst zu sorgen. Nachdem Stadtverordneter Rott gemeinschaftlich mit Herrn Rechtsanwält Schachtel vergeblich versucht hatte, die ganze Angelegenheit durch Rückverweisung an die Kommission zu verschleppen, wurden die Anträge unserer Genossen auf Einstellung von 2000 M. für diesen Zweck abgelehnt und die Stimmen der Herren Hagenbeck, Dr. Wolff, Schachtel, Lehne, Sommerhorn, Hübner, Rott angenommen.

Durch die Galschichtigkeit der Herren Schachtel und Wolff, von dem ihnen gebührenden Terrain an der Schule in der Friedrichstraße den Streifen Straßenland abzutreten, haben sich für die Kinder ganz unhaltbare Zustände entwickelt. Den Herren wurde von ihren Freunden die Genugtuung verschafft, die Straße nun auf Kosten der Gemeinde gepflastert zu bekommen. Unsere Vertreter stimmten gegen diese Bewilligung aus den Taschen anderer.

Einen Antrag unserer Genossen, den Magistrat zu ersuchen, gemeinsam mit der Stadt Berlin die Arbeitslosenanzahl vorzunehmen und die erforderlichen Mittel dem Ausgleichsfonds zu entnehmen, begründete Genosse Brühl. Der zweite Teil des Antrages lautet: „Der Magistrat möge mit den Stadtverordneten in gemeinsamer Kommission verhandeln über die Vereinstellung von Mitteln für die Familien ortsansässiger Arbeitslosen.“ Rechtsanwält Schachtel ersuchte, den zweiten Teil unserer Anträge abzulehnen, aber bei den Arbeitgebern am Orte eine Umfrage zu veranstalten, ob Arbeitsgelegenheit vorhanden sei und ob sofort Arbeitskräfte zu haben seien. Nachdem Herr Dr. Vulowger und Gen. Däweil für Annahme beider Teile plädiert hatten, wurde der erste Teil angenommen, dagegen der zweite Teil abgelehnt.

Den Schluß bildete eine Interpellation unserer Genossen bezüglich Köweber der drohenden Steuer auf Gas und Elektrizität, die vom Bürgermeister Hiesien dahin beantwortet wurde, daß der Magistrat, so lange ihm noch kein authentisches Material über die Steuer vorliegt, mehr zu unternehmen gedenkt. Die Herren Bürgerlichen schwiegen.

### Wilmersdorf.

Stadtverordnetenwahlen. Der Termin für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ist bekanntlich für die dritte Abteilung auf den 19. November festgesetzt. Die Genossen haben daher nicht mehr allzu lange Zeit, um eine umfassende Agitation hierfür vorzubereiten.

Am Freitag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Prachtzalen des Westens, Spichernstraße 3, eine vom sozialdemokratischen Wahlkomitee einberufene Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Genosse Wollenbuhr über: „Die Forderungen der Sozialdemokratie in der Kommune“ sprechen wird. Es ist Pflicht aller Genossen, für diese Versammlung lebhaft zu agitieren.

### Rigdorf.

Die Wahlen der Delegierten zur hiesigen Ortskrankenkasse gingen am 1. bezw. 2. November unter zahlreicher Beteiligung als vor zwei Jahren vor sich. Erzielte die Arbeitnehmerliste der Gewerkschaftskommission 1900 nicht ganz 400 Stimmen, so wurden diesmal 800 Stimmen abgegeben. Die Liste der Arbeitgeber erhielt 150 Stimmen gegen 120 vor zwei Jahren. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt, so daß das zahlreich aufgetriebene Schleppmaterial bei den Arbeitgebern nicht in Aktion zutreten brauchte.

Einen entsetzlichen Tod hat der 33jährige Händler Hermann Esler aus Rigdorf gefunden. In der Nähe des Wohnhofs Hermannstraße warf er sich vor einem herannahenden Ringbahnzug auf die Gleise, wodurch ihm Arme und Beine fast vollständig vom Rumpf getrennt wurden. Ein Streckenwärter fand später die Körperteile des Selbstmörders. Er war auf der Stelle getötet worden.

### Groß-Lichterfelde.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde nach Einführung und Verpflichtung der neu gewählten Gemeindevorordneten über das Projekt: den Bau eines Nealgymnasiums beraten. Die Errichtung dieser neuen Schule für die Sprösslinge der besitzenden Klassen ist von außerordentlicher finanzieller Tragweite für unseren Ort, denn die Baukosten sind mit 770 000 M. veranschlagt und bei den in der Regel sich ergebenden Ueberschreitungen des Voranschlags werden wir von einer Million nicht allzuweit entfernt bleiben.

Während man auf der einen Seite die verhältnismäßig geringen Kosten des Anschlusses der Gemeindegasse in der Kastanienstraße an die Kanalisation scheut, also nicht einmal die dringendsten ortspolizeilich vorgeschriebenen sanitären Einrichtungen in den Volksschulen trifft, wird auf der anderen Seite trotz der schlechten Finanzlage des Ortes ein kostspieliger „Schulpalast“ — wie ein bürgerlicher Gemeindevorsetzer sich ausdrückte — erbaut. Gemeindevorsetzer Meyer sprach seine schweren Bedenken über diese Vorlage aus. Die Finanzkommission habe sich nicht genügend mit dem Projekt des Schulbaues befaßt. Es handle sich hier nicht mehr um ein Schulhaus sondern um einen Schulpalast. In bezug auf Architektur und Ausstattung hätte man — ohne auf die modernsten schuletechnischen Einrichtungen zu verzichten — mit wesentlich geringeren Summen auskommen können. Die Vorlage beruhe den Keim zu einer neuen Anleihe in sich. Er beantrage daher Rückverweisung derselben in die Finanzkommission. Gemeindevorsetzer Schulz und eine Anzahl Gemeindevorsetzer erklärten sich jedoch gegen diesen Antrag und hielten die Ausführung des Baues für absolut notwendig. Die Vorlage wurde alsdann gegen eine Stimme genehmigt. Von einigem Interesse war nur noch die Rechnungslegung über den diesjährigen Betrieb der Gemeinde-Bade- und Schwimmbad. Danach betragen die Einnahmen 12 424 M., die Ausgaben 4513 M. Der Ueberschuß von 7909 M. entspricht einer 3/4-prozentigen Verzinsung des Anlagekapitals.

### Rummelsburg.

In einem Eispuß hat der 65 Jahre alte Rentempfänger August Müller aus der Hauptstraße den Tod gesucht. Lebensüberdruß, hervorgerufen durch Not und Entbehrungen haben R. zu seinem Vorgehen veranlaßt. Er ertränkte sich in dem Baetschen Fluß an der Berlin-Rummelsburger Grenze. Vorgestern wurde die Leiche des Lebensmüden gefunden und nach dem Schauhaufe geschafft.

## Gerichts-Zeitung.

Religion gut — Rechnen schlecht.

Wegen Anreizung der polnischen Bevölkerungsklasse zu Gewalttätigkeiten in drei Fällen ist am 30. Juni vom Landgerichte Posen die Rechtsanwältin eines polnischen Klattes, Emilie v. Karwowitz, zu Geldstrafen von zusammen 180 M. verurteilt worden. Im ersten Falle handelte es sich um ein Gedicht über eine Schlacht, im zweiten um einen Artikel „Ehret das Andenken der Väter“. — Auf die Revision der Angeklagten stellte am Dienstag das Reichsgericht das Urteil dahin richtig, daß die Gesamtstrafe 170, nicht 180 M. beträgt. Im übrigen wurde die Revision leider verworfen.

Der Agent für Arbeitswille abermals unter der Anklage des Betruges.

In einer Anklage wegen Betruges, die sich gegen den früheren Bauunternehmer Otto Wendt richtete, stand gestern vor der 1. Strafkammer Verhandlungstermin an. Der Angeklagte war 5 Jahre selbständiger Bauunternehmer und nannte sich Maurermeister. Er hatte dann in der Emdener Straße ein „Bureau zur Beschaffung von Arbeitswilligen aller Gewerkschaften Deutschlands“ eingerichtet. Der Zweck dieses Bureaus war, im Falle eines Streiks den Unternehmern Arbeitswille, insbesondere Bauarbeiter nachzuweisen und zuzuführen. Seine unsaubere Tätigkeit als Menschenhändler ist durch uns bekannt geworden. Am 8. Juni wurde er verhaftet. Es hatte sich herausgestellt, daß er sich in 15 Fällen der Kontostandwechsellerei schuldig gemacht hatte, indem er jungen Leuten, die er als „Arbeitertransporteur“, „Buchhalter“, „Führer“ usw. engagiert, Kontogeld von je 600 M. abgenommen und diese für sein Geschäft verbraucht hatte. Er ist dafür am 23. September von der Strafkammer zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft verurteilt worden. Weidert sollte noch über einen Fall dieser Art verhandelt werden. Rechtsanwält Bahn beantragte aber die Vertagung, um die Erledigung der ersten Sache vor dem Reichsgericht abzuwarten und zu prüfen, ob der jetzt zur Anklage stehende Fall nicht durch das erste Urteil, welches eine fortgesetzte Handlung annahm, konsumiert ist. — Das Gericht beschloß in diesem Sinne die Vertagung.

### Unzüchtig?

Eine Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Abbildungen, die gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde, richtete sich gegen den Postkassendirektor Paul Finl und den Kaufmann Oskar Eiermann. Letzterer ist Mitinhaber der „Neuheiten-Vertriebs-Gesellschaft Novitas“, die außer in Berlin auch in Paris und Wien Geschäfte betreibt. Die Gesellschaft hatte eine Kollektion künstlerischer Postkarten unter dem Titel „A la Toilette“, 10 Cartes des Parisiennes, von Raph. Kirchner, Paris, in den Handel gebracht und der erste Angeklagte hatte sie feilgeboten. Die sehr fein gezeichneten Bilder wurden von dem Staatsanwalt als unzüchtig angesehen, da sie eine junge Dame in den verschiedenen Stadien ihrer Morgentoilette darstellten. Der Staatsanwalt beantragte gegen beide Angeklagte keine Geldstrafen. Der Verteidiger bestritt, daß die nach guten künstlerischen Originalen hergestellten Karten etwas Unstüliches darstellten. Er berief sich in dieser Beziehung auf den von ihm als Sachverständigen geladenen Prof. Hans Fischer, Mitglied des Vereins Berliner Künstler und Mitalied der Jury dieses Vereins. Auf Grund des von diesem abgegebenen Gutachtens erfolgte die Freisprechung der Angeklagten.

### Was alles Margarine ist!

Am 11. April ist der Fabrikdirektor Wilhelm Gleich wegen Vergehens gegen das Margarinegesetz verurteilt worden. Er läßt die Kolobuttermilch Quisiana herstellen, der nicht Sesamol zugesetzt und die nicht als Margarine bezeichnet wird. Er behauptet, sein Produkt sei keine Margarine, sondern Kolobuttermilch. Sie ist aber, so sagt das Urteil, der Milchbutter ähnlich und kann mit ihr verwechselt werden. Sie hat dieselbe Konsistenz wie Butter, läßt sich streichen wie Butter, schäumt und bräunt beim Braten, schmeckt roh und verwendet wie Butter und sieht aus wie Butter. Die butterähnliche Farbe genügt bereits zur Anwendung des Margarinegesetzes. Quisiana ist anfangs weißlich, später oft gelblich, aber immer butterähnlich. Sie war zum Verkauf bestimmt, hätte daher mit Sesamol versetzt und als Margarine bezeichnet werden müssen. Chef der Fabrik ist Derjog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, der sich aber um den Betrieb nicht kümmert. Der Angeklagte hat allein die Verantwortung. Erlannt ist auf eine Geldstrafe. — Das Reichsgericht verworfen am Dienstag die Revision, da die Buttermerkmale richtig gewählt seien. Wenn Schweine-schmalz oder Pflanzenfett butterähnlich zubereitet werde, so seien beide Margarine.

### Milbe Strafe gegen „Gebildete“.

Aus Halle a. S. berichtet man aus unterm 3. November: Bekanntlich darf man nicht sagen, es gibt eine Klassenjustiz. Tatsache ist aber, daß in der letzten Zeit mehrere recht erhebliche Ausschreitungen, die von Studierenden begangen worden sind, stets mit Geldstrafen geahndet wurden. Heute stand der stud. med. Georg Scholz vor hier, der u. a. wegen Hausfriedensbruchs schon vorbestraft ist, wegen Verübung groben Unfugs, Verleumdung und Widerstandes vor dem Schöffengericht unter Anklage. Der Studious war in der Nacht aus einem Café gekommen, hatte mit seinem Stuhl gegen die Fensterläden geschlagen und dann einen Wädemeister sämtliche Wädemäße, die in einem Fensterbrett standen, mit dem Stuhl in den Teig geschoben. Als der Wädem. ihn zur Rede stellte, sagte der Student, er solle machen, daß er mit seinem „dicken Wank“ wegkomme. Den darauf einschreitenden Polizisten ohre-feigte er links und rechts. Auf der Wache schlug er mit seinem Stuhl auf den Tisch und verhielt dem Wädem. einen Treitt gegen den Unterleib, daß der Betroffene gegen eine Wand flog. Dann stieß er den Wädem. gegen die Brust, biß ihm in die Finger und nannte ihn permanent „dummes Kack“. Der geschundene Beamte verspürte acht Tage Schmerzen. In der Wache trat der brutale Mensch solange gegen die Tür, bis er gefesselt wurde. Er verteidigte sich u. a. dahingehend, die Verleumdung: „dummes Kack“ sei für einen Wädem. keine Verleumdung. Staatsanwalt und Gericht waren sich darin einig, daß eine schwere Ausschreitung vorliege, die eines Gebildeten unwürdig sei. Das Urteil lautete: auf — 90 M. Geldstrafe.

## Vermischtes.

### Neue Erdbeben in Deutschland.

Außer im Vogtlande haben auch in anderen Teilen Deutschlands Erdbeben stattgefunden. Wie eine Meldung aus Plauen im Vogtlande besagt, haben die Erdbeben dort erneut mit aller Kraft eingeleitet und übertrafen die früheren an Stärke. In Drambach wurden seit vorgestern mittag über hundert Erdstöße, darunter solche von außerordentlicher Heftigkeit, gezählt. Die Nacht hindurch hielten die Erdrerschütterungen fast ununterbrochen an. Sechs starke Erdstöße schiedten gestern früh zwischen 3 und 4 Uhr die Bewohner aus dem Schlafe. Aus Unterfachsenburg wird berichtet, daß die Einwohner sich zum Teil bis spät in der Nacht auf der Straße aufgehalten habe. In Zwota haben eine Anzahl von Häusern und Dächern Risse bekommen.

Nach einer Meldung aus Erfurt wurde gestern nachmittag um 2 1/2 Uhr im südlichen Teile der Stadt eine leichte Erdrerschütterung verspürt. Ebenso werden aus Apolda eine Erdrerschütterung, die sich um dieselbe Zeit ereignete, und aus Greiz verschiedene Erdrerschütterungen gemeldet, die vorgestern Abend, in der vergangenen Nacht und gestern mittag stattfanden. Die Erdrerschütterungen in Greiz waren zum Teil stark und mit einem unterirdischen rollenden Geräusch verbunden.

Ein Telegramm hierüber besagt: Greiz, 4. November. Hier und in der Umgebung wurden wieder starke Erdstöße, die stärksten seit Jahren, verspürt. Die Wohnerschaft wurde durch unterirdisches Rollen und Fensterklirren erschreckt und flüchtete auf die Straße.

Regensburg, 4. November. Wie dem „Regensburger Anzeiger“ aus verschiedenen Orten des Regensberger Gebirges gemeldet wird, fand gestern nachmittag dort ein starkes Erdbeben statt, so in den Gegenden von Waldsassen, Bunsfel, Seib und Marktfeuthen. An legten Orte war das unterirdische Rollen so stark, daß die Fenster klirrten und die Lampen in den Wohnhäusern in Schwingungen gerieten.

Karlsbad, 4. November. Heute früh 4 1/2 Uhr wurden hier neuerdings Erdstöße beobachtet.

Eine Zuckerraffinerie niedergebrannt. Nach einem Telegramm aus Kiev ist die Sobolewische Zuckerraffinerie in Gajsta (Gouvernement Bobolien), die jährlich gegen eine Million Pud Zucker erzeugt, bis auf den Grund niedergebrannt. Der Schaden erreicht eine Million Rubel.

Lebe- und Diätetikerklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute abend 9 Uhr bei Eichhorn, Danziger Str. 31.

Verband der Arbeitergehilfen Deutschlands. Heute abend 1/2 10 Uhr: Rosenfelder Straße 67.

Deutscher Arbeiter-Abkündigten-Bund. Ortsgruppe Berlin: Freitag abend 8 1/2 Uhr: Beschlüsse Versammlung im „Englischen Hof“, Neue Köstr. 8.

## Singegangene Druckschriften.

„Gewerbe- und Kaufmannsgericht“, Monatschrift des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Herausgeber: Dr. J. Jaström, u. Schulz, Dr. Fleck. Verlag von Georg Meiner in Berlin.

Von der „Arbeiterjugend“ ist heute die Novembernummer erschienen. Aus dem Inhalt hebt wir hervor: Kämpfe zurückigen Arbeit — Die Einrichtung der Gesellschaft von Dr. A. B. VII. Der Kapitalismus als Fortschrittler. — Freiheit Gedicht von Auguste Stoppach. — Unsere Gegner. Wille, Herr Staatsanwalt! Umhülle Kopfstrahlen. Geöffnete Geschäftskonten. Sammel nicht Schade an Arbeit! Die Dummheit — eine Kraft. Preussische Landräte als Abonnementverwalter. — Aus unserer Bewegung. Die weibliche Jugend und ihre Organisation. Qualitäten. Berichte. — Jugendchau. Die internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterjugend. Sind Verhältnisse krankheitsverursachend? — Schulwesen. Fortbildungsschulen für die weibliche Jugend. Die gefährdete rote Farbe. — Rundschau. Grundbesitz Jugendkassenkommission! Ein Cyclus des Kapitals. — Gesundheitspflege. Der moderne Fabrikbetrieb und die Gesundheit der Arbeiter. Glosse. — Revue. — Literatur.

Preis der Nummer 10 Pf. in Partien billiger. Verlag „Arbeit und Jugend“, Berlin O. 2, Stralower Straße 13/14.

J. Umfabrer, Bericht der Richtigkeit des großen Hermaischen Cases. Verlag von D. H. Scholl, München. Preis 40 Pf.

Selbstverlebung von Prof. Dr. P. Dubois. Groß 3 M., geb. 4 M. Verlag von A. Franke in Bern.

Rechtsverfolgung im Auslande. Von Dr. B. Borgius. Heft 4 der handelspolitischen Hefen. Verlag Siebeck u. Thießen, Berlin O.

The Evolution of Modern Germany by W. Harrbut Dawson. 2 Bde. London, T. Fischer Unwin.

Der Ausgänger der Moderne. Von S. Lubinski. 21 S. Verlag: C. Reimer in Dresden.

Helikon. Monat. Monat. Organ. 1. Heft. Redakteur Prof. Dr. S. Maronitz. Verlag: G. Kreyling in Leipzig.

Und aller Trübe. Novellen und Erzählungen von Timm Kröger. 291 S. Verlag: H. Junfermann in Hamburg.

Die türkische Revolution und ihre Aussichten. Von Dr. Vladim Georgewitsch. Ged. 1.40 M. Verlag: S. Ditzel in Leipzig.

Protokoll des 7. Bundeskongresses des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Sollbarität“. 1 M., Mitglieder 60 Pf. Selbstverlag.

Die Musikmappe. Heft 1. 60 Pf. Verlag: B. Bode u. Co., Berlin.

Der Größtaltender für das Jahr 1909. 60 Centimes. Verlag: Größtaltender in Zürich.

Seemannskalender 1909. Herausgeber: Zentralverband der seemannlichen Arbeiter. 60 Pf. Verlag: „Der Seemann“, Hamburg. 1 M.

Reiseführer für Sozialisten. Heft 10. Herausgeber von Dr. J. Wolf. 12 Hefte im Band. Vierteljahr 5 M. Verlag: A. Deichert in Leipzig.

Waldentwürme. Von S. Volk. 230 M., gebunden 3,50 M. Leipzig. Verlag von Walter Fiedler.

Goethe-Kalender auf das Jahr 1909. Herausgegeben von D. J. Weymann. Leipzig. Verlagsbuchhandlung, Th. Neuberger. Gebunden 1,80 M., Liebhaber Ausgabe gebunden 2 M.

Wärz. Halbmonatsschrift. Herausgeber: L. Thoma, G. Heise, H. Langen, R. Kraus. Zweites Heft. Preis 1,20. Verlag von Walter Langen in München.

Kunstgrund und Kunstwissenschaft. Von E. Weißbach. Sonderabdruck aus den „Preussischen Jahrbüchern“ von S. Feilbrun. Verlag: G. Giese, Berlin.



Die Abstammung des Menschen. Von G. Darwin. 1 B. — Kritik der reinen Vernunft. Von Kant. 1 B. — Verlag: H. Kröner in Leipzig.

Saat und Ernte. Heft 2. — Agricola: Landwirtschaftliche Vorträge für Soldaten. 60 Bl. Verlag in Leipzig. Vom Krieg zum Frieden. Herausgegeben von Dr. A. Guenther. 20 Lieferungen a 1 M. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschaftsfrage Ander Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen. ...

Die betreffende Klinik befindet sich Friedrichstr. 131a. ...

gläubigen Auftrag auf Übernahme des Aufgebots von Ihnen verlangen. — N. R. 88. 1. Da 2 und 3. Rein. Die juristische Erbschaftsfrage ...

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Station, Wasserstand, am, fell. Lists stations like Remel, Tilsit, Regal, etc.

Künstlicher Marktbericht der holländischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. ...

Witterungsüberblick vom 4. November 1908, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Station, Baromet. Stand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C, etc.

Wetterprognose für Donnerstag, den 5. November 1908. Ein wenig wärmer, vorwiegend trübe, bei ziemlich frischen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises. Todes-Anzeige. Gustav Rosenthal.

Richard Hellbach. Im 61. Lebensjahre plötzlich am Herzschlag. Sein erst folgendes Weib sowie seine zwanzigjährige Tätigkeit als Vertrauensmann.

Ernst Golisch. Sage ich allen, insbesondere dem Gesangsverein der Bürger und den Genossen vom Wahlverein des 4. Kreises, meinen herzlichsten Dank.

Santa Lucia Kraft-Rotwein. In Apotheken, Drogen- u. Delikatessen-Geschäften, steht unter ständiger Kontrolle d. chem. Laborator. Dr. C. Bischoff.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Gustav Rosenthal. Am 8. November verstorben.

Auguste Steinicke geb. Brendel. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau.

Frida Wenzel. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mutter und Frau.

Billigste Bezugsquelle für Drogen, Farben, Parfümerien. Irrigatoren, kompl. von 1 M. an, Clysos von 2 M. an.

Bekanntmachung der Orts-Krankenkasse für Friedenau. Infolge des Ablaufs der Wahlperiode findet am 13. November d. J. die Neuwahl sämtlicher Vertreter.

Gesangverein 'Rote Nelke II'. Gustav Rosenthal. Am 3. d. M. verstorben.

Zentralkrankenkasse der Maurer 'Grundstein zur Einigkeit'. Mitglieder-Verammlung. Sonntag, den 8. November, vormittags 10 Uhr.

Heute früh 8 Uhr! Auch mache ich auf meine grosse Abteilung neuer Garderoben aufmerksam. J. Wand, Grosse Frankfurterstr. 116.

Der Vorstand. S. Heider, Vorsitzender, R. Gildendraub, Schriftführer.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Anton Röhr. Am 3. d. M. verstorben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin. Sonntag, den 8. November: Urabstimmung über den Antrag, die zukünftigen Generalversammlungen aus Delegierten zusammenzusetzen.

Hygienische Konfektion. Uebergangs-Paletots, Capes - Kostüm, Mädchen-Paletots, Abend-Mäntel, Kostümröcke, Pelz-Stolas.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.

Berta Brandenburg geb. Schöber. Dies zeigt tiefbetrübt an Otto Brandenburg, Urbanstr. 102.

Orts-Krankenkasse der Bureauangestellten zu Berlin. Die Wahlen der Delegierten für die Jahre 1909/1910 finden an den nachstehend bezeichneten Orten und Tagen statt.

Sie sparen 2/3 Ihrer Kohlerechnung mit Prof. Detsiny's Radial-Asbest-Gasolen-Fabrik.

Möbel-Dessin C. Rosenthaler Straße 39. Stadtbahnhof Börsen Vorwärtsstr. 60.

Ernestine König geb. Neuber. Am 2. November, nachmittags 8 Uhr, starb plötzlich am Herzschlag meine geliebte Frau.

Die Wahlen der Delegierten für die Jahre 1909/1910 finden an den nachstehend bezeichneten Orten und Tagen statt.

Robert Baumgarten Hausvogtei-Platz 11, schrägüber Untergrund-Bahnhof. Gegen dies 50% Rabatt-Vermerk.

Elysium Landsberger Allee 40/41. Jeden Donnerstag: Kinematograph Konzert, Ball.







Aus der Frauenbewegung.

Gefahren des Feminismus.

Es ist nur ganz natürlich, daß ein auf einem so verkehrten politischen Standpunkt stehendes Blatt wie die „Post“ auch für die moderne Frauenbewegung weder Sympathie, noch irgend welches Verständnis hat...

Die „Post“ fürchtet — und mit Recht — daß die Frauen, wenn sie erst einmal das Stimmrecht erlangt haben, auch nach Sitz und Stimme im Parlament streben werden. Damit würde aber ein feminines Element in die Staatsleitung hineingetragen...

Von alledem ist ungefähr das Gegenteil richtig. Selbstverleugnung, Opferfreudigkeit und Geduld gehören von jeher zu den hervorragendsten Eigenschaften der Frauen. Angenommen aber, die vorerwähnten Vorurteile träfen wirklich auf einen erheblichen Teil der Frauenwelt zu...

hat sie bewiesen, daß alle von reaktionärer Seite geäußerten Zweifel an ihren politischen Fähigkeiten törichtes Geschwätz sind.

Wer freilich zu den Satten und Zufriedenen zählt, muß in jedem Versuch, eine Aenderung der bestehenden Zustände herbeizuführen — und sei es selbst das durchaus nicht revolutionäre Streben der englischen Stimmrechtskämpferinnen — nicht nur eine Gefahr für den ruhig befennenen Gang der Staatsmaschine sehen, sondern auch einen brutalen Angriff auf die Harmonie des Daseins.

Diese Harmonie des Daseins, die heute nur für die Herrschenden existiert, für alles was Weichenamkeit trägt, eringen zu helfen, wird trotz aller reaktionären Unkenntnis Aufgabe der Frauen sein, die der proletarische Befreiungskampf für ihre großen politischen Aufgaben in der Zukunft schuldet.

Oesterreichische Genossinnen in der Agitation.

Bei der Agitation für die am 26. Oktober stattgefundenen Landtagswahlen in Niederösterreich haben auch die Genossinnen mit gewohntem Eifer mitgeholfen. Achtundzwanzig Frauenversammlungen wurden allein in Wien abgehalten, dazu kommen noch eine ganze Anzahl in der Provinz. Die Frauen sind „natürlich“ reaktiv, sie können weder zum Landtag wählen, noch weit weniger können sie — wieder „selbstverständlich“ — gewählt werden.

ist, das haben diese Wahlen wieder unwiderleglich bewiesen. Der Wahlrechtstraub in Niederösterreich wurde dieses Mal von den Christlichsozialen „großbetriebmäßig“ ausgeübt, wie ein Genosse sich ausdrückte. Jede Unterstützung, die sich Frauen in den letzten zwei Jahren von der Gemeinde geben ließen und von der in vielen Fällen die Männer gar nichts wußten, wurde vom christlichsozialen Armendepartement in Evidenz gehalten und den christlichsozialen Leitern des Wahllokals zur Verfügung gestellt.

So werden diese Landtagswahlen, die unter so erschwerten Verhältnissen, trotz eines raffiniert eingerichteten Raub- und Fälschungssystems, der Sozialdemokratie sechs Abgeordnete gebracht haben, auch dazu dienen, daß der politischen Aufklärung der Frauen in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit wird zugewendet werden.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Rigbork. Freitag, den 6. November, 8 1/2 Uhr, im Lokale von Zbiel, Bergstr. 151/152: Öffentliche Versammlung. Vortrag: „Die wirtschaftliche Krise.“ Genosse Störmer.

Leseabende.

6. Wahlkreis, 11. Abteilung. Jeden dritten Freitag im Monat; der nächste am 20. November. 3. Wahlkreis. Donnerstag im Gewerkschaftshaus, linker Seitentür 3 Treppen.

HERMANN TIETZ

Leipzigerstrasse

Alexanderplatz

Frankfurter Allee 109/111

Wohlfeile Woche

Glaswaren, Pressglas-Service Brillant

Beste Musterschliff-Imitation Amerikanische Art

Table with 3 columns: Schalen rund, Schalen viereckig, Baccaratschliff-Imitation Kompotteller, Salatieren rund, tief, Kuchenteller rund, Kompotteller, Zuckerschalen.

Table with 2 columns: Baccaratschliff-Imitation Kompotteller 8 Pt., Ein grosser Posten Waschgarnituren grosse, moderne Form, m. Filetdekor., 5teilig 2.95

Hausschuhe

Table with 4 columns: Oberfilzschuhe mit Filzsohle, Leder-Hausschuhe mit Absatzfleck, Filzschallentstiefel mit Filz- u. Ledersohle, Kamelhaarschuhe la Qualität, Kamelhaarschnal'en-Stiefel, auch mit Umschlag.

Schallplatten doppelseitig bespielt, neue Aufnahmen früherer Wert bis 2.00 95 Pt.

Hartgusswalzen grosses Programm, gute Qualität . . . 6 Stück früherer Wert 8 Stück 6.00 95 Pf.

Ein grosser Posten Krawatten offene Binder, nur moderne Dessins

SERIE I früherer Wert bis 1.90 45 Pt. SERIE II früherer Wert bis 3.50 90 Pt.

Der beste Beweis

für die Güte von Kathreiners Malzkaffee sind die vielen Nachahmungen.



Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, 5. November, Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Der fliegende Holländer.

Königl. Schauspielhaus. König Heinrich V.

Deutsches. König Lear.

Kammerspiele. Frühlingströden.

Anfang 8 Uhr.

Neues Königl. Opernhaus. Der Amerikaner.

Neues Schauspielhaus. Julius Caesar.

Deutsches. Der ideale Bauer.

Reichens. Kummere dich um Amelie.

Hebbel. Der Liebhaber.

Schiller. Der Bauer.

Die Operntheater.

Das Opernhaus.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

Die Operntheater.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr.

Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

Hörsaal 8 Uhr.

Prof. Dr. B. Donath: Die Gleichstrom-Dynamomaschine.

### Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.

Abends 8 Uhr.

"Kummere dich um Amelie."

Schwanz in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.

Morgen u. johl. Tage: Kummere dich um Amelie.

Sonntag, den 8. November, nachmittags 3 Uhr: Ferreol.

### Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr.

Eine tolle Nacht.

Freitag, Premiere: Die Ehre.

Sonntag 4 Uhr: Kissenbuddel.

Abends: Freiheit.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ausgewiesen.

Abends: Eine tolle Nacht.

Montag: Eine tolle Nacht.

### Bernhard Rose Theater.

Dr. Franzfurter Str. 133.

Abends 8 1/2 Uhr.

Die Jungfrau von Orleans.

Freitag: Philippine Beller.

### Bürgerliches Schauspielhaus.

Kastanien-Allee 7-9.

Maria Stuart.

Freitag, den 5. November: Don Carlos.

Abends: Die Jungfrau von Orleans.

Freitag: Philippine Beller.

### Rixdorfer Theater.

Bergstraße 147.

Sonntag, den 8. November 1908:

2. Gastspiel des Neuen Operetten-Ensembles unter Leitung von Arthur Solow:

Die Dollarprinzessin.

Montag, 9. November: 3. Volksvorstellung zu halben Preisen: Nora.

### Metropol-Theater.

Täglich 8 Uhr.

Donnerwetter - tadellos!

Revue in 10 Bildern v. Jnl. Freund.

Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

### Wintergarten.

November - Attraktionen.

Die Angeln lebende Bilder.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

Die Kynon, Reiterkunst.

### Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Das Opferlamme.

Schwanz in 3 Aufzügen von Oskar Wallner und Leo Stein.

Freitag, abends 8 Uhr:

Die Zwillingsschwester.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Der schwarze Kavaller.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Der Familientag.

Lustspiel in 3 Akten v. Gustav Kadelburg.

Freitag, abends 8 Uhr:

Der Graf von Charolais.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Der Familientag.

### Zirkus Schumann.

Heute Donnerstag, 5. November, abends präzis 7 1/2 Uhr:

Elite-Abend - Gala-Programm!

U. a.: Zum erstenmal in Europa!

Mons. Menoret. Direkt aus Amerika! Mons. Macarés Baboucs.

U. a.: Noch nie dagewesen!

Affen als Kunstradfahrer, Chauffeurs, Jongleure und Schellenspieler.

Absolute Novität! Panamahüte- und Keulenjongleure. The Mr. Sans.

Neu! Troup Foch, die Könige aller Akrobaten.

### Grand-Hotel-Festsäle.

Am Alexanderplatz.

Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:

Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.

Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.

Eintritt 30 Pfennig. 2161b\*

Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

### Berliner Eis-Palast.

Lutherstraße 22/24.

Ständige Eisbahn.

Donnerstag abends 8 Uhr: Großes Internationales Eis-Wettlaufen.

Nennungen der besten Athleten der Welt. Eintritt 2 Mk.

Vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr: Großes Konzert.

Nachmittags 4 Uhr: Auftritte der engagierten Eisbahnkünstler und Tänzerinnen. Eintrittspreis: Kinder 50 Pf., Erwachsene 75 Pf.

6 bis 8 geschlossen.

### Passage-Panoptikum.

Chue Extra-Entrée!

Lebend! Das Lebend!

Bärenweib.

Simpson der lebende Amöbe der Mann mit dem Stinkkörper.

Neapolitanische Briganten.

Panoptikon-Vorträge:

Alexander Girard, Otto Reutter, Caruso etc.

Miles ohne Extra-Entrée!

Eintritt 50 Pf.

Kinder, Soldaten 25 Pf.

### Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2. Min. v. Hof. Börse

Täglich 8, Sonntags 1 1/2 Uhr.

Das glänzende November-Programm.

Der Spion! Vondaros Wunderaffen.

Mr. Carlo. Steve und Elta.

Feldow Songall. Finlay Brothers.

Les 3 Soraines. Ella Vondaro Trio.

Rämbler Comp. Biographische Bilder.

Die Frau mit den drei Männern.

Familienarten, wochentags halbe Preise, überall gratis.

### Königstadt-Kasino.

Volkmarsstr. 72.

Täglich:

Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung mit Franz Sobanski.

Neu! Neu!

12 Nummern 12

Um 9 Uhr:

Ruth.

Romödie in 1 Akt von Grunze.

Anf. 8 Uhr, d. Konzerts 7 1/2, Sonntags 6 1/2, Uhr, des Konzerts 5 1/2, Uhr.

### Parodie-Theater.

Tredener Straße 97.

Heute:

Cavalleria-Rustikana und die unromantische Burleske

"Berlin steht Kopf".

Anfang Sonnt. 8, wochent. 8 1/2, Uhr.

### Theater Folies Caprice.

Linienstr. 132.

Türkislagender Erfolg!

Die lästige Witwe.

Die Brautleute.

Neu: Grünacker als Verteidiger in Strafsachen. Vorverf. n. 10-2a d. Kasse, d. Weithelm u. Kapellbandant.

### Sanssouci.

Kottbuser

Direktion Wilhelm Reimer.

Heute Donnerstag:

Neues Programm.

Gr. Elite-Soiree Tanz- Kränzchen

von Hoffmanns Nordl. Sängern

Jubelnder Beifall.

Frau Feldweibel.

Volle in 1 Akt.

Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

### Brauerei Friedrichshain.

Am Königstor.

Heute, Donnerstag, 5. Tag d.

Gr. Internationales

Ringkampf - Konkurrenz

um den Großen Preis von Berlin - 6000 M. in bar.

Heute ringen 5 Paare:

Entscheidungskampf:

Altmann-Berlin gegen Van Dem-Belgien.

Weiter ringen:

Jakson Deridder-England gegen Zippo-Schwartz-Amerika.

Max Schwarz-Berlin gegen Kosak Nischranko-Rußland.

Pyllasinski, Belmstr., Warschau gegen Fiorard in Colosse - Frankreich.

Albano-Spanien gegen Wachtroff-Rußland.

Bor den Ringlampen: Austr. erstklass. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr. Eintr. 50 Pf.

Ref. Platz 1 u. 2. Rum. Tisch 2 u.

### Freie Volksbühne.

Nächste Serie im Neuen Schauspielhaus für die Nachmittags- u. Abendvorstellungen:

### Julius Cäsar.

### Winterfest.

Sonntag, den 14. November, 8 1/2 Uhr

im Konzertsaal der Brauerei Hoppoldt (Hasenheide)

Humoristischer Konzert- und Brettabend

mit darauffolgendem Ball u. Gesellschaftsabend.

Mitwirkende:

Am Klavier: Herr Kapellmeister James Rothstein

Resitation und Fräulein Bozema Bradeky

Chansons: Herr Robert Koppel.

Festmarken a 50 Pf. sind in allen Zahlstellen (inkl. Programm) zu haben, jedoch empfiehlt sich wegen der starken Nachfrage die sofortige Abholung der Marken.

Der Vorstand.

In Vertr.: G. Winkler.

### XIV. Saison!

Zirkus Busch.

Donnerstag, 5. November 1908,

abends präzis 7 1/2 Uhr:

Gr. Gala-Vorstellung.

Bisher noch nie dagewesen!

Kapitan Webbs dreifache

9 Seelöwen 9

Die Heffens! Herr Burghardt-Roosli, Schmelzer. Herr Ernst Schumann u. L. Weidner-Breslau.

Um 9,45 ca.:

Barbarossa!!

Große Origin.-Kunst.-Pantomime des Zirkus Busch in 6 Bildern

### Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.

Die Frau mit den drei Männern.